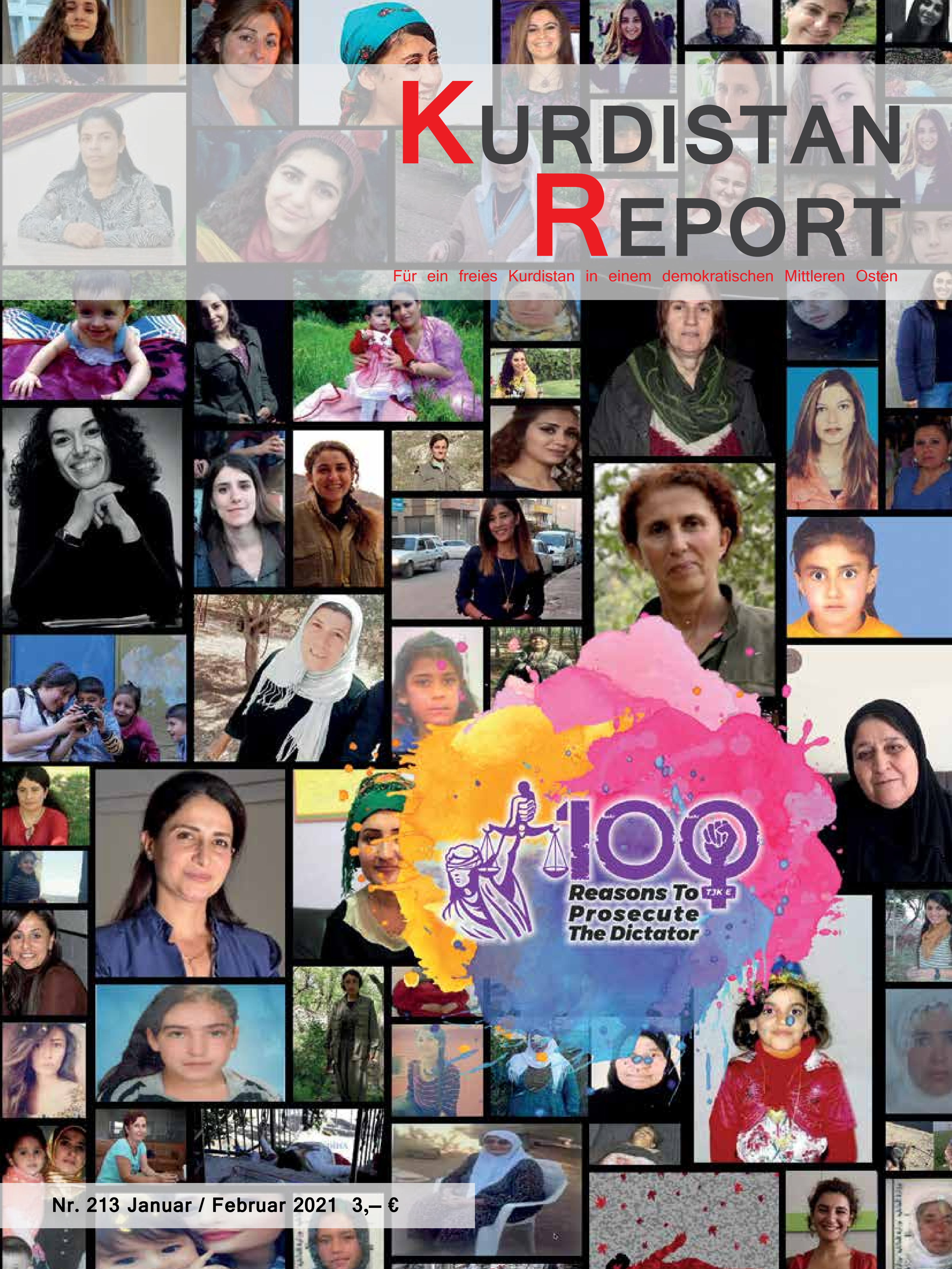

KURDISTAN REPORT
Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten
100 Reasons To Prosecute The Dictator
TJK-E
Nr. 213 Januar / Februar 2021 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 213 Januar/Februar 2021



Menschen aus Hesekê protestieren gegen die Kriegspolitik der Türkei. Täglich greift das türkische Regime Ortschaften in Nordsyrien/Rojava wie auch in Südkurdistan an.



In Şengal protestieren Ezid*innen gegen das Abkommen der irakischen Regierung und der PDK zur Auflösung der selbstverwalteten Strukturen.



»Es ist Zeit für die Freiheit von Abdullah Öcalan« – im nordsyrischen Şehba demonstriert die Bevölkerung gegen die Besatzungspolitik der Türkei und für Öcalans Freiheit.

Liebe Leserinnen und Leser,

ein neues Jahr hat begonnen und natürlich werden wir auch in diesem Jahr mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklungen in Kurdistan, im Nahen und Mittleren Osten sowie in anderen Ländern verfolgen. Während die gegenwärtige internationale Politik und gesellschaftliche Atmosphäre vor allem von Unsicherheit geprägt ist, lassen sich für das Jahr 2021 in Kurdistan vor allem zwei zentrale Herausforderungen benennen:

Zum einen gilt es, die in Kurdistan geschaffenen Inseln der Demokratie zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Der politische Kampf um die Zuerkennung eines Status zum Schutz des selbstverwalteten Flüchtlingslagers Mexmûr im Nordirak und des êzîdischen Hauptsiedlungsgebiets Şengal in Südkurdistan oder der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyriens bleiben weiterhin oben auf der Agenda. In Nordkurdistan bzw. der Türkei ist es die Demokratische Partei der Völker (HDP), die Zivilgesellschaft und vor allem die kurdische Frauenbewegung, die sich für Demokratie, Frauenbefreiung und Ökologie einsetzen. Diese Inseln inmitten eines Meeres von Krieg und Chaos eint allesamt die Verbundenheit zur kurdischen Freiheitsbewegung und ihrem Vordenker Abdullah Öcalan.

Zum anderen werden diese befreiten und umkämpften Gebiete sowie die ihnen zugrundeliegenden revolutionären Ideen auch brutalen Angriffen ausgesetzt sein. Der Aggressor ist hierbei im Besonderen die Türkei. Sie hat nicht nur den Kurd*innen innerhalb der eigenen Grenzen, sondern auch in den anderen Teilen Kurdistans offen den Krieg erklärt. Der Bruch von Völker- und Menschenrecht durch die türkische Armee und ihre dschihadistischen Söldnertruppen ist noch immer Alltag in Kurdistan. Im letzten Jahr ist die internationale Öffentlichkeit auch Zeuge dieser Praxis in anderen Ländern wie in Libyen und in Arzach geworden. Diese imperiale Kriegspolitik der Türkei zu stoppen und diejenigen Staatsregierungen, die hinter ihr stehen – samt der deutschen Bundesregierung – zu entblößen, ist die zweite zentrale Herausforderung, der wir im neuen Jahr entgegenblicken.

Die legitime Selbstverteidigung gegen Angriffe der türkischen Armee wird also auch in diesem Jahr einen zentralen Platz in der kurdischen Politik einnehmen. Die Eskalation des Kriegs seit dem Ende des sogenannten Friedensprozesses im Jahr 2015 hat nochmals die wichtige Rolle der Volksverteidigungskräfte (Hêzên Parastina Gel, HPG) bewahrheitet. Zuletzt haben diese erfolgreich die türkischen Besatzungsoffensiven in den Medya-Verteidigungsgebieten in Südkurdistan zurückgeschlagen. Trotz Angriffen von allen Seiten schafft es die kurdische Freiheitsbewegung die Pläne ihrer vielen Feinde zu durchkreuzen. Sei es mit dem erfolgreichen militärischen Widerstand gegen die zweitgrößte NATO-Armee im südkurdischen Heftanîn oder auch mit zivilgesellschaftlichem Protest gegen das schmutzige Abkommen gegen die autonomen Selbstverwaltungsstrukturen in Şengal.

Mit dem Jahreswechsel reagiert die kurdische Freiheitsbewegung jedoch nicht nur gegen all diese Angriffe, sondern verfolgt auch ihre eigene Tagesordnung und setzt Akzente. Ganz vorne dabei steht natürlich die kurdische Frauenbewegung. Mit ihrer Kampagne »100 Gründe, um den Diktator zu verurteilen« verfolgt sie das Ziel, dass der Feminizid auf internationaler Ebene als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt und Erdoğan als Haupttäter der Prozess gemacht wird.

Wir stehen also auch in diesem neuen Jahr vor zahlreichen Herausforderungen. Lasst uns also aktiv werden. Das ist letztlich auch die einzig richtige Antwort auf die Entwicklungen in Kurdistan sowie weltweit.

Die Redaktion

Ein Rückblick auf 2020

Ein Jahr der Pandemie, der Kriege und des erfolgreichen Widerstands

Songül Karabulut, Nationalkongress Kurdistan (KNK)

Ein weiteres Jahr, bestimmt von Krieg, Chaos, Flucht, Pandemie und Ungewissheit, ist vergangen. Ein weiteres Jahr, das neue Herausforderungen, Veränderungen, Widerstände sowie positive wie negative Entwicklungen mit sich brachte. Wir Menschen haben im Jahr 2020 die Auswirkungen und Folgen des kapitalistischen Systems in allen Bereichen unseres Lebens einschneidender als je zuvor zu spüren bekommen. Es war sowohl ein schlechtes, als auch ein gutes Jahr. Schlecht, weil sich uns das System immer brutaler und aggressiver aufzwingt. Gut, weil endlich mehr Menschen erkennen, dass dieses System als Urheber unserer Probleme nicht in der Lage sein kann, sie zu lösen.

Während Kriege, Flucht und Armut sich nicht auf alle Menschen dieser Erde gleichermaßen auswirkten und die Illusion, davon verschont zu bleiben, stark war, passierte etwas, was fast alle Menschen gleichermaßen betrifft: Die Pandemie Covid-19 breitete sich wie ein Spuk aus, veränderte unser Leben und unsere Gewohnheiten in sehr kurzer Zeit. Ende November 2020, als dieser Artikel verfasst wurde, belief sich die Zahl der Corona-Infizierten weltweit auf 60.397.539, von denen 1.421.352 ihr Leben verloren haben. Das System scheint zu kollabieren und ist bis heute unfähig, die Warnsignale zu erkennen.

Kann eine solche Pandemie ernsthaft losgelöst von dem nur auf Profit fixierten, kapitalistischen System betrachtet werden? Ein System, das alles – egal ob Tier, Umwelt oder Mensch – als Ressource betrachtet und auf dessen grenzenlose Ausbeutung setzt, zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen und somit auch unsere Gesundheit.

Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem auch in Europa für alle deutlich wird, dass ökonomische Ungleichheiten und Einkommensdifferenzen über Tod und Leben entscheiden, dass nicht alle Menschen gleich sind, wie immer behauptet wird. Das gilt auch für die so genannten Corona-Regelungen, bei denen einerseits Distanz und Kontaktreduzierung propagiert werden, während andererseits Menschen sich trotz großen Ansteckungsrisikos auf dem Weg zur Arbeit in öffentlichen Verkehrsmitteln drängen müssen, um die Wirtschaft in Gang zu halten.

Die globalen Klimaproteste, die u. a. die politische Agenda bereits im Vorjahr 2019 bestimmten, waren mehr als überfällig. Dieses System mit seinem Zerstörungspotential ist ursächlich für die Pandemie und versucht, sie zur Durchsetzung seiner Interessen zu nutzen. So wie Erdoğan den gescheiterten Putschversuch 2016 in der Türkei als ein Geschenk Gottes bezeichnete, so stellt die Covid-19-Pandemie ein Geschenk Gottes für das kapitalistische System dar. Denn es nutzt die Pandemie, um eine praktisch grenzenlose Kontrolle über die Gesellschaft umzusetzen.

Parallel zu der Covid-19-Pandemie verschärfte sich vor allem für uns Frauen eine weitere Pandemie, die Pandemie der Männergewalt. 2020 war auch ein Jahr, in dem das Leben von Frauen mehr als zuvor in Gefahr war, bedroht durch Staats- und Männergewalt. Nicht allein zum Jahrestag des internationalen Kampftages gegen Gewalt an Frauen wurde die Pandemie mit dem Namen Patriarchat erneut unter die Lupe genommen und ebenfalls als Grundlage des kapitalistischen Systems weiter entschlüsselt.

Nach nun fast einem Jahr der Pandemie scheint die anfängliche Panik und Ungewissheit langsam abgeklungen zu sein. Die Menschen erkennen, dass die Pandemie zu Veränderungen ihres Lebens geführt hat, aber sehen gleichzeitig, dass die Staaten weiterhin an ihrer Agenda festhalten. Sie haben weder ihre Hegemoniekriege eingestellt, noch die Ausbeutung gestoppt. Im Gegenteil: In diesem Jahr sind neue Kriege hinzu gekommen, es wurde weiterhin getötet, die Lebensgrundlagen von Menschen vernichtet und Millionen Menschen vertrieben. Lasst uns die Entwicklungen des Jahres 2020 also etwas näher unter die Lupe nehmen.

Die Zeit nach dem IS: Iran gerät ins Zentrum

Das Jahr begann mit dem US-Raketenangriff am 3. Januar auf den hochrangigen General der iranischen Al-Quds-Brigade, die Teil der iranischen Revolutionsgarde ist. Qasem Soleimani wurde in der Nähe des Bagdader Flughafens auf Anweisung des US-Präsidenten Trump gemeinsam mit dem stellvertretenden Leiter der irakischen Volksmobilisierungskräfte Abu Mahdi al-Muhandis getötet. Dabei handelte es sich um ein sehr symbolträchtiges Attentat. Der Iran drohte mit Vergeltungsmaßnahmen. Trotz gegenseitiger Drohungen und vereinzelter Anschläge blieb ein umfassender Krieg zwischen den USA und dem Iran aus.

Die Jahre zuvor waren bestimmt vom Kampf gegen den »Islamischen Staat« (IS). Das Ende bzw. die Abschwächung dieses Kampfes läutete neue politische Entwicklungen ein. Das Jahr 2020 markiert die Zeit »nach dem IS«, in der die Akteure ihre politischen Prioritäten verschoben. Am 23. März 2019 befreiten die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) al-Baghuz als letztes durch den IS kontrolliertes Gebiet in Syrien und deklarierten somit die territoriale Herrschaft des IS in Syrien für beendet.

Die USA rückten den Iran wieder stärker ins Zentrum ihrer Angriffe und versuchen zunehmend, den Einfluss Irans im Mittleren Osten, d. h. in Syrien und vor allem im Irak, einzudämmen. Angriffe auf iranische Stellungen im Irak und Syrien und umgekehrt fanden im Verlauf des Jahres immer häufiger statt. Der Irak ist ohnehin weit von Stabilität entfernt. Die starke Einmischung von außen schuf ab Mitte 2019 eine zunehmende Instabilität, und das Land wurde ab Oktober 2019 Schauplatz innenpolitischer Auseinandersetzungen. Während Menschen wegen der wirtschaftlichen Probleme und gegen die Korruption der Regierung auf die Straßen gingen, wurde über diesen Konflikt zugleich der Stellvertreterkrieg zwischen USA und Iran ausgetragen. Die USA verstärkte den Druck auf den Irak, um ihn zur Aufgabe seiner Iran-freundlichen Politik zu bewegen. Der Iran wiederum nutzte seinen Einfluss auf die schiitische Bevölkerung, um den US-Einfluss auf die irakische Regierung zu minimieren. Die Forderung, die USA sollen wie versprochen ihre militärischen Kräfte aus dem Irak abziehen, wurde während der Proteste immer lauter. Auch die gegenseitigen Angriffe der beiden Mächte in Syrien und im Irak nahmen zu. Ende Dezember wurde die US-Botschaft in Bagdad von Tausenden Menschen angegriffen, nachdem Einrichtungen der Miliz Kata´ib Hisbollah im Irak und in Syrien von den USA bombardiert worden waren. Die vom Iran unterstützte Miliz kündigte Vergeltung an. Die Angriffe der USA waren wiederum die Antwort auf einen Raketenangriff, der einer militärischen Einrichtung bei Kerkûk im Nordirak gegolten hatte. Infolge der Ausschreitungen in Bagdad trat der irakische Ministerpräsident Adel Abd al-Mahdi im November 2019 zurück. Der Anschlag auf den iranischen General Qasem Soleiman hatte eine starke psychologische Wirkung auf den Iran und die gesamte Region, die zusätzlich durch das verschärfte wirtschaftliche und militärische Embargo gegen den Iran verstärkt wurde. Ziel war und ist es, den Iran zu schwächen und politisch noch weiter zu isolieren.

Während die USA versuchen, den iranischen Einfluss auf die irakischen Schiiten zu schwächen und sie gegen den Iran einzunehmen, versuchen sie, die Sunniten im Irak mit dem gleichen Ziel zu organisieren. Auch die Aktivitäten der USA in der Autonomen Region Kurdistan[1] sind anti-iranisch geprägt. Die USA, die bislang in den von der PDK[2] kontrollierten Gebieten militärische Stützpunkte hatten, verlagert diese nun auch in die an den Iran grenzenden Gebiete der YNK[3]. Die PDK ist bekannt für ihre intensiven Beziehungen zur Türkei, während die YNK eher dem Iran nahe steht. Auch sind die USA bemüht, die Spaltung zwischen den südkurdischen Parteien auszunutzen und die Verbindung zwischen den bereits zusammen agierenden Gruppierungen zu stärken. Der iranische Einfluss im Jemen wiederum soll durch einen Stellvertreterkrieg unter Führung Saudi-Arabiens zurückgedrängt werden. Gemeinsam mit Israel werden auch die Aktivitäten der vom Iran finanzierten Hisbollah-Miliz beobachtet. Iran könnte ihre Stellung in Syrien für Angriffe auf Israel nutzen. In diesem Zusammenhang sollten die Angriffe Israels gegen iranische Stellungen betrachtet werden.

Durch das Normalisierungsabkommen zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain auf der einen und Israel auf der anderen Seite, erhält Israel zugleich volle diplomatische Beziehungen zu Ägypten und Jordanien. Dieser Vorstoß wird als weitere Schutzmaßnahme gegen den Iran bewertet.

Der jüngste Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien beunruhigte den Iran ebenfalls. Dieser Konflikt kann aus iranischer Sicht innenpolitische Auswirkungen haben, da in dem Land sowohl ca. 100.000 Armenier als auch bis zu 10 Millionen Azeris leben. Aber auch außenpolitisch betrachtet der Iran diesen Konflikt als Bedrohung: Im Westen grenzt der Iran an den Irak und die Türkei. Doch nun tut sich auch im Nordwesten des Landes, entlang der Grenze zu Aserbaidschan und Armenien, ein Konflikt auf, der auf den Iran überzugreifen droht.

Der Iran hat durch die Unterstützung des Assad-Regimes in Syrien an Einfluss gewinnen können. Russland versucht nun zunehmend, ihn wieder aus Syrien zu verdrängen. Die außen-

1 Autonome Region Kurdistan, kurd. Herêma Kurdistan (HR)
2 Partiya Demokrata Kurdistanê - PDK, Demokratische Partei Kurdistans
3 Yekêtiy Nîştimaniy Kurdistanê - YNK, Patriotische Union Kurdistans

politische Isolation führt dazu, dass der Iran seine Beziehungen zu China verstärkt und gegenüber Russland abhängiger wird. Innenpolitisch verschärft das Mullah-Regime die staatlichen Repressionen. Es verhaftet, verschleppt und liquidiert Oppositionelle und hält weiterhin an seiner unmenschlichen Hinrichtungspolitik fest. Außerdem steckt der Iran in einer tiefen Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit und Inflation. Auch ist das Land mit der Corona-Pandemie völlig überlastet.

Der Iran verfolgte die US-Präsidentschaftswahlen mit großer Aufmerksamkeit und war sichtlich erleichtert über den Sieg Bidens. Das Land hofft auf eine Entspannung der Beziehung zu den USA und rief Biden umgehend dazu auf, das Atomabkommen zu reaktivieren.

Irak: Alter Konflikt mit neuer Sprengkraft

Die Situation im Irak hat sich trotz der neuen Regierung seit Mai dieses Jahres nicht im Geringsten stabilisiert. Nach einem fünfmonatigen Machtkampf wurde schließlich der Ex-Geheimdienstchef Mustafa al-Kazimi in Mai 2020 zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Er ist Schiit und gilt als USA-nah. Die ethnische und konfessionelle Vielfalt der irakischen Bevölkerung und das ungeklärte, oft angespannte Verhältnis der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zueinander, bedingt eine stetige Anfälligkeit für die Einflussnahme durch andere Staaten. Das wiederum führt zu Instabilität und häufigem Ausbruch innenpolitischer Konflikte. Außenpolitisch ist der Irak deshalb höchst angreifbar.

Die Beziehungen des Landes zum Iran, den USA, der Türkei und Saudi-Arabien sind höchst widersprüchlich, was sich innenpolitisch in Konflikten zwischen Kurd*innen und Araber*innen sowie zwischen sunnitischen und schiitischen Araber*innen zeigt.

Wegen der Probleme der unterschiedlichen ethnischen und konfessionellen politischen Führungen, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen, war das Land eine längere Zeit ohne Regierung. Jede Gruppe wollte einen Kandidaten gemäß der eigenen Interessen an die Macht bringen.

Ein Hauptkonflikt für den Irak ist das Verhältnis zwischen der Zentralregierung und der Regierung der HR. Die HR verlor seit dem Unabhängigkeitsreferendum 2017 an Stärke und ist folglich gezwungen, Zugeständnisse an die Zentralregierung zu machen.

Während es bis zum Referendum weitgehende Autonomierechte für die Region gab, hat sich die Lage seit Ende 2017 deutlich verschlechtert. So schloss die Zentralregierung nach dem Referendum die Flughäfen Silêmanî und Hewlêr für ausländische Flüge sowie die Grenzübergänge zum Iran und zur Türkei. Auch die Ölförderung als Haupteinkommensquelle der Region wurde erschwert. Das alles wiederum beeinflusste den Handel negativ und vertiefte die Wirtschaftskrise. Die HR musste auch die Kontrolle über bestimmte Gebiete – z. B. Kerkûk – die zuvor von ihr verwaltet worden waren, an die Zentralregierung in Bagdad abtreten. Seitdem werden ca. 40 Prozent des südkurdischen Gebietes erneut vom Irak kontrolliert. Gegenwärtig versucht die irakische Zentralregierung, die Kontrolle über alle Grenzübergänge sowie den Grenzhandel zu gewinnen. Es gibt Diskussionen darüber, dass die HR die Ölförderung ebenfalls an die Zentralregierung abtreten und dafür monatlich ein festes Budget aus Bagdad erhalten soll.

Auch ist der politische Status der HR äußerst instabil und brüchig. Seit mittlerweile 20 Jahren ist es den kurdischen Parteien im Nordirak nicht gelungen, ein einheitliches politisches Gebilde zu erschaffen. Das Gebiet ist politisch und administrativ weiterhin zwischen PDK und YNK aufgeteilt. Die PDK dominiert das südkurdische Parlament und die Regierung und betreibt die Politik im Alleingang. Sie versucht auch aus der Schwächung der YNK, vor allem nach dem Tod ihres Gründers Celal Talabanî, Nutzen zu ziehen und die eigene Macht auszuweiten. Die PDK führt diplomatische Gespräche und ratifiziert Abkommen unter Ausschluss anderer Parteien. Dadurch entwickelt sich die Autonome Region Kurdistan immer mehr zu einem Ein-Parteien-System. Die HR kann ihre hohe Verschuldung nicht abbauen. Das Geld, das die Zentralregierung zur Auszahlung der Gehälter zur Verfügung stellen müsste, wird oft zurückgehalten und zur Durchführung eigener Interessen eingesetzt. Wenn das Geld einmal an die HR überwiesen wird, wie es vor einigen Monaten der Fall war, werden mit den seit Monaten nicht ausgezahlten Gehältern die Schulden beglichen. Es ist ein Teufelskreis, der immer neue Abhängigkeiten produziert. Je mehr die PDK innenpolitisch in Bedrängnis gerät, desto größer wird ihre Abhängigkeit von äußeren Kräften. Der Einfluss der Türkei auf die HR ist groß. PDK und AKP sind voneinander abhängig. Der Preis dieser Beziehung ist für die Kurd*innen hoch, denn sie basiert darauf, die erkämpften Errungenschaften der Kurd*innen zu opfern. Wie sonst ist die Beziehung der kurdenfeindlichen AKP zu einer kurdischen Partei zu erklären. Die AKP benötigt die PDK, um sie gegen die Kurd*innen einzusetzen. Das tut sie sowohl in Nordsyrien, als auch gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei und die Befreiungsbewegung insgesamt.

Mit der Unterstützung der USA, Frankreichs und der UN kam es zu einem Abkommen zwischen der irakischen Zentralregierung und der südkurdischen Regionalregierung bezüglich der Zukunft des êzîdischen Kerngebietes Şengal im äußersten Nordwesten des Iraks. Dieses Abkommen erfolgte

einige Monate, nachdem Êzîd*innen, die 2014 während des Genozids des IS ihre Heimat verlassen mussten, nach Şengal zurückgekehrt waren. Dass sie trotz ihrer grauenhaften Erfahrungen zurückkehrten, ist sicherlich dem Widerstand derjenigen Menschen zu verdanken, die nicht geflüchtet sind und ihre Selbstverwaltung mitsamt eigener Selbstverteidigungskräfte aufgebaut und institutionalisiert haben. Genau diese Errungenschaften werden mit dem Abkommen zwischen Hewlêr und Bagdad angegriffen. Die Vereinbarung sieht vor, das Gebiet Şengal der Zentralregierung zu unterstellen und einen Bezirksgouverneur zu ernennen. Mit dieser Vereinbarung soll es der PDK gelingen, in Şengal wieder Fuß zu fassen, nachdem sie 2014 ihrer Verantwortung, die Bevölkerung zu schützen, nicht nachkam und sie einem Genozid aussetzte. Die Widerstandseinheiten der Êzîd*innen, die vor Ort mithilfe der PKK aufgebaut wurden, sollen laut Abkommen aufgelöst werden, d. h die Bevölkerung soll der Möglichkeit beraubt werden, sich selbst zu verteidigen. Damit soll erneut eine Forderung der Türkei erfüllt werden. Die Türkei hat immer wieder tödliche Drohnenangriffe auf die lokalen Widerstandseinheiten YBŞ[4] und YJŞ[5] in Şengal durchgeführt.

Südkurdistan: Türkei versucht, die Pêşmerga gegen die Guerilla einzusetzen

Der türkische Staat führte zwar schon seit Beginn des bewaffneten Kampfes 1984 immer wieder grenzüberschreitende Operationen im Nordirak gegen die PKK durch, aber er intensivierte sie im Laufe der 90er Jahre immer weiter. In den 90ern gelang es der Türkei wiederholt, die südkurdischen Parteien YNK und vor allem die PDK an den eigenen Militäroperationen gegen die PKK aktiv zu beteiligen. Das Abkommen von Ankara 1995 oder das Abkommen von Washington 1997 wurden zu diesem Zwecke geschlossen.

Seit März 2020 führt die Türkei einen Besatzungskrieg in dem von der Guerilla kontrollierten südkurdischen Gebiet Xakurke durch. Im Mai 2020 wurde diese Operation in »Operation Adlerkralle« umbenannt und auf Heftanîn, Metîna und Gare ausgeweitet. Sie dauert bis heute an. Nachdem die Türkei trotz massiver technischer Überlegenheit ihre Besatzung nicht wie vorgesehen durchsetzen konnte, versucht sie nun, die PDK auf ihrer Seite gegen die Guerilla einzusetzen. Mitte April wurden PDK-Einheiten in Zînê Wertê unter dem Vorwand stationiert, die Grenze solle wegen der Corona-Pandemie geschützt werden. Die Stationierung dort ermöglicht die Kontrolle über den Zugang in das Guerillagebiet im Qendîl-Gebirge, was für die PKK einer Kriegserklärung gleichkommt. Nachdem das Vorhaben schnell offensichtlich geworden war und sich starke Proteste gegen das Vorgehen der PDK unter der kurdischen Bevölkerung entwickelten, versuchte die PDK ab Oktober durch Falschmeldungen über angebliche Anschlagspläne gegen ausländische Vertretungen, die PKK zu kriminalisieren und zugleich weiter ihre Kräfte in den Guerrillagebieten zu stationieren. Kaum zu glauben ist, wie die PDK – eine kurdische Partei – behauptet, für die Drohnenangriffe der Türkei auf die Bevölkerung in Südkurdistan sei die PKK verantwortlich. Die PDK legitimiert mit solchen Aussagen den Krieg der Türkei gegen die Kurd*innen. Zwar konnte bislang aufgrund der Zurückhaltung der PKK ein größerer militärischer Zusammenstoß zwischen der PDK und PKK verhindert werden, aber wie lange das weiter möglich sein wird, ist ungewiss, da die PDK weitere militärisch Stützpunkte in den von der Guerilla kontrollierten Medya-Verteidigungsgebieten ausbaut.

Es scheint so, als sei die PDK dabei sich selbst aufzugeben, weil sie von der Türkei davon überzeugt worden ist, gemeinsam mit ihr die PKK besiegen zu können. Außer der PDK hat keine andere politische Kraft im Nordirak ein Interesse daran, für die Türkei gegen die PKK in den Krieg zu ziehen. Vielen ist die daraus resultierende Gefahr sehr bewusst. Die Kurd*innen erkennen, dass sich der angebliche Kampf gegen die PKK in Wahrheit gegen alle Kurd*innen richtet und zu großen Verlusten führen wird. Die PDK hofft, durch die Schwächung der PKK ihre Macht in allen Teilen Kurdistans ausbauen zu können. Aufgrund ihres fehlenden Geschichtsbewusstseins ist sie davon überzeugt, nur verschont zu bleiben, wenn sie der Türkei zur Seite steht. Doch das Bewusstsein der Bevölkerung hat sich im Lauf der vergangenen Jahre so stark entwickelt, dass ein innerkurdischer Kampf praktisch keine Unterstützung findet.

Syrien: Die Zeit nach dem »Islamischen Staat«

Während die territoriale Herrschaft des IS in Syrien beendet wurde, nahm die Forderung – angeheizt von Russland und dem Assad-Regime – zu, die USA solle ihre Kräfte aus Syrien abziehen. Russland erklärte, das Regime habe es zuhilfe gerufen, weshalb die russische Präsenz legitim sei. Die USA hingegen habe keinerlei Legitimation dafür, sich in Syrien aufzuhalten. Der US-Präsident Trump hatte als Wahlversprechen den Rückzug der US-Soldaten aus dem Irak sowie aus Afghanistan angekündigt und drohte folglich immer wieder mit dem Abzug der Soldaten. Doch als Trump nach dem Sieg über den IS im Alleingang den Rückzug seiner Soldaten aus Syrien ankündigte, war klar, dass der Türkei grünes Licht für einen weiteren Besatzungskrieg gegeben werden sollte. Der US-Sonderbeauftragte Brett McGurk trat zurück, und zu seinem Nachfolger wurde der ehemalige US-Botschafter in Ankara James Jeffrey ernannt. Damit begann auch die verstärkte Unterstützung

4 Yekîneyên Berxwedana Şengalê - YBŞ, Widerstandseinheiten Şengals

5 Yekîneyên Jinên Şengalê - YJŞ, Fraueneinheiten Şengals

für die aggressive antikurdische Politik der AKP-Regierung. Bereits seit Längerem hatte die Türkei mit einem Angriff auf Nordsyrien gedroht und entsprechende Vorkehrungen getroffen. Am 9. Oktober 2019, also genau am Jahrestag des internationalen Komplottes gegen den kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan 1998, wurden schließlich die Städte Girê Spî und Serêkaniyê angegriffen. Die USA, die durch den Abzug ihrer Truppen die Besatzung erst möglich gemacht hatte, griff erst nach Wochen diplomatisch ein und handelte einen Waffenstillstand auf Kosten der nord- und ostsyrischen Selbstverwaltung aus. Auch auf eine sogenannte »Sicherheitszone« der Türkei hatten sich die USA, UNO und Russland zuvor geeinigt. Trump schämte sich kurz darauf nicht, zu erklären, das Öl in Deir ez-Zor sei trotz der Besetzung weiterer Teile Nordsyriens durch die Türkei gesichert.

Die Türkei verstärkte im Verlauf des Jahres auch ihre Drohnenangriffe auf Rojava. So tötete am 23. Juni 2020 eine türkische Drohne im Dorf Helîncê bei Kobanê gezielt die Vorstandsmitglieder der kurdischen Frauenbewegung Kongreya Star Zehra Berkel (30) und Hebûn Mele Xelîl sowie Amina Waysî, die 60-jährige Besitzerin des bombardierten Hauses. Dieser Angriff ist ideologisch motiviert: Die Frauenbewegung ist die Hauptsäule des libertären Systems in Nord- und Ostsyrien. In diesem Jahr wurden zudem zum ersten Mal in einem UN-Bericht systematische und koordinierte Kriegsverbrechen in den von der Türkei besetzen Gebieten Nordsyriens angeprangert.

Die Türkei nutzt den Machtkampf zwischen Russland und den USA, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Sie agiert als eine Regionalmacht, die von den Widersprüchen der Hegemonialmächte profitiert. Die USA versuchen wiederum, die Türkei in Syrien sowohl gegen Russland, als auch gegen die Kurd*innen einzusetzen. Während sie die Türkei vor allem in Idlib im Kampf gegen Russland und das Regime unterstützen, setzen sie den türkischen Staat auch als Mittel gegen die Kurd*innen ein, um sie unter ihre Kontrolle zu bringen. Die USA machen der Türkei auch immer wieder Zugeständnisse, weil sie das Land als Gegengewicht zum Iran an ihrer Seite behalten möchten. Zu diesen Zugeständnissen gehört auch das aktuelle Vorgehen gegen Şengal und das internationale Schweigen zu grenzüberschreitenden Militäroperationen der Türkei in Südkurdistan.

Nachdem weitere Gebiete der Demokratischen Selbstverwaltung in Nordsyrien besetzt wurden, begann auf Initiative der USA ein innerkurdischer Dialog. Zuerst schlossen sich 25 kurdische Parteien und Organisationen, die beim Aufbau der demokratischen Autonomie in Rojava beteiligt sind bzw. diese unterstützen, unter dem Namen »Parteien der geeinten Nation Kurdistan« (PYNK) zusammen. Daraufhin traten die PYNK mit dem »Kurdischen Nationalrat« (ENKS), bestehend aus 12 der demokratischen Selbstverwaltung ablehnend gegenüberstehenden Gruppen, in Verhandlungen. Der ENKS steht der PDK und der Türkei nahe. Es geht ihm um eine Aufteilung der Macht in Nordsyrien. Folglich beansprucht er unabhängig von seiner tatsächlichen politischen Schwäche die Hälfte der Führungspositionen in der Administration. Er spricht sich zudem gegen Bildung in der Muttersprache Kurdisch aus und lehnt das System des Ko-Vorsitzes ab. Der Ko-Vorsitz ist eine kurdische Errungenschaft für alle Frauen, weil sie die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen in allen Bereichen vorsieht. Während der ENKS versucht, nach dem Vorbild im Nordirak eine Aufteilung der Macht zu erreichen, versucht die PYNK, durch die Schaffung nationaler Einheit die Errungenschaften des kurdischen Volkes zu sichern und eine externe Einflussnahme zu verhindern. Mithilfe des ENKS wird auch die Forderung formuliert, alle Kurd*innen, die nicht aus Rojava stammen, sollten das Land verlassen. Die freiheitliche Linie der kurdischen Bewegung in Rojava soll durch diesen Dialog zerschlagen und die Kurd*innen in Syrien zu Handlangern der USA gemacht werden. Dieses Ziel teilen neben den USA, Russland und der EU auch die regionalen Mächte Irak, Iran und die Türkei – und natürlich auch die PDK.

Russland wiederum versuchte nach der Besatzung von Girê Spî und Serêkaniyê, die demokratische Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens mit dem Regime ins Gespräch zu bringen, um die Selbstverwaltung ohne Zugeständnisse zur Kapitulation zu zwingen. Darum war der Dialog von vornherein zum Scheitern verurteilt. Regimevertreter rufen von Zeit zu Zeit die Kurd*innen dazu auf, sich unter die Kontrolle des Regimes zu begeben. Im Jahr 2020 wurde die kurdische Befreiungsbewegung neben dem Iran ins Zentrum der Angriffe gerückt. Mit Hilfe der Türkei, des ENKS und der PDK, des syrischen Regimes, Russlands und der USA soll die demokratische Selbstverwaltung bestenfalls zu einem Charakterwandel und im schlechtesten Fall zur totalen Kapitulation gezwungen werden.

Neben Nord- und Ostsyrien bleibt auch Idlib ein Kriegsschauplatz. Seit Jahren versucht das syrische Regime mithilfe Russlands, die Region Stück für Stück unter seine Kontrolle zu bringen. Mit den Verhandlungen in Astana und Sotschi wurde genau darauf hingearbeitet. Das Ziel des Astana-Prozesses war es, alle dschihadistischen Gruppen in Syrien an einem Ort zu versammeln, um sie dort leichter bekämpfen zu können. Genau das geschah in diesem Jahr in Idlib. Die Türkei versuchte, als Schutzherrin der dschihadistischen Gruppen, sie für die Durchsetzung der eigenen Interessen zu nutzen und trug zum Rückzug der Dschihadisten aus Ghouta, Hama, Homs und Aleppo nach Idlib bei. Idlib ist nach neun Jahren Bürgerkrieg in Syrien die letzte »Rebellenhochburg«, die von den Regie-



Kein Tag vergeht, ohne das Menschen gegen den Krieg, den das faschistische türkische Regime in Kurdistan führt, für den Frieden demonstrieren. Foto: anf

rungstruppen auch mit Unterstützung Russlands und nach mehreren Versuchen immer noch nicht erobert werden konnte. Die Türkei hat in der Region militärische Beobachtungsposten installiert und unterstützt diverse Milizen. Im März 2020 handelten Russland und die Türkei eine immer wieder unterbrochene Waffenruhe für Idlib aus. Im Oktober 2020 führte Russland einen schweren Angriff auf ein Ausbildungslager der pro-türkischen Rebellengruppe Faylak al-Sham in Idlib durch. Die Verhandlungen Russlands und der Türkei sind auch mit den Entwicklungen an anderen Fronten wie Libyen oder Aserbaidschan verbunden. Welche Vorteile mit dem Verkauf Idlibs für die Türkei verbunden sind, werden wir sehen.

Mitte des Jahres verhängte die USA das neue Sanktionspaket »Caesar Syria Civilian Protection Act«, mit dem das syrische Regime in die Knie gezwungen werden soll. Das Land ist ohnehin durch den Krieg weitgehend zerstört und soll zudem nun einem Wirtschaftskollaps ausgesetzt werden.

Die Türkei und Russland können trotz ihrer Widersprüche taktisch zusammenarbeiten. Russland versucht, den NATO-Staat Türkei in Widerspruch zu den Interessen der USA und der EU zu bringen. Das ist zu einem gewissen Grad sowohl in Syrien gelungen, als auch im Zusammenhang mit dem Verkauf des russischen Raketenabwehrsystems S-400. Sowohl Russland als auch die USA benutzen die Türkei, um den Mittleren Osten zu destabilisieren. Durch die Türkei werden Konflikte angeheizt wie z. B. im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien oder in Libyen, um vor Ort Fuß fassen zu können. Das ist auch der Grund dafür, dass trotz Kritik und Widersprüchen das AKP-MHP-Regime am Leben gehalten wird.

Der 3. Weltkrieg dehnt sich geografisch aus

Während die Kriege in Syrien, Irak und Iran andauern und sich unmittelbar gegenseitig beeinflussen, bestimmte der Krieg in Libyen ebenfalls die politische Tagesordnung. Auch Libyen erlebte infolge des Arabischen Frühlings einen tiefen

Umbruch, dessen Wirkung bis heute anhält. Nachdem der damalige Machthaber Muammar al-Gaddafi am Ende einer internationalen Militärintervention im Oktober 2011 ermordet wurde, entstand ein Machtvakuum, das 2014 das Land in einen Bürgerkrieg führte. Seither ist Libyen quasi in einen westlichen und einen östlichen Machtbereich aufgeteilt. Die Hauptstadt Tripolis wird von Premierminister Fayiz as-Sarradsch regiert, im Osten hat General Chalifa Haftar das Sagen. Auch hier haben unterschiedliche ausländische Mächte wie die Türkei, Katar, Frankreich, Russland, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate rivalisierende Gruppen politisch und militärisch aufgerüstet und z. T. auch Söldnertruppen geschickt, um ihre Interessen in Libyen durchsetzen zu können. Die militärische Unterstützung Erdoğans für Sarradsch sowie der Abzug der Gruppe Wagner, ein privates russisches Sicherheits- und Militärunternehmen, haben den Krieg zugunsten von Sarradsch gewendet.

Im Oktober 2020 vereinbarten die libyschen Konfliktparteien einen Waffenstillstand. Die Verhandlungen dauern weiterhin an. Bei den ersten Gesprächen im Januar in Berlin wurde der Grundstein für den aktuellen Waffenstillstand gelegt. Später folgten Gespräche in Genf und zuletzt Anfang November in Tunesien, um die Neuordnung Libyens auf diplomatischem Weg vorzubereiten. In Tunesien wurden angeblich Wahlen für den 24. Dezember 2021 festgelegt. Doch bis dahin ist noch ein ganzes Jahr hin und viele zentrale Aspekte sind weiterhin unklar. Niemand glaubt wirklich daran, dass die ausländischen Akteure ihre militärischen Aktivitäten in Libyen einstellen werden – und das, obwohl dies im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens gefordert wurde. Libyen wird uns daher auch im neuen Jahr beschäftigen.

Die Interessen der internationalen Akteure in Libyen konzentrieren sich in erste Linie auf die Kontrolle der dortigen Öl- und Gasvorkommen. Zudem geht es um die geostrategische Kontrolle Nordafrikas. In Libyen lagern die größten Ölreserven Afrikas. Zudem verfügt das Land über riesige Gasvorräte. Die Türkei hat mit der libyschen Übergangsregierung einen Vertrag abgeschlossen, mit dem sie sich Öl und Gas im Mittelmeer sichert und im Gegenzug Militärhilfe leistet. Mit dem Abkommen wurden die Seegrenzen der beiden Staaten modifiziert, demnach befinden sich nun zusätzliche Erdgasfelder vermeintlich auf türkischem Seegebiet.

Die Türkei ist das Land, das vom Arabischen Frühling vor allem aufgrund seiner islamischen Ausrichtung profitieren wollte. Die Türkei instrumentalisiert damit sowohl das osmanische Erbe als auch die Religion. Die AKP setzt hierbei vor allem auf die Muslimbrüder, denen sie ideologisch verbunden ist. Die Unterstützung der Muslimbrüder hat zusammen mit der aggressiven Expansionspolitik der Türkei im Lauf des Jahres zur Stärkung eines anti-türkischen Bündnisses zahlreicher arabischer Länder geführt. So rief der Chef der saudischen Handelskammer im Oktober zu einem Boykott türkischer Waren auf; weitere arabische Staaten positionieren sich gegen die Türkei. Offizielle Kritik ist u. a. aus Saudi Arabien, Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Syrien und dem Irak zu vernehmen. Infolge ihrer regionalen, immer expansiveren Hegemonialpolitik vertieft sich daher die Isolation der Türkei zunehmend.

Ein neuer alter Konflikt im Südkaukasus: Arzach/Bergkarabach

Zusätzlich zu all den oben erwähnten ohnehin seit Jahren anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen mündete Ende September 2020 ein alter Konflikt in einen Krieg: Aserbaidschan griff am 27. September die Region Arzach/Bergkarabach an. Arzach gehört völkerrechtlich zu Aserbaidschan, wurde aber bisher von Armenien kontrolliert. In Arzach leben überwiegend christliche Armenier. Ein Ausbruch dieses Konflikts war schon lange absehbar: einerseits konnte er trotz der Bemühungen der 1992 einberufenen Minsk-Gruppe der OSZE nicht gelöst werden und andererseits wurde Aserbaidschan in der Zwischenzeit von Ländern wie Russland, Israel und der Türkei massiv aufgerüstet.

Auch hierbei spielt Öl eine wesentliche Rolle. Israel bezieht z. B. den Großteil seiner Ölimporte aus Aserbaidschan und liefert im Gegenzug großzügig militärisches Material. Etwa 60 % der aserbaidschanischen Rüstungsimporte kommen aus Israel. Die Türkei gehört zu den Ländern, die Aserbaidschan maßgeblich auf diesen Besatzungskrieg vorbereitet haben. Daher betrachtete die Türkei diesen Krieg als ihren eigenen und engagierte sich entsprechend. Militärisch, geheimdienstlich, politisch und diplomatisch wurden alle zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt. Die Türkei schickte wie in Libyen auch in diesen Konflikt dschihadistische Söldner, die für Aserbaidschan kämpften und starben. Äußerungen wie »Bruderstaat Aserbaidschan« oder »Türkei und Aserbaidschan sind zwei Staaten, aber eine Nation« unterstreichen, welche Bedeutung Aserbaidschan für die Türkei hat: Aserbaidschan ist ein Teil des türkischen Traums einer »Großtürkei«. Eine Verbindung zwischen Aserbaidschan und den Turkmenen würde den geopolitischen Einfluss der Türkei im Südkaukasus deutlich ausbauen. Auch stellt das erdölreiche Aserbaidschan für die Türkei einen bedeutenden wirtschaftlichen Faktor dar.

Für den Iran hat dieser Konflikt sowohl eine außenpolitische als auch innenpolitische Bedeutung. Im Iran leben sowohl 100.000 Armenier als auch 15 Millionen Aserbaidschaner. In dem Nachbarland leben damit mehr Aserbaidschaner als in

Aserbaidschan selbst. Die Regierung in Teheran will vor allem verhindern, dass der Konflikt auf die Gesellschaften im Iran übergreift. Obwohl das schiitische Aserbaidschan und der Iran geschichtlich und religiös mehr Gemeinsamkeiten haben, steht der Iran politisch Armenien näher.

Im Iran ist die Befürchtung groß, Aserbaidschan wolle mithilfe der USA und Israel den Iran zerschlagen, um die iranischen Provinzen West- und Ostaserbaidschan seinem eigenen Territorium einzuverleiben. Iran und Armenien haben trotz unterschiedlicher religiöser Realitäten ein gemeinsames Interesse daran, den Einfluss der Türkei im Südkaukasus zurückzudrängen und die Isolation ihrer Länder zu durchbrechen. Armenien unterliegt einem Embargo seitens der Türkei und Aserbaidschans. Eine weitere wirtschaftliche Schwächung würde Armenien tiefer in die Arme Russlands treiben. Das Land möchte seine Abhängigkeit zu Russland jedoch verringern, indem es seine Beziehungen zum Iran ausbaut. 2011 exportierte Armenien Güter im Wert von 106,2 Millionen US-Dollar in den Iran, während der Iran Güter im Wert von 217,2 Millionen US-Dollar nach Armenien exportierte. Währenddessen unterhält Aserbaidschan enge militärische, politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Türkei. So ging im Jahr 2005 die über 1.760 Kilometer lange Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline in Betrieb. Das Erdöl aus Aserbaidschan wird über die Türkei in Richtung der EU-Abnehmerstaaten geleitet. Das wiederum wertet der Iran als direkte Bedrohung für das eigene Erdölgeschäft.

Russland hat sich in dem Konflikt anfangs etwas zurückgehalten, doch scheint es am meisten von der Eskalation zu profitieren. Am 9. November wurde unter Vermittlung Russlands ein Abkommen zwischen Aserbaidschan und Armenien unterzeichnet. Ein Abkommen, das für Armenien eine schwere Niederlage, für Aserbaidschan jedoch einen Sieg darstellt, obwohl Russland bislang als Schutzmacht für Armenien galt, beide Staaten Mitglied der OSZE sind und Moskau in Armenien eine Militärbasis unterhält. Das jüngste Abkommen verpflichtet Armenien dazu, diejenigen Gebiete an Aserbaidschan abzutreten, die das Land während der sechswöchigen militärischen Auseinandersetzung an Aserbaidschan verlor. Bis zum 1. Dezember mussten die armenischen Streitkräfte alle Gebiete rund um Arzach räumen, die sie über ein Vierteljahrhundert als Pufferzone besetzt hielten. In Armenien selbst wird das Abkommen als Kapitulation begriffen, und dem armenischen Ministerpräsidenten wird Verrat vorgeworfen. Die Welt konnte auf tragischen Bildern mitverfolgen, wie Armenier ihre Häuser in Brand steckten, bevor sie das Gebiet verließen, oder auch die Grabstätten ihrer Angehörigen leerten, damit diese nicht geschändet werden. Dass derartige Befürchtungen nicht unbegründet waren, zeigen Videoaufnahmen von aserbaidschanischen Soldaten bzw. Söldnern, die unter islamischen Gebetsgesängen armenische Kirchen und Friedhöfe zerstörten.

Zweifellos ist Russland der eigentliche Gewinner dieses Konfliktes. Mit dem von Russland vermittelten Ausgang des Krieges unterstreicht es den Anspruch, die eigentliche Ordnungsmacht im Südkaukasus zu sein. Heute befinden sich deutlich mehr russische Soldaten in Armenien und Aserbaidschan als vor der jüngsten Eskalation. Mehr als 2.000 russische Soldaten wurden als »Friedenstruppen« in die Region entsandt. Zudem ist Armenien heute viel abhängiger von Russland, das zugleich seinen Zugriff auf die Rohstoffe Aserbaidschans ausbauen konnte. Ein russisches Muster lässt sich auch hier erkennen: In Libyen wurde der von ihr unterstützte Haftar hintergangen, in Efrîn die Kurd*innen und in Arzach die Armenier*innen.

In Armenien tritt ein innenpolitischer Konflikt immer stärker zutage. Der Ministerpräsident Nikol Paschinjan wird für die jüngste Niederlage verantwortlich gemacht. Der Außenminister Armeniens musste bereits zurücktreten. Mit einem Reformpaket versucht Paschinjan, die Wut der Bevölkerung abzuwenden, doch erscheinen seine Bemühungen wenig erfolgversprechend.

In der Türkei hat Mitte November das Parlament der Entsendung von Soldaten nach Aserbaidschan zur Überwachung der Waffenruhe in der Südkaukasus-Region Arzach zugestimmt.

Griechenland-Türkei: Konflikte im Mittelmeer und in der Zypernfrage

Seit der Entdeckung reicher Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer werden Nutzungsansprüche für die betreffenden Seegebiete seitens Griechenland, Zypern und der Türkei laut. Der Konflikt eskalierte, als die Türkei am 12. Oktober ihr Forschungsschiff »Oruç Reis« in Begleitung mehrerer Kriegsschiffe für die Erkundung von Erdgasvorkommen in ein Gebiet sandte, das seerechtlich teils zu Zypern, teils zu Griechenland gehört. Dies wiederum führte zu Spannungen zwischen Athen und Ankara und heizte erneut historisch weit zurückreichende Konflikte an.

Mit Argwohn beobachtete die Türkei gemeinsame Manöver Griechenlands, Frankreichs, Italiens und Zyperns im Mittelmeer. Auch über das Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit zwischen Israel, Griechenland und Zypern vom 8. September zeigt sich die Türkei verärgert und betrachtet es als Angriff. Die illegalen Aktivitäten der Türkei im östlichen Mittelmeer führten dazu, dass die Forderung in der EU nach Sanktionen gegen die Türkei zum Jahresende immer lauter wurden.

Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches und dem Ende des ersten Weltkriegs wurden im Friedensvertrag von Lausanne die bis heute gültigen Grenzen in der Region festgelegt. Griechenland durfte fast alle Inseln in der Ägäis behalten, auch wenn sie geografisch näher an der Türkei liegen. Die Türkei unter Erdoğan prangert immer lauter das Abkommen von Lausanne an und bezeichnet es als Verrat. Auch hier kommen neoosmanische Ambitionen der AKP-MHP-Regierung zur Geltung.

Zudem setzte die Türkei erfolgreich ihren Einfluss ein, um die Wahlen in Zypern zu Gunsten ihres Kandidaten zu beeinflussen. Der langjährige Versuch Nordzyperns, sich aus der Abhängigkeit der Türkei zu befreien, scheiterte erneut. Die Nordzypriot*innen haben erkannt, dass es der Türkei nicht darum geht, die Bevölkerung vor Ort zu vertreten und eine Lösung in ihrem Interesse zu finden, sondern sie vielmehr als diplomatische Spielfigur zu nutzen und wie eine Kolonie zu behandeln. Aufgrund der türkischen Ansprüche im östlichen Mittelmeer vertiefen sich die Widersprüche zwischen der Türkei und der EU. Immer mehr europäische Länder – wie beispielsweise Frankreich – fordern Sanktionen gegen das Land. Damit ist im Laufe des Jahres ein weiteres Konfliktfeld mit möglichen negativen Auswirkungen für die Türkei entstanden.

Die Türkei als Regionalplayer

Das Jahr 2020 – das Jahr nach dem Sieg über den IS – brachte neue Angriffsziele mit sich: Neben dem Iran geriet auch die kurdische Freiheitsbewegung verstärkt ins Visier verschiedener Angriffslinien. Beide Entwicklungen hängen unmittelbar mit der Türkei zusammen. Die AKP-MHP-Regierung agiert als Regionalmacht und lässt keine Gelegenheit aus, als geopolitischer Player in Erscheinung zu treten. Das führt dazu, dass sie bei jedem Konflikt nicht nur politisch und diplomatisch, sondern meist auch militärisch an Ort und Stelle ist, Partei ergreift und zur Vertiefung des Problems beiträgt. Sie führt an vielen Fronten Krieg und will überall ihre Mitsprache durchsetzen.

Die Türkei wurde auch in 2020 von hegemonialen Kräften wie den USA, Russland und auch der EU dazu benutzt, Konflikte zu schüren und dadurch die Durchsetzung der jeweils eigenen Interessen zu ermöglichen. Das sehen wir ganz deutlich in Syrien, im Irak und in Aserbaidschan. Die USA möchte die Türkei sowohl gegen Russland als auch gegen den Iran und gegen die kurdische Befreiungsbewegung benutzen. Russland seinerseits möchte das NATO-Mitglied Türkei als Schutzschild gegen die westlichen Hegemonialkräfte aufbauen.

Ihre innen- und außenpolitische Priorität hat sich jedoch auch 2020 nicht geändert: mit allen Mitteln zu versuchen, kurdische Errungenschaften zu zerstören und den Traum einer Großtürkei zu realisieren. Sie setzt in Syrien auf Russland, die USA, dschihadistische Gruppen sowie auf den ENKS, um die Errungenschaften der demokratischen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien zu vernichten. Im Irak kooperiert sie mit den USA, dem Irak sowie dem Iran und der PDK gegen die kurdischen Errungenschaften in der Region Şengal, dem Flüchtlingslager Mexmûr und in den Medya-Verteidigungsgebieten. In Europa setzt sie alles daran, dass die Kriminalisierung der Kurd*innen ausgeweitet wird.

Auch wenn es auf den ersten Blick den Anschein haben mag, die Türkei setze ihre Pläne erfolgreich um, so erkennen wir bei genauerem Hinschauen doch, dass das Gegenteil der Fall ist. Während das Land zu Beginn des Arabischen Frühlings noch als Vorbild für die sunnitisch-arabischen Länder diente, hat sich mittlerweile eine stetig wachsende anti-türkische Front arabischer Länder entwickelt. Auch die Waffe der Türkei – der Aufbau einer Kontra-Armee aus dschihadistischen Söldnern – wird sich früher oder später gegen die Türkei wenden und dem Land großen Schaden zufügen.

Die Innenpolitik der Türkei

Gegen den Vordenker und kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan wird weiterhin die Isolationsfolter angewandt. Das Anti-Folter-Komitee des Europarates (CPT) prangerte in seinem letzten Türkeibericht zum ersten Mal die Isolationsbedingungen auf der Gefängnisinsel İmralı an und bezeichnete sie als inakzeptabel. Abdullah Öcalan und den weiteren vier Gefangenen auf İmralı werden Familien- und Anwaltsbesuche willkürlich untersagt sowie der Kontakt untereinander nicht ausreichend erlaubt.

Parallel zu der Totalisolation auf der Gefängnisinsel wird in den kurdischen Gebieten der Türkei seit 2015 de facto der Ausnahmezustand angewandt. Massenfestnahmen gehören inzwischen zum Alltag. Öffentliche Demonstrationen und Kundgebungen sind verboten. Die Demokratische Partei der Völker (HDP) wird verbal und politisch bekämpft. Neben den ehemaligen Ko-Vorsitzenden Figen Yüksekdağ und Selahattin Demirtaş befinden sich eine Vielzahl von HDP-Politiker*innen im Gefängnis. Auch Kommunalpolitiker*innen bleiben nicht verschont. Nach den Kommunalwahlen im März 2019 stellte die HDP 65 Bürgermeister*innen. Von den gewählten wurde 6 die Zulassung nicht ausgehängt, und 48 wurden innerhalb von 18 Monaten durch Zwangsverwalter ersetzt. Vier Bürgermeister*innen erklärten ihren Rücktritt oder wurden ausgeschlossen. Momentan befinden sich nur 6 der insgesamt 65 Bürgermeister*innen im Amt. Mit allen Mitteln wird versucht, die einzige demokratische Opposition der Türkei hand-

lungsunfähig zu machen – ohne Erfolg. Laut Umfragen würde die HDP weiterhin über 10 Prozent bei Wahlen erreichen.

Die Repression und damit die Folterpraxis der AKP-MHP-Regierung nimmt immer erschreckendere Dimensionen an. Am 11. September wurden die zwei Dorfbewohner Osman Siban (50) und Servet Turgut (55), bei Şax (Catak) in der Provinz Wan, von türkischen Soldaten in einen Militärhubschrauber verfrachtet und später aus dem Hubschrauber geworfen. Servet Turgut erlag seinen Verletzungen während Osman Siban u. a. Schäden am Gehirn behalten hat.

Die kurdische Bevölkerung wird nicht nur physisch gefoltert, sondern auch emotional und psychologisch. Mitte des Jahres erhielt eine Familie die sterblichen Überreste ihres Sohnes, eines Guerillakämpfers, per Postpaket geschickt – versandt durch die Generalstaatsanwaltschaft. Agit Ipek – so sein Name – wurde 2017 bei Gefechten in Dersim getötet, zwei Jahre lang galt seine Leiche als verschollen. Ein weiteres Beispiel für die psychologische Kriegsführung: 2017 wurden auf Anordnung der Regierung 261 Leichname von dem Gefallenenfriedhof in Garzan nach Istanbul verschleppt. Nun wurde bekannt, dass sie in Plastikboxen unter einem Gehweg verscharrt wurden.

Die AKP-MHP-Regierung hat eine große Angst vor Frauen. Die Erhebung der Frauen stellt neben der kurdischen Bewegung heute in der Türkei den dynamischsten und größten Teil der Opposition dar. Vor diesem Hintergrund nahm auch die Repression gegen Frauen 2020 zu. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht eine Frau ermordet wird. Die Regierung unternahm den Versuch, sich aus der Istanbul-Konvention[6] zurückzuziehen. Die kurdische Frauenbewegung TJA (Tevgera Jinên Azad) wurde auch 2020 mit staatlichen Repressionen und Festnahmen konfrontiert. Zudem ist eine Zunahme sexueller Gewalt an kurdischen Frauen durch türkische Sicherheitskräfte zu verzeichnen.

Die AKP ist aufgrund ihrer aggressiven Außen- und Innenpolitik sowie der Vetternwirtschaft an den Rand ihrer Möglichkeiten gelangt. Das Auftreten der AKP-MHP-Regierung hat dazu geführt, dass die Türkei außenpolitisch immer weiter in die Isolation gedrängt wird, aber auch innenpolitisch isoliert sich die AKP zunehmend. Immer mehr AKPler*innen verlassen das Schiff. Inzwischen gibt es zwei weitere politische Parteien, die sich von der AKP getrennt haben, die Partei DEVA unter dem ehemaligen Wirtschaftsminister Ali Babacan und die Gelecek Partei unter Ahmet Davutoğlu, dem ehemaligen Ministerpräsidenten. Die Politik der Regierung wird aktuell eher von der ultranationalistischen Partei MHP bestimmt als von der AKP. Das wurde erneut sichtbar, als Erdoğan versöhnliche Töne Richtung Europa abgab und sogar von innenpolitischen Reformen sprach, aber am nächsten Tag eine große Festnahmewelle stattfand. Der tiefe Staat regiert mithilfe der MHP und legt die Außen- und Innenpolitik fest.



Die Bevölkerung in der Türkei und Nordkurdistan feierte im Oktober 2020 den 8. Geburtstag der HDP. Foto: anf

Zudem bereitet der Wahlausgang in den USA der Türkei große Sorgen. Sie konnte sich erst nach Tagen zur Gratulation für den Wahlsieger Biden durchringen. Erdoğan reagierte auf die Wahl von Biden zum neuen US-Präsidenten damit, dass

6 Die Türkei hat 2012 die »Istanbuler Konvention« unterzeichnet. Die Istanbul-Konvention verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, jegliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie alle Formen häuslicher Gewalt als Verbrechen einzustufen. Das Abkommen ist völkerrechtlich bindend – alle staatlichen Organe müssen die Verpflichtungen damit in ihrer nationalen Gesetzgebung umsetzen.



Am 27. November 2020 eröffnete die Kurdische Frauenbewegung in Europa TJK-E die Kampagne »100 Gründe, um den Diktator zu verurteilen«. Foto: anf

er seinen Schwiegersohn und Wirtschafts- und Haushaltsminister Berat Albayrak zum Rücktritt veranlasste. Als Albayrak das Ministerium übernahm, war ein US-Dollar 4,53 Türkische Lira (TL) wert. Zum Zeitpunkt seines Rücktritts stand der Dollar bei 8,52 TL. Während seiner Amtszeit stiegen sowohl Inflation als auch Arbeitslosigkeit rasant an.

Vor seiner Zeit als Wirtschafts- und Haushaltsminister, diente er als Energieminister. Er wickelte damals über das Unternehmen Powertrans mit dschihadistischen Gruppen dubiose Ölgeschäfte ab. Diese Firma vermarktete das Öl, das der IS aus den von ihm besetzten Gebieten in Syrien und dem Irak an die Türkei verkauft hatte. Diese Geschäfte kamen durch gehackte Mails des Hackerkollektivs Redhack ans Tageslicht. Den Wikileaks-Dokumenten ist auch zu entnehmen, dass Albayrak seit 2012 mit dem Unternehmen Powertrans zusammen arbeitete. Russland hatte bereits 2015 – als Reaktion auf den Abschuss eines russischen Flugzeugs durch die Türkei – erklärt, über Dokumente zu verfügen, die den Ölhandel zwischen der Türkei und dem IS beweisen. Der russische Verteidigungsminister erklärte damals: »Der Hauptabnehmer des Öls, welches aus Syrien und dem Irak gestohlen wird, ist die Türkei. Es ist belegt, dass hochrangige politische Führungskräfte der Türkei sowie Familienangehörige Erdoğans an diesem illegalen Handel beteiligt sind.«

Erdoğan hatte einen Tag vor dem Rücktritt Albayraks Naci Ağbal zum Vorsitzenden der Zentralbank ernannt. In den USA dauern zudem das Halkbank-Verfahren sowie eine Untersuchung des Vermögens von Erdoğan und seiner Familie an. Trump hatte diese Untersuchung vorerst unterbrochen. Erdoğan geht offensichtlich davon aus, dass Biden und sein Team sowohl das Verfahren um die Halkbank, als auch die Untersuchungen seines Vermögens entschlossener vorantreiben wird. Das Verfahren wird vermutlich als wirksames Erpressungsmittel gegen Erdoğan zurückgehalten werden. Im Rahmen des Verfahrens gegen den iranischen Geschäftsmann Reza Zarrab, der wegen Verstoß gegen das Iran-Embargo in den USA festgenommen worden war, wurde auch belegt, dass Berat Albayrak sich mehrmals mit ihm getroffen hatte. Reza Zarrab unterhielt ein Konto bei der Aktif Bank, dessen Direktor zu der Zeit wiederum Berat Albayrak war. Zudem wurde Murat Uysal als Vorsitzender der Zentralbank entlassen. Das hat ebenfalls mit dem US-Verfahren gegen die Halkbank zu tun. Murat Uysal war eine Zeit lang Generaldirektor der Halkbank. Daher wird sein Name sicherlich in den Untersuchungsakten genannt werden. Der Grund dafür, dass Erdoğan

ihm seinen Rücktritt nahe legte, ist weder die gestiegene Inflation, noch die wachsende Arbeitslosigkeit. Vielmehr handelt es sich um eine vorbeugende Maßnahme. Sollte unter Biden der Prozess gegen die Halkbank neu aufgerollt werden, möchte Erdoğan dafür sorgen, dass kein aktiver türkischer Amtsträger belangt werden kann. Damit sollen wirtschaftliche Sanktionen gegen die Türkei verhindert werden.

Interessant ist auch, dass der Sonderbeauftragte der US-Regierung für den Kampf gegen den IS, James Jeffrey, nach der Wahlniederlage Trumps sein Amt aufgab. Eine grundlegende Veränderung der US-Politik im Mittleren Osten unter Biden ist jedoch nicht zu erwarten. Doch hat die Türkei mit Trump sicherlich ihren Geistesverwandten und stärksten Unterstützer verloren.

Auch wenn die Wahlniederlage Trumps für die Völker keine allzu große Bedeutung hat, so ist sie aus Sicht der Staatsmänner und -frauen, die ähnlich wie er ticken, mit weitreichenden Konsequenzen verbunden.

Der gemeinsame Kampf wird bestimmen

Durch den Machtwechsel in den USA wird sehr wahrscheinlich eine gewisse vorübergehende Entspannung in der aktuell sehr angespannten, unübersichtlichen und unkontrollierbaren Phase eintreten. Die Welt leidet sehr unter Trump und ähnlich gesinnten Staatspräsidenten. Weltweit verstärkten sich die Widersprüche extrem. Das System braucht nun eine gewisse Verschnaufpause. Die Menschen verlieren zunehmend ihr Vertrauen in das kapitalistische System, und die Systemvertreter*innen selbst erkennen diese Gefahr zunehmend. Um einer möglichen gesellschaftlichen Reaktion den Wind aus den Segeln zu nehmen, wird die aggressive Politik etwas heruntergefahren werden. Erinnern wir uns daran, welche Auswirkungen die US-Wahlen der vergangenen zwei Jahrzehnte hatten: Unter dem Republikaner George W. Bush wurde mit dem Irakkrieg die militärische Intervention im Mittleren Osten eingeläutet. Barack Obama wurde nach acht Jahren Bush als eine Art Erlöser präsentiert, nur um nach acht Jahren durch einen Präsidenten ersetzt zu werden, der noch unberechenbarer als Bush war. Damit wurde die Ordnung vollständig ins Wanken gebracht. Jetzt also wird Biden als Retter präsentiert. Das System benötigt diese Intervalle, um die Kontrolle nicht zu verlieren. Es finden nur scheinbare Veränderungen statt. Grundlegende Korrekturen bleiben hingegen aus. Grundlegende Veränderungen können nur erreicht werden, wenn sie von Akteuren erkämpft werden, die selbst nicht Teil des Systems sind. Der gerechte Kampf der Frauen, der Völker, der Arbeiter*innen, der Schwarzen Menschen, der indigenen Völker oder der Klimaaktivist*innen kann in dieser Zeit der Neuordnung die Pläne der Hegemonialmächte durchkreuzen.

Die kurdische Freiheitsbewegung ist vor diesem Hintergrund trotz massiver Angriffe der globalen Hegemonialmächte, der kolonialistischen Regionalstaaten und der kollaborierenden kurdischen Kräfte immer noch eine Inspiration für alle Menschen, die außerhalb des bestehenden Herrschaftssystems ihr eigenes System aufbauen und verteidigen.

Zum Jahrestag des Militärputsches in der Türkei, dem 12. September, rief die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) eine Offensive unter dem Motto: »Schluss mit Isolation, Faschismus und Besatzung – Es ist Zeit für Freiheit«. Parallel hat auch die kurdische Frauenbewegung eine Kampagne begonnen unter dem Motto »Lasst uns gegen den Feminizid die freie Frau und die freie Gesellschaft verteidigen, das freie Leben aufbauen«. Das Jahr 2020 war für das kurdische Volk ein Jahr des Widerstandes – genauso wie die Jahre zuvor und vermutlich auch die nächsten Jahre. Nur durch einen nachhaltigen, langfristigen Kampf kann das Gebäude der Unterdrückung des herrschenden Systems zum Einsturz gebracht werden. Die kurdische Freiheitsbewegung hat mit der Offensive die Angriffspunkte klar benannt: Isolation, Faschismus, Besatzung, Patriarchat; das sind die Hauptsäulen des Unterdrückungsregimes, die zu Fall gebracht werden müssen.

Am 27. November 2020 jährte sich die Gründung der kurdischen Freiheitsbewegung zum 42. Mal. Seit fast einem halben Jahrhundert kämpfen Abdullah Öcalan, die PKK und das kurdische Volk nun bereits. Das ist der längste, größte und intensivste Aufstand in der kurdischen Geschichte. Die kurdische Freiheitsbewegung ist heute stärker, einflussreicher, umfassender und tiefgründiger denn je zuvor. In einer Zeit, in der das herrschende System mitsamt seinen Nationalstaaten an Glaubwürdigkeit verliert, gewinnt diese Bewegung immer mehr an Bedeutung. Sie ist zeitgemäß und lösungsorientiert, denn sie übernimmt Verantwortung und stellt sich den bestehenden Herausforderungen selbstbewusst. Sie steht für das Gegenteil von allem, was die kapitalistische Moderne mit ihrer Ideologie, Politik und ihren Institutionen darstellt. Mit ihrem Paradigma, das Demokratie, Ökologie und Frauenbefreiung als Kernpunkte formuliert, verbindet die PKK alle grundlegenden Kämpfe des 21. Jahrhunderts. Diese Kämpfe werden nicht lokal, sondern universell ausgetragen. Daher wird die Welt überall, wo diese Kämpfe geführt werden, qualitativ zugunsten der Menschen verändert werden. Dem Machtkampf von Staaten und Unternehmern wird damit eindeutig eine Absage erteilt. ♦

Über İmralı soll der Ausnahmezustand zum Normalzustand gemacht werden

Isolation ist keine Ursache, sondern eine Antwort

Journalistin Berivan Altan im Gespräch mit Rechtsanwalt Faik Özgür Erol

Im Gespräch mit der Journalistin Berivan Altan für die Nachrichtenagentur Mezopotamya erklärt der Rechtsanwalt Faik Özgür Erol, wie die türkische Regierung einerseits auf İmralı ihr eigenes Recht bricht und andererseits die Ausnahmesituation der Gefängnisinsel schrittweise zum Normalzustand in der gesamten Türkei macht. Darüber hinaus geht der Anwalt von Abdullah Öcalan auf die Verantwortung der europäischen Institutionen gegenüber der Situation auf İmralı ein und erklärt, dass die Isolationsbedingungen einen Angriff auf den Widerstandsgeist des PKK-Vorsitzenden darstellen.

Lassen sich die Isolationshaftbedingungen auf İmralı im Rahmen der Rechtstaatlichkeit begründen?

Beim staatlichen Umgang mit den Inhaftierten auf der Gefängnisinsel İmralı im Laufe des 21. Jahrhunderts wurde mal das türkische Recht gebeugt, ein anders mal völlig ignoriert und dann wiederum wurden spezielle Gesetze erlassen, die auf diese Haftanstalt ausgerichtet waren. Die Isolationspraxis auf İmralı beginnt mit dem Tag, an dem Herr Abdullah Öcalan am 16. Februar 1999 in dieses Gefängnis eingeliefert wurde. Die Praxis, die für diese Haftanstalt in den vergangenen 21 Jahren geschaffen und entwickelt wurde, wird mittlerweile auf die gesamte Gesellschaft übertragen. Das İmralı-System ist also gewissermaßen der Nukleus eines neuen autoritären Herrschaftsstils in der Türkei.

Immer wieder wird der Vergleich zwischen den Systemen İmralı und Guantanamo hergestellt. Inwieweit macht dieser Vergleich Sinn?

Guantanamo und İmralı stellen zwei Haftsysteme dar, in denen die verantwortlichen Staaten ihre eigenen rechtlichen Mindeststandards, die sie für die Gefangenen im eigenen Land gesetzlich festgeschrieben haben, mit Füßen treten.

Wir können erkennen, dass durch den globalen Terrorismusdiskurs nach den Anschlägen vom 11. September *[2001]* vielerorts auf der Welt neue »Anti-Terrorgesetze« erlassen wurden. Der »Sicherheitsdiskurs« wurde zu einem zentralen Element der Politik. Die Terrorismusdefinition hingegen blieb schwammig und vor allem äußerst dehnbar. Quasi über Nacht konnte man ganze Straßenzüge kameraüberwachen. Die Frage, inwieweit Maßnahmen wie diese die Grundrechte der Menschen einschränken, wurde hingegen kaum gestellt. Und im Rahmen dieser Entwicklung wurden auch die Gefängnissysteme neu ausgerichtet.

Guantanamo und İmralı können mit als die ersten beiden Haftanstalten benannt werden, die diese Neuausrichtung erlebten. Sie gelten als Orte, in denen Gesetze, die dem Handeln staatlicher Akteure gegenüber Gefangenen Grenzen setzen, keine Geltung mehr hatten. Kurz darauf wurde öffentlich, dass die CIA an verschiedenen Orten Europas Geheimgefängnisse unterhält und mit CIA-Flugzeugen Menschen entführt. Das alles waren die Auswüchse des »Sicherheitsdiskurses«.

Das Asrın Rechtsbüro hat in einer Erklärung im Mai 2019 folgendes erklärt: »In den vergangenen vier Jahren, in denen die Isolation gegen Herrn Öcalan abermals verschärft wurde, hat im gesamten Land und insbesondere im Südosten der Krieg, das Chaos und die Verwüstung zugenommen. In der Phase hingegen, in der unser Mandant zumindest im begrenzten Umfang seine Rolle als politisches Subjekt spielen konnte, hat er für die tiefgreifenden Probleme des Landes Lösungsvorschläge formuliert und positiv auf die Geschehnisse in der gesamten Region eingewirkt.«

Der Umgang mit Herrn Öcalan auf der Gefängnisinsel İmralı wird immer wieder auch in Relation zu den aktuellen politischen Geschehnissen in der

Türkei und der gesamten Region gesetzt. Können Sie uns diesen Zusammenhang erklären?

Der Zusammenhang ist offensichtlich. Es ist bekannt, dass nach den Hungerstreikaktionen 2019[1] das Besuchsverbot für Anwält*innen auf İmralı aufgehoben wurde und es anschließend zwischen Mai und August insgesamt fünf Besuche gab. Seitdem waren allerdings erneut keine Konsultationen auf İmralı mehr möglich. Es kam zu einem neuen Verbot und dieses wurde mit der Veröffentlichung der Roadmap[2] unseres Mandanten begründet. Sie haben also ein Verbot im Jahr 2019 mit einer Veröffentlichung aus dem Jahr 2009 begründet. Ich brauche nicht zu erläutern, wie willkürlich dieses Verbot ist und wie sehr es mit den aktuellen politischen Entwicklungen zusammenhängt.

Diese Verbote und Beschränkungen treffen neben Herrn Öcalan natürlich auch die übrigen Gefangenen auf İmralı. Ihnen wird nicht nur das Recht auf Anwaltskonsultationen verwehrt, sie können auch seit knapp zwei Jahren keinen Besuch ihrer Familienangehörigen mehr empfangen. Verwehrt wird ihnen dieses Recht aufgrund von vermeintlichen Disziplinarstrafen. Und diese Strafen überschreiten jegliches Maß an Absurdität. So dürfen die Gefangenen auf İmralı beispielsweise dreimal die Woche für je eine Stunde gemeinsam Sport treiben. In diesen Zeiten spielen sie Basketball oder Volleyball. Nach einer halben oder dreiviertel Stunde Sport ruhen sich die Gefangenen dann aus und führen Gespräche untereinander. Allein das reicht für eine Disziplinarstrafe aus, weil die Gefangenen sich angeblich gegenseitig am gemeinsamen Sportbetrieb gehindert hätten. Wenn die Instanz, welche die Strafen vergibt und diejenige, welche diese Strafen kontrolliert, die gleiche ist, dann brauchen wir uns auch nicht über Absurditäten wie diese wundern.

Sie sprechen viel von Willkür. Heißt das, dass das İmralı-Gefängnis außerhalb des türkischen Rechts steht?

Auf der Gefängnisinsel İmralı herrscht permanenter Ausnahmezustand. Hier wurde ein Regime des Ausnahmezustands etabliert. Die Isolationshaft wurde in der Türkei in den 90er Jahren kurzzeitig im Gefängnis von Eskişehir umgesetzt, doch nach Protesten und Widerstand wieder abgeschafft. Dann wurde die Isolationshaft mit der Inhaftierung Herrn Öcalans wieder ins Leben gerufen. Kurze Zeit später wurde dieselbe Praxis begleitet von Massakern durch die F-Typ Gefängnisse im gesamten Land ausgeweitet.

Das ist nur ein Beispiel dafür, wie Praktiken auf İmralı getestet und dann im ganzen Land umgesetzt werden. Ein anderes Beispiel ist das Protokollieren der Anwaltskonsultationen. Dies war zwischen 2005 und 2011 auf İmralı gängige Praxis. Kaum jemand hat sich dafür interessiert, weil auf İmralı schließlich der »Ausnahmezustand« herrscht. Nach dem Putschversuch von 2016 wurde dann allerdings ein Dekret erlassen, dass die Protokollierung von Gesprächen zwischen Anwält*innen und ihrer Mandant*innen durch die Sicherheitsorgane in allen Gefängnissen des Landes vorsieht. Was wir daraus lernen, ist folgendes: Sobald wir die Augen vor einer »Ausnahmepraxis«, die außerhalb des Rechts steht, für eine bestimmte Zeit verschließen, kann es schnell passieren, dass diese Ausnahme zum Regelfall für alle wird. Und genau in diesem Rahmen kommt der Praxis auf İmralı eine besondere Rolle zu.

Welche Verantwortung tragen internationale Institutionen für die Situation auf İmralı?

Sowohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) als auch das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung (CPT) sind Einrichtungen des Europarates. Die Türkei wiederum ist Mitglied im Europarat. Deshalb handelt es sich beim EGMR und beim CPT um Institutionen, welche die Türkei kontrollieren und sanktionieren können. Unsere Erfahrung mit diesen Institutionen in den letzten 20 Jahren zeigt, dass sie über alles, was auf İmralı geschieht, im Bilde sind. Ihre Position zu der Situation auf İmralı hingegen hängt sehr stark von der jeweiligen politischen Konjunktur ab.

Ich denke, insbesondere die Kurd*innen durften in den 2000er Jahren deutlich gemerkt haben, dass es kaum Sinn macht, Hoffnungen in den EGMR zu stecken. Das macht nicht nur der İmralı-Fall deutlich. Wir haben das auch während der Ereignisse während der Ausgangssperren in Kurdistan gesehen. Der EGMR ist in der Lage, in bestimmten Fällen klare Urteile zu fällen und deutlich zu werden. Doch meistens sind das die Fälle, die keine besondere politische Brisanz haben. Ist die politische Tragweite des Falls hingegen groß, zieht das Gericht Zurückhaltung vor. Geht es beispielsweise um die Rechte einer Einzelperson, wird der EGMR deutlich. Doch wenn dasselbe Recht nicht nur bei einem Individuum, sondern bei tausend Personen gleichzeitig gebrochen wird, dann kann es durchaus passieren, dass das EGMR sich zurückhält. Ich denke, das ist ein zentrales Problem der internationalen Institutionen des 21.

---

1 2019 konnte die Isolation von Abdullah Öcalan durch einen Ende 2018 von der kurdischen Politikerin Leyla Güven begonnenen Massenhungerstreik kurzfristig durchbrochen worden. An dem 200-tägigen Hungerstreik nahmen tausende Gefangene und viele Menschen außerhalb der Gefängnisse weltweit teil.

2 2009 verfasste Abdullah Öcalan die »Roadmap für Verhandlungen«, die dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) als Verteidigungsschrift vorgelegt wurde.



»Freiheit für Abdullah Öcalan« – Demonstration zum Jahrestags des PKK-Verbots in Hamburg. Foto: dokumentarfoto.de

Jahrhunderts. Sie verteidigen durchaus das individuelle Recht, aber keineswegs allerdings kollektive Rechte.

Kehren wir zurück nach İmralı und zu den Isolationshaftbedingungen Abdullah Öcalans. Als das ehemalige RAF-Mitglied Irmgard Möller 1994 aus 22 Jahren Haft, darunter viele Jahre Isolationshaft, entlassen wurde, erklärte sie »Das war ein Krieg zwischen dem Staat und uns. Diesen Krieg habe ich gewonnen«[3]. Der Autor Işık Ergüden, der wegen seines politischen Engagements lange in Haft saß, erklärt in einem seiner Bücher, dass das Recht dort neu geschrieben werden müsse, wo eine Person erfolgreich gegen die Isolation Widerstand geleistet hat. Wenn wir diese beiden Beispiele zur Grundlage nehmen, welche Position nimmt Herr Öcalan unter den Isolationshaftbedingungen in İmralı ein?

Wir sollten vielleicht erst mal festhalten, dass dort die Isolation am stärksten ist, wo der Widerstand stark ist. Denn die Isolation ist keine Ursache, sondern eine Antwort. Sie ist die Antwort der Herrschenden auf eine Widerstandspraxis. Das ist ein zentraler Punkt, den wir festhalten müssen. Die Isolation hat zudem den Zweck, die Verbindungen zwischen den verschiedenen Herden des Widerstands zu kappen. Deshalb ist die Isolation auch dort besonders intensiv, wo der Widerstand für die Herrschenden gefährlich wird.

Herr Öcalan hat seiner Inhaftierung auf İmralı 1999 einen konstanten und kontinuierlichen Widerstand geleistet. Dieser Widerstand hat sich in der Systematik und Disziplin, die er in seinem Alltag, in der Vertiefung seiner gedanklichen Auseinandersetzung und in der Verschriftlichung seiner politischen Perspektiven dargelegt hat, widergespiegelt. Ich glaube, dass es äußerst schwierig sein wird, andere Beispiele für eine solche langanhaltende Widerstandspraxis unter Isolationshaftbedingungen zu finden.

Darüber hinaus hat Herr Öcalan trotz seiner Bedingungen immer wieder deutlich gemacht, dass er für eine demokratisch-friedliche Transformation des Konflikts als Ansprechpartner zur Verfügung steht. In den Phasen des Dialogs mit dem türkischen Staat, hat er immer wieder unter Beweis gestellt, dass er bereit ist, Hindernisse auf dem Weg zu einer möglichen Lösung zu beseitigen und dafür die Verantwortung zu übernehmen.

Der Widerstand auf İmralı hat mehr als 20 Jahre hinter sich gelassen. In dieser Zeit hat Herr Öcalan zu keinem Zeitpunkt seine Position preisgegeben. Ich denke auch nicht, dass die Isolation in Zukunft dazu führen wird, in irgendeiner Form die Widerstandskraft von Herrn Öcalan zu brechen. Im Zentrum steht nicht die Isolation, sondern der Widerstand. Und letztlich ist es der Widerstand, der uns auch in schwierigsten Zeiten Hoffnung schenkt. ♦

3 https://www.metiskitap.com/catalog/text/57743

Kurdistan ist nach wie vor eine internationale Kolonie

Kurdisch-nationale Konflikte im Kontext des Multilateralismus

Nilüfer Koç, Sprecherin für internationale Beziehungen des Nationalkongresses Kurdistan (KNK)

Seit Beginn des Jahres 2020 machen sich kurdische Menschen Sorgen wegen eines drohenden innerkurdischen Konfliktes. Anlass war die Stationierung von Streitkräften der Demokratischen Partei Kurdistans[1] im Frühjahr in der Region Zînê Wertê in den Qendîl-Bergen; sie setzte sich mit der weiteren Entsendung von militärischen Kräften der PDK in andere Regionen Südkurdistans fort, in denen seit 1981 Kräfte der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Stützpunkte unterhalten.

Diese Aktivitäten der PDK fingen an, nachdem das türkische Militär eine neue, groß angelegte Militäroperation gegen Südkurdistan begonnen hatte. Die jüngsten türkischen Militäroffensiven wurden unter dem Namen »Operation Kralle 1, 2 und 3« eingeleitet und stellen den Versuch dar, die türkische Besatzung Südkurdistans in fünf Etappen auszuweiten. Zunächst wurden die Regionen Şexan, Etrûş, Bergare und Akrê ins Visier genommen, es folgten Zînê Wertê und Sîdekan, dann Barmernê, Amediyê und Barzan, dann Behdînan-Qendîl und schließlich im fünften Schritt die Region Gare. Anfang November verlegte die PDK Peschmergakämpfer und Spezialeinheiten der »Leşkerê Gulan[2]« in die Region Gare, was in ganz Kurdistan die Alarmglocken läuten ließ.

Die nächsten Entwicklungen in Gare werden darüber entscheiden, ob es einen innerkurdischen Militärkonflikt geben wird. Die engen bilateralen Beziehungen der PDK zur türkischen Regierung haben Misstrauen und Konflikte zwischen der PDK und der irakischen Zentralregierung hervorgerufen.

In der Autonomen Region Kurdistan hat die PDK Sorge getragen, die Koalitionspartner der kurdischen Regionalregierung, die Patriotische Union Kurdistans[3] und Gorran, von Entscheidungsfindungen auszuschließen. Jüngst behauptete sie, die anderen Parteien über Verlautbarungen und Maßnahmen informiert zu haben, was von der YNK und Gorran jedoch öffentlich dementiert wurde.

In den vergangenen zwei Jahren hat die US-Regierung unter Trump als wichtiger Verbündeter des autoritären türkischen Präsidenten Erdoğan und dessen Regierung, einer Koalition der islamistischen AKP[4] mit der MHP[5], gehandelt. Die US-Unterstützung für diese Regierung war lebenswichtig, denn Erdoğan und das AKP-MHP-Regime sind zunehmend diplomatisch isoliert und in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise international mit Unzufriedenheit und wachsendem Misstrauen konfrontiert. Militärischer Expansionismus und Besatzung sind die Eckpfeiler von Erdoğans Außenpolitik; innenpolitisch dienen sie dazu, die Unterstützung für seine Regierung aufrechtzuerhalten.

Die Trump-Regierung hat Erdoğans Hunger direkt gestillt, indem sie die nordsyrischen Städte Serêkaniyê und Girê Spî ausgeliefert hat. Die AKP-MHP-Koalition und die PDK, die allesamt eigenen ernsthaften Problemen gegenüber stehen, versuchen ihre Kräfte zu bündeln, um die PKK zu schwächen. Damit soll die stärkste kurdische politische Kraft von der regionalen und globalen politischen Bühne verdrängt, die kurdische Gesellschaft gespalten und die Stellung der Türkei in der NATO gestärkt werden.

Erdoğans Türkei stellt nicht nur für die kurdische Gesellschaft eine Bedrohung dar, sondern auch für viele Mitgliedstaaten der NATO (wie z. B. Frankreich, die Niederlande und Österreich) und die Mitglieder der Arabischen Liga. Der gesamte Mittlere Osten ist durch den aggressiven und destabilisierenden militärischen Expansionismus gefährdet. Wenn die Pläne des AKP-MHP-Regimes umgesetzt werden, werden vor allem die Kurd*innen deren Opfer sein. Erdoğans Türkei wird gestärkt werden und der Mittlere Osten, Nordafrika, der Kaukasus, Europa etc. weiter destabilisiert. Die militärische Ag-

1 Partiya Demokrata Kurdistanê, PDK, auch KDP abgekürzt

2 Privatarmee von Mesrûr Barzanî, Ministerpräsident der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak

3 Yekîtiya Nîşimanî ya Kurdistanê, YNK, auch PUK abgekürzt

4 Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, deren Vorsitzender Erdoğan ist)

5 Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)



In mehreren Städten in Nord- und Ostsyrien fanden Demonstrationen gegen die Angriffe auf Invasionsangriffe gegen Şengal statt. Foto: anha

gression der Türkei und die Krise in der südkurdischen Region Gare betreffen also nicht nur die Kurd*innen.

In den letzten 20 Jahren haben das nationale Bewusstsein der kurdischen Gesellschaft sowie die Flexibilität und das Engagement der PKK für Dialog, Kompromissfindung und nationale Einheit größere innerkurdische Konflikte verhindert. Die gegenwärtige Situation jedoch ist für die Kurd*innen gefährlich. Nach seiner Wahlniederlage wird der für die Türkei verlässliche internationale Verbündete US-Präsident Trump, die Macht abgeben. Dadurch wird Erdoğan mit verschiedenen Krisen konfrontiert sein, die den Fortbestand seiner autokratischen Herrschaft gefährden werden. Er und sein Partner, die MHP, haben großes Interesse daran, ein Blutvergießen unter den Kurd*innen zu befeuern und werden dies wahrscheinlich als einen Ausweg sehen, ihre Macht sichern zu können.

Es ist sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass im Zeitalter der multilateralen Politik lokale Konflikte immer auch regionale und globale Aspekte enthalten. Speziell in Bezug auf Kurdistan ist alles lokale ebenso regional wie auch global, denn Kurdistan ist nach wie vor eine internationale Kolonie. In Kurdistan liegen die strategischen Grenzen der Hauptakteure des Mittleren Ostens – die Türkei, Iran, Irak und Syrien. Jeder dieser Staaten ist Mitglied oder enger Verbündeter wichtiger Mitglieder in internationalen Organisationen. So ist beispielsweise die Türkei Mitglied der NATO und des Europarates. Irak und Syrien sind Mitglieder der Arabischen Liga. Der Iran hat seine eigenen weltweiten Bündnisse und ist eine eigenständige Regionalmacht mit militärischer bzw. paramilitärischer Präsenz in verschiedenen Ländern der Region. Darüber hinaus ist jede Entwicklung in Kurdistan unwiderruflich mit den Interessen der Weltmächte (einschließlich den USA, Russland und der Europäischen Union) im Mittleren Osten verbunden. Im Zusammenspiel regionaler und globaler Mächte basieren die politischen Beziehungen sowohl auf Kooperation als auch auf Konfrontation. Innerkurdische Angelegenheiten sind eng mit regionalen und globalen Interessen und Entwicklungen verknüpft.

Ein konkretes Beispiel kann diese unbestreitbare Realität verdeutlichen: Das türkische Militär will seine Besatzung in Südkurdistan und im Irak ausweiten und hat Şengal, das Siedlungsgebiet der Êzîd*innen, ins Visier genommen, die erst vor wenigen Jahren Opfer eines Völkermordes durch den Islamischen Staat (IS) wurden. Unter der Vermittlung der US-Regierung unterzeichneten die irakische Zentralregierung und die südkurdische Regionalregierung am 9. Oktober 2020 ein Abkommen über die Kontrolle Şengals, dessen Zustandekommen ausdrücklich unter Ausschluss der politischen Vertretung der Êzîd*innen stattfand. Die Vereinten Nationen fungierten als offizieller Vermittler, und die Türkei wurde über die Angelegenheit informiert. Das Abkommen war die Folge einer erschreckenden Empfehlung des leitenden stellvertretenden Sekretärs des Büros für Nahost-Angelegenheiten des US-Außenministeriums, Joey Hood, im August 2020: Er erklärte, dass »die Regionalregierung Kurdistans, die Zentralregierung in Bagdad und die Türkei, die mit Unterstützung und Beratung durch die Vereinigten Staaten und andere Koalitionsländer zusammenarbeiten«, in Şengal kooperieren sollten, um eine Zivilverwaltung einzurichten und »Milizen, einschließlich der PKK« aus der Region zu vertreiben.

Es gibt keine rechtliche oder moralische Rechtfertigung dafür, der Türkei zu gestatten, eine Rolle in der Zukunft von Regionen zu spielen, die zum Territorium des souveränen Staates Irak gehören. Während im Jahr 2014 Erdoğan die Präsenz des IS an seinen Grenzen duldete und tausende Menschen durch die Türkei reisten, um sich dem IS anzuschließen, lieferten Streitkräfte der irakischen Zentralregierung und der PDK Şengal und seine ezidische Bevölkerung dem IS zur Massakrierung aus. Es waren die Volksverteidigungskräfte HPG und die Verteidigungseinheiten der YPG und YPJ, die zum Schutz der êzîdischen Bevölkerung herbeieilten und die Flucht von Zehntausenden Menschen vor dem IS ermöglichte. ♦

Probleme Südkurdistans im Einklang mit den Entwicklungen in den anderen Teilen Kurdistans lösen

Die tatsächliche Agenda Südkurdistans

Arif Rhein, Mitarbeiter von Civaka Azad

Südkurdistan hat viele Probleme – und Verantwortungsträger, die sich nicht um deren Lösung bemühen. In den letzten Monaten des Jahres 2020 waren insbesondere Mitglieder des südkurdischen Barzanî-Clans damit beschäftigt, die gesellschaftliche Agenda massiv zu verzerren. Während die Menschen in Behdînan, Silêmanî (Süleymaniye) oder Qendîl viele drängende Probleme plagen, betreiben Mesûd (PDK[1]-Vorsitzender), Mesrûr (Ministerpräsident[2]) und Nêçîrvan (Präsident[3]) Barzanî Kriegspropaganda und lassen sich praktisch täglich zu Fototerminen mit internationalen Staatsvertretern einladen. Als aufmerksameR BeobachterIn fragt man sich schnell, ob die Barzanîs und die von ihnen dominierte Partei PDK wirklich über den Willen verfügen, die konkreten Probleme der Gesellschaft anzuerkennen und zu lösen. Dabei zeigen die täglichen Proteste verschiedenster Bevölkerungsgruppen und Aufrufe zahlreicher Parteien, was es zu tun gäbe.

Ein Land wird besetzt

Mehr als 50 Prozent des südkurdischen Territoriums sind aktuell besetzt. Im Jahr 2017 vertrieben die irakische Armee und vom Iran gelenkte schiitische Milizen die Peschmerga der PDK und YNK[4] aus Kerkûk (Kirkuk) und vielen weiteren Gebieten im Süden und Südwesten der Autonomen Region Kurdistan. International wurde damals umfassend darüber berichtet. Deutlich weniger Beachtung findet die Besatzung entlang der nördlichen Grenze zur Türkei, die im Verlauf des Jahres 2020 durch die türkische Armee und ihre aus islamistischen Paramilitärs bestehenden Verbündeten stark ausgeweitet wurde. In den Regionen Xakurke, Heftanîn, Gare, Bradost und Barzan haben die Besatzerkräfte dutzende Hügel besetzt, Checkpoints errichtet und Dörfer entvölkert. Gemeinsam mit der verbliebenen Dorfbevölkerung leistet die HPG[5]-Guerilla gegen die Besatzung all dieser Gebiete entschlossen Widerstand. Eine verständliche Reaktion, sind die verheerenden Folgen türkischer Besatzungsoperationen nicht nur in Südkurdistan selbst, sondern auch in Efrîn, Girê Spî und Serêkaniyê bekannt. Die PDK und ihre prominentesten Gesichter Mesûd, Mesrûr und Nêçîrvan Barzanî verfolgen jedoch eine andere Agenda. Sie beschuldigen zum einen die PKK für die türkischen Angriffe verantwortlich zu sein und den politischen Status Südkurdistans zerstören zu wollen. Zum anderen schicken sie tausende Mitglieder ihrer privaten Milizen zur Unterstützung der türkischen Armee in die bergigen Regionen entlang der nördlichen Grenze, um die PKK-Guerilla von dort zu vertreiben. Medial erwecken insbesondere die PDK-nahen Medien *Rudaw*, *Kurdistan 24* und *BaşNews* den Eindruck, das zentrale Thema sei die Präsenz der PKK in Südkurdistan und deren notwendige Verdrängung nach Nordkurdistan. Dabei soll vergessen gemacht werden, worum es aktuell eigentlich geht: die massiven Probleme Südkurdistans, sich gegen die vielfältigen Interventionen internationaler und regionaler Mächte zu verteidigen. Eine NATO-Basis in Hewlêr (Erbil), über 40 türkische Militär- und Geheimdienststationen in den Bergen und irakische Soldaten in Kerkûk zeigen, wie es um die Sicherheit Südkurdistans bestellt ist. Wenn Washington, Ankara oder Bagdad wollen, können sie Hewlêr sicherheitspolitisch ohne großen Aufwand massiv unter Druck setzen. Den ca. 200.000 Mitglieder umfassenden Peschmerga-Kräften fehlt es nicht an modernster Technik und Ausbildung, doch verfügen sie aufgrund ihres geringen Vertrauens in die politische Führung über wenig Kampfmoral. Die HPG-Guerilla dagegen führt mit vergleichbar bescheidenen Mitteln, aber einer umso größeren Kreativität, Entschlossenheit und Motivation täglich Krieg gegen die türkisch-islamistischen Besatzungstruppen in Südkurdistan. Welch riesige Kraft entsteht, wenn Peschmerga und HPG sich koordinieren und gemeinsam kämpfen, wurde während des Widerstandes gegen den »Islamischen Staat« (IS) ab 2014 sichtbar.

1 Partiya Demokrata Kurdistanê (Demokratische Partei Kurdistans, auf deutsch auch oft als KDP abgekürzt)

2 Premierminister der Autonomen Region Kurdistan (kur. Herêma Kurdistan - HR) in Nordirak / Südkurdistan

3 der HR

4 Yekîtiya Nîştimanî ya Kurdistanê (Patriotische Union Kurdistans, auf deutsch auch als PUK abgekürzt)

5 Hêzên Parastina Gel (Volksverteidigungskräfte)

Ein Land wird verkauft

Südkurdistan ist eigentlich reich an allem. Fruchtbarer Boden, genügend Wasser und riesige Erdöl- bzw. Gasvorkommen bieten zusammen mit der strategischen Lage für Handel eine mehr als ausreichende Grundlage, um die Bevölkerung zu versorgen. Die Realität sieht jedoch anders aus. Seit Monaten werden Gehälter nicht ausgezahlt – das ist im Lauf der vergangenen Jahre nicht das erste Mal. Im November blockierten Peschmerga-Einheiten mehrmals Straßen in der Region, um gegen das Ausbleiben ihrer Besoldung zu protestieren. LehrerInnen treten aus demselben Grund regelmäßig in den Streik. Noch in den 90er Jahren war die Situation eine andere: Die Bevölkerung betrieb noch viel Landwirtschaft und Viehzucht und konnte sich dementsprechend besser selbst versorgen. Zugleich hatte Saddam Hussein als Reaktion auf die internationale Blockadepolitik gegen den Irak zahlreiche Großbetriebe aufgebaut. Dazu gehörten in der Region um Silêmanî u. a. eine Zementfabrik, eine Zigarettenfabrik, eine Zuckerfabrik, Textilfabriken und ein riesiger Weizensilo. In Hewlêr wurden eine riesige Fabrik für Tomatenmark, eine Teppichfabrik und zahlreiche riesige Hühnerfarmen errichtet. In den Gebieten Şarezûr, Pêncwîn, Derbendîxan, Bazyan, Dukkan und Ranye wurde damals genug Reis für ganz Südkurdistan und den Irak angebaut. Insbesondere seit dem amerikanischen Einmarsch 2003 hat eine Kombination aus Privatisierung, schwarzen Ölexporten in die Türkei und der Verbeamtung eines Viertels der Bevölkerung zu einem massiven Produktivitätsrückgang in der südkurdischen Wirtschaft geführt. Doch statt langfristige Pläne für die wirtschaftliche Stärkung der Region zu entwerfen, ist die PDK-Führung intensiv damit beschäftigt, weiterhin möglichst viel Geld von außen zur Verfügung gestellt zu bekommen und einen Großteil davon auf Privatkonten bei ausländischen Banken anzulegen. Dieses Mantra der Notwendigkeit ausländischer Investitionen wiederholten PDK-Vertreter auf einer Online-Konferenz zur wirtschaftlichen Lage im November vergangenen Jahres immer wieder. Im selben Monat eskalierte ein Konflikt mit Bagdad um die Aufteilung des nationalen Budgets. Weil insbesondere die PDK seit Jahren ohne Absprachen mit Bagdad schwarz Öl an die Türkei verkauft, hatte die irakische Zentralregierung zum wiederholten Male die Gehaltszahlungen an Südkurdistan eingestellt. Ein weiteres Problem ist die Abwanderung der Bevölkerung Richtung Stadt, wodurch das landwirtschaftliche Potential der Region zunehmend ungenutzt bleibt und die mit der Urbanisierung verbundenen Umweltprobleme immer größer werden.

Die südkurdische Wirtschaftsleistung basiert heute sehr überwiegend auf dem Verkauf von Öl und Gas. Hinzu kommen großzügige Zahlungen internationaler Mächte. So zahlt die USA monatlich allein 20 Millionen Dollar für die Löhne der Peschmerga. Sowohl der Gewinn aus den Ölverkäufen, als auch internationale Zuwendungen landen nicht selten auf schwer nachzuvollziehenden Wegen in den Taschen einflussreicher Politiker des Barzanî-Clans. Mitglieder der Barzanî-Familie besitzen nachweislich hunderte Firmen, Konten und Fabriken in der Türkei, aber auch im europäischen Ausland und in Nordamerika.

Ein nationaler Lösungsvorschlag

Die Hauptursache für die Probleme Südkurdistans ist die Tatsache, dass Kurdistan noch immer eine internationale Kolonie ist. Entsprechend muss die Lösung der Probleme eines Teils Kurdistans ganzheitlich, also auf nationaler Ebene gesucht werden. Die Bemühungen um die Schaffung der nationalen Einheit aller Kurdinnen und Kurden dauern seit Jahrzehnten an. Konkrete Schritte gehen bis in das Jahr 1983 zurück, als die PKK und PDK ein gemeinsames Abkommen unterzeichneten, um die Beziehungen zueinander politisch langfristig zu gestalten. Ab Anfang der 90er Jahre wurden weitere wichtige Schritte in Richtung eines Kurdischen Nationalkongresses unternommen, die jedoch immer wieder von der Türkei und internationalen Mächten behindert wurden. Basierend auf diesen Erfahrungen machte Abdullah Öcalan im Jahr 2010 im fünften Band seiner Verteidigungsschriften *Die kurdische Frage und die demokratische Nation* konkrete Vorschläge, welchen Aufgaben sich ein zu gründender Nationaler Einheitskongress zuerst widmen solle: »A – Der Demokratische Nationalkongress muss sich als langfristig ausgerichtete Organisation konstituieren. Die Beteiligung geeigneter nationaler und demokratischer Persönlichkeiten und Organisationen aus allen Klassen und Schichten muss gewährleistet werden. Dabei müssen die Bevölkerungszahl, die Rolle des jeweiligen Teils Kurdistans und die vorhandene Kampfentschlossenheit berücksichtigt werden. B – Der Kongress muss ein ständiges Leitungsgremium wählen. Dieses Leitungsgremium muss für die praktisch-politische Gestaltung aller Beziehungen der Kurdinnen und Kurden verantwortlich sein. In-

Die Hauptursache für die Probleme Südkurdistans ist die Tatsache, dass Kurdistan noch immer eine internationale Kolonie ist. Entsprechend muss die Lösung der Probleme eines Teils Kurdistans ganzheitlich, also auf nationaler Ebene gesucht werden.



Auf Initiative der Organisation Freie Frauen Kurdistans (RJAK) gingen am 25. November in vielen Städten und Bezirken Südkurdistans Frauen auf die Straße. Foto: ANF

nere und äußere diplomatische Arbeiten, ökonomische, soziale und kulturelle Beziehungen müssen institutionell durch dieses Gremium ausgeführt und gepflegt werden. C – Alle Organisationen müssen ihre jeweiligen Selbstverteidigungskräfte zu einer gemeinsamen Peschmerga-Struktur vereinen. Eine gemeinsame Kommandantur der Volksverteidigungskräfte muss aufgebaut werden. Jede Organisation muss über einen klaren, ihrer Stärke entsprechenden Einfluss auf diese Selbstverteidigungskräfte verfügen. D – Ein Büro oder Komitee für Außenbeziehungen muss die einzige Institution sein, die im Rahmen der Beziehungen zu Staaten und zivilgesellschaftlichen Kräften insbesondere für die Kontakte zu den Nationalstaaten verantwortlich ist, in denen die Kurdinnen und Kurden leben.«[6] Der Vorschlag Abdullah Öcalans, einen Nationalen Einheitskongress aufzubauen, bietet die Grundlage dafür, alle zentralen Lebensbereiche der kurdischen Gesellschaft langfristig, flexibel und vor allem selbstbestimmt zu gestalten. Davon würden neben Südkurdistan auch die anderen Teile Kurdistans profitieren. Diese Perspektive Abdullah Öcalans haben sich PKK und KCK[7] zur Grundlage für ihre Politik gemacht. Damit lassen sich auch die große Zurückhaltung und die wiederholten Friedensaufrufe erklären, mit denen sich PKK und KCK seit Oktober 2020 immer wieder an die PDK und die Regierung der Autonomen Region Kurdistans gerichtet haben. Es liegt nun also an allen politischen Akteuren Südkurdistans durch den Aufbau eines Nationalen Einheitskongresses die grundlegenden Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, Konflikte miteinander politisch zu lösen und die drängenden Probleme Südkurdistans im Einklang mit den Entwicklungen in den anderen drei Teilen Kurdistans zu lösen. ♦

6 Das türkische Original des Zitats findet sich auf S. 501–502.

7 Koma Civakên Kurdistan (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans)

»Wir sind die Partei der Unterdrückten und stehen für ihre Rechte ein«

Karayılan: Wir sind immer bereit für eine politische Lösung

Interview mit Murat Karayılan, Mitglied im Exekutivkomitee der PKK und oberster Kommandant der HPG

Murat Karayılan, 56, ist eine leitende Führungspersönlichkeit der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Als Veteran im langen Kampf der Organisation gegen die Türkei und für mehr Autonomie und Rechte der kurdischen Bevölkerung befindet er sich im Fadenkreuz Ankaras. Zuletzt 2017 überlebte er einen türkischen Mordanschlag.


anf

Der Krieg zwischen Ankara und der PKK findet heute in den entlegenen Bergregionen zwischen dem Süden der Türkei und Nordirak statt. Von internationalen Medien kaum beachtet, gibt es täglich Gefechte zwischen der Guerilla der PKK und türkischen Spezialeinheiten, die versuchen, die Guerilla aus den Bergen zu vertreiben. Anzeichen einer baldigen Lösung des Konflikts gibt es nicht.

Vor allem die türkischen bewaffneten Drohnen haben in den letzten Monaten einen hohen Tribut von den Kämpfer*innen der PKK gefordert. Einige von Karayilans engen Genoss*innen wurden getötet. Er ist heute oberster Kommandant der HPG[1] und Mitglied im Exekutivkomitee der PKK.

Im Gespräch mit der »Jerusalem Post« erklärt er, dass er ein friedliches Vorgehen zur Erlangung kurdischer Rechte vorzieht. Am 27. November 2020 veröffentlichte die Zeitung ein Interview, das Hadeel Oueis und Jonathan Spyer mit ihm führten.

Beziehungen zwischen USA und PKK

Ihre Partei steht auf der US-Terrorliste, und die Vereinigten Staaten haben eine Belohnung für Informationen über Ihren Aufenthaltsort ausgesetzt. Was ist der Grund für die Feindschaft zwischen Ihnen und den Amerikanern? Suchen Sie nach Wegen zur Lösung der Probleme?

Das kurdische gehört zu den ältesten Völkern in der Region. Trotz Jahrzehnten der Verleugnung und Verfolgung waren wir in der Lage, unsere Existenz bis zum heutigen Tag zu verteidigen. Wir sind die Partei der Unterdrückten und stehen für ihre Rechte ein. Wir hegen keine Feindschaft gegenüber irgendeiner Partei, auch nicht gegenüber den USA, und wir haben die USA nie ins Visier genommen. Nach dem Ersten Weltkrieg, bei der Konferenz von Lausanne erkannte der damalige US-Präsident Woodrow Wilson die Rechte der Kurd*innen an, aber die anderen Mächte arbeiteten gegen Wilsons Empfehlungen. Am Ende war der Vertrag von Lausanne eine Katastrophe für die kurdische Nation.

Die Türkei praktiziert eine Politik der Verleugnung in Bezug auf die Kurd*innen. Sie arbeitet daran, die Kurd*innen auszurotten, physisch oder durch kulturelle Assimilierung. Amerika leugnet zwar die Menschenrechte der Kurd*innen nicht, verfolgt aber auch keine eindeutige Politik, die Kurd*innen als Nation anzuerkennen. Die PKK entstand in Kurdistan als eine intellektuelle Bewegung, in der Studierende und Jugendliche der Autorität der Stammesoberhäupter entgegen traten, weil wir uns für demokratische Werte statt für Stammeshierarchien stark machten. Darum arbeiten viele Stammesführer gegen uns und ermutigen die westliche Welt, uns als Terroristen zu behandeln.

1 Volksverteidigungskräfte (Hêzên Parastina Gel - HPG)

Bis jetzt hat Amerika sich nicht selbst mit uns auseinandergesetzt. Die USA erfahren über uns durch Dritte, die gegen uns sind, wie der türkische Staat. Ich denke, dass Amerika irreführende und Falschinformationen über uns bekommt. Die einzige Lösung für Amerika ist, sich mit uns auseinanderzusetzen, eine eindeutige Politik gegenüber den Kurd*innen an den Tag zu legen und zu einer Lösung der kurdischen Frage beizutragen. Mich und meine Kolleg*innen auf die Terrorliste zu setzen, war nur ein kalkuliertes Manöver US-amerikanischer Politiker*innen, um den türkischen Staat zu beschwichtigen.

Als Sie die PKK gegründet haben, hatten sie andere Ziele als jetzt. Sie streben nicht mehr ein vereintes marxistisch-leninistisches Kurdistan an. Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Die syrischen Kurd*innen, die mit Ihnen dieselbe Ideologie teilen, sind die einzigen Verbündeten der USA in Syrien. Sehen Sie die USA immer noch als einen imperialistischen Staat, der gegen Ihre Ziele arbeitet?

Als wir die PKK gründeten, war der Marxismus-Leninismus weit verbreitet, und wir waren von seinen Ideen beeinflusst. Trotzdem kritisierten wir die Sowjetideologie. Darum waren wir auch nicht gelähmt, als die Sowjetunion zusammenbrach, denn wir hielten immer eine Distanz zu ihr.

Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan verließ Syrien am 9. Oktober 1998 und wurde letzten Endes am 15. Februar 1999 in einer koordinierten Operation mehrerer Staaten gekidnappt. Öcalan hatte versucht, die kurdische Frage mit diplomatischen Mitteln zu lösen, doch mit seiner Verhaftung war eine Lösung gescheitert. Seine Verhaftung war eine weitere Kriegserklärung gegen unser Volk. Wenn Öcalan nicht festgenommen worden wäre, hätte die kurdische Frage gelöst werden können.

Trotz alle dem bestehen wir auf eine Lösung der kurdischen Frage mit friedlichen Methoden. Wir waren nie feindselig gegenüber den USA. Öcalan hat in der Haft viele der Ideen unserer Partei überarbeitet und legte dabei besonderen Wert auf Demokratie, Ökologie und Frauenrechte.

Wir sind immer bereit für eine politische Lösung. Wir ermutigen die Kurd*innen in Rojava[2] und Rojhilat[3], Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu pflegen. Öcalan sagte einmal: »Die Sowjetunion brach zusammen, weil sie keine Demokratie hatte, Amerika hatte Bestand wegen der Demokratie.« Wir sind nicht dagegen, Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu haben. Im Gegenteil – wir unterstützen gute Beziehungen zwischen Kurd*innen in jedem Teil Kurdistans und den USA.

2 Westkurdistan (in Syrien gelegen)

3 Ostkurdistan (in Iran gelegen)

Trotz unseres Einsatzes für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte unterstützen die USA und der Westen leider nach wie vor den türkischen Staat und sein militärisches Vorgehen gegen uns. Wir hoffen, dass die Vereinigten Staaten ihre Politik ändern und ihre Einstellung dem kurdischen Volk gegenüber zum Positiven wenden werden. Wir rufen die USA auf, uns von der Terrorliste zu streichen. Die PKK hat eine bedeutende Rolle bei der Verteidigung der Region gegen den »Islamischen Staat« (IS) gespielt, und wir hoffen, dass die USA ihre Sichtweise auf unsere Bewegung ändern werden. Von einer solchen diplomatischen Annäherung würden die USA und ihre Verbündeten in der Region profitieren.

Die USA könnten eine vermittelnde Rolle zwischen Ihnen und dem türkischen Staat spielen, könnten Sie dafür jedoch auffordern, die Waffen abzugeben. Was würde Sie dazu bringen, die Waffen abzugeben?

Ja, Amerika könnte das tun, wenn es sein Gewicht dafür einsetzen würde. Vor der Gründung der türkischen Republik wurde dem kurdischen Föderalismus 1919 von den Gründern zugestimmt. Den Kurd*innen wurde eine autonome Region versprochen, doch 1923 wurde Kurdistan auf vier Staaten aufgeteilt. Die USA und Europa können helfen, ein Friedensabkommen zu vermitteln, so wie sie auch geholfen haben, die Probleme in Nordirland zu lösen.

Der 66. Artikel der türkischen Verfassung besagt, dass jeder, der innerhalb der türkischen Grenzen lebt, Türke sei, und die Türkei begeht mittels dieses Artikels Verbrechen gegen unser Volk. Über 20 Millionen Kurd*innen leben in der Türkei, und die Verfassung der Türkei braucht eine entsprechende Anpassung. Ohne die Anerkennung der Kurd*innen in der Türkei und die Freilassung aller politischen Gefangenen, inklusive Abdullah Öcalan, können wir die Waffen nicht abgeben.

Aber hat Öcalan 2013 nicht dazu aufgerufen, die Waffen beiseite zu legen und sich dem Dialog statt dem bewaffneten Widerstand zuzuwenden?

Ja, das stimmt. Zu der Zeit ist der türkische Staat seinem Aufruf zunächst gefolgt, doch ist er dann wieder zu seiner alten Politik der Gewalt gegen uns zurückgekehrt. Wir waren gezwungen, uns selbst zu verteidigen.

Erdoğan, Iran, Haltung zu Israel

Der türkische Präsident Recep Erdoğan verfolgt die sogenannte neoosmanische Linie gegenüber den

früheren Ländern des Osmanischen Reichs. Er hat auch den Arabischen Frühling genutzt. Die AKP[4] ist eine atatürkische Partei, die den Neoosmanismus ablehnt. Wie können wir diese Heuchelei verstehen? Und haben Sie sich jetzt – trotz Ihres Widerspruchs zu den Idealen Atatürks[5] – denjenigen Parteien angenähert, die der Vision Atatürks näher stehen, wie der CHP[6]?

Die AKP folgt der Doktrin des »Komitee für Einheit und Fortschritt«[7] (KEF) und nicht der Doktrin Atatürks. Das KEF arbeitete von 1908 bis zum Zusammenbruch des Osmanischen Reiches. Es wollte den Osmanismus bewahren. Darum kämpften sie für diese Ideologie und begingen Genozide an den Armenier*innen, Griech*innen, Aramäer*innen, Assyrer*innen und anderen Christen.

Erdoğan ist jetzt in einer Koalition mit der ultra-nationalistischen MHP[8], die antiamerikanisch, antiwestlich und antisäkular ist. Sie arbeiten beide auf eine Islamisierung der Türkei hin, indem sie den neoosmanischen Ansatz übernehmen, der eine echte Bedrohung für das kurdische, das griechische, das aramäische und das assyrische Volk ist. Sehen Sie sich an, wie sie sich im Libanon, in Syrien, Griechenland, Armenien und Südkurdistan einmischen. Sehen Sie sich an, wie sie dazu Teile der al-Qaida und anderer islamistischer Organisationen einsetzen.

Sehen Sie sich an, wie Erdoğan reagierte, als wir die Êzîd*innen in Şengal verteidigt und Krieg gegen den IS in allen Teilen Kurdistans geführt haben. Die CHP ist sich in der kurdischen Frage mit der AKP einig. Trotzdem stimmen wir ihnen in manchen anderen Themen zu, weil sie gegen die Allianz zwischen AKP und MHP opponieren. Trotzdem: sie sind nicht anders als diese, wenn es um die kurdische Frage geht.

Ich möchte Sie zum Iran befragen: Warum fokussieren Sie sich nur auf die Türkei während die Kurd*innen im Iran verfolgt werden? Haben Sie bessere Beziehungen mit Teheran? Und sind Sie gegen den iranischen Expansionismus im Mittleren Osten?

Die Türkei ist nicht das einzige Land, das als feindliche Besatzungsmacht in Kurdistan agiert. Syrien und der Iran haben dasselbe Programm und dieselbe Sichtweise gegenüber den Kurd*innen. Die Türkei, der Iran und Syrien haben immer gegen uns gearbeitet. Es ist nicht so, wie die türkische Propaganda behauptet. Wir sind sehr aktiv gegen den Iran, und er greift uns bei vielen Gelegenheiten an. Es gibt die PJAK[9] und viele andere kurdische Gruppen, die gegen die Unterdrückung im Iran aktiv sind. Wir ziehen immer den friedlichen Kampf vor, ob gegen die Türkei oder den Iran, aber diese Länder greifen uns mit tödlicher Gewalt an.

Wie sehen Sie die Friedensabkommen im Mittleren Osten? Die Türkei hat formelle Beziehungen mit Israel, stellte sich aber kürzlich gegen das Abraham-Abkommen[10]. Als eine kurdische Partei – wie ist Ihr Blick auf Israel?

Israel hat das Recht auf seine Existenz und die Jüd*innen das Recht auf ihren eigenen unabhängigen Staat, und genauso haben das die Palästinenser*innen. Wir unterstützen die UN-Resolutionen, die den Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser*innen mit einer Zwei-Staaten-Lösung lösen sollen. Aus diesem Grund stimmen wir mit diesem Friedensabkommen überein. Es ist eine positive Sache, ein Friedensabkommen zwischen Israel und den arabischen Ländern zu haben.

Wir glauben an die Lösung der Probleme des Mittleren Ostens durch Konföderalismus. Der Mittlere Osten hat eine sehr vielfältige Bevölkerung, und wir haben eine großartige Geschichte des Zusammenlebens in Frieden und Harmonie miteinander.

Aussichten auf einen Waffenstillstand

Die HDP, die Ihnen politisch nahe steht, hat 56 Abgeordnete im türkischen Parlament. Als die PKK gegründet wurde, lebte das kurdische Volk unter harten Bedingungen, die viel schlimmer waren als heute. Warum bestehen Sie auf den bewaffneten Kampf gegen eine riesige Militärmacht wie die Türkei – können Sie ihre Ziele nicht durch einen gewaltlosen Kampf erreichen?

Als wir 1984 mit dem bewaffneten Widerstand begannen, waren wir dazu gezwungen. Wir haben uns das nicht ausgesucht. Die Türkei war eine Militärdiktatur und unterdrückte unser Volk. Wir waren nicht zugelassen in der politischen Arena, unserem Volk war es nicht erlaubt kurdisch zu sprechen,

4 Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, deren Vorsitzender Erdoğan ist)

5 Gründer und ehemaliger Präsident der Republik Türkei

6 Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)

7 türk. İttihad ve Terakki Cemiyeti

8 Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)

9 Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê (Partei für ein freies Leben in Kurdistan)

10 Abkommen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen

nicht einmal zu Hause. Unter diesen Umständen hatten wir nur eine Option: Selbstverteidigung.

Wir kämpften bis 1993. Dann trafen sich unser Vorsitzender Öcalan und der Vorsitzende der YNK[11], Celal Talabanî im Libanon und erklärten einen Waffenstillstand. Der bewaffnete Widerstand hatte die kurdische Frage auf den Tisch gebracht, und wir erklärten die Zeit des bewaffneten Kampfes für beendet. Unsere Vision war immer ein gewaltfreier Widerstand. Turgut Özal[12] hatte versucht, die kurdische Frage durch Dialog zu lösen, aber der »tiefe Staat« in der Türkei stoppte ihn.

Viele seiner Mitarbeiter, wie Adnan Kahveci und Esref Bitlis, wurden ermordet. Özals Ideen wurden vom Tisch gewischt, und der türkische Staat begann einen neuen, umfassenden Krieg gegen uns. Von der Zeit an haben wir bis heute neun Waffenstillstände erklärt. All diese Initiativen von uns scheiterten an der Haltung des türkischen Staates. Keine der Verhandlungen mit dem türkischen Staat führte zu einem Übereinkommen.

Wir stoppten unsere bewaffneten Operationen für fünf Jahre. 2005 trafen wir uns mit einer Delegation früherer UN-Vertreter*innen, die unmittelbar mit mir arbeiteten. Durch die UN vermittelt trafen wir uns drei Jahre lang indirekt mit der Türkei in Oslo. Während wir uns trafen und über Frieden verhandelten, vereinbarten die Türkei, Iran und Syrien eine Zusammenarbeit gegen uns. Diese Vereinbarung beendete den Dialog.

Im Jahr 2012 schickte unser Vorsitzender Öcalan einen Brief an die türkischen Politiker*innen und forderte sie auf, die Waffen niederzulegen und den Dialog voranzutreiben; und die Türkei stimmte dem zu. Wir haben im Dolmabahce-Palast ein offizielles Abkommen getroffen und den Entwaffnungsprozess eingeleitet. Achtzehn Tage nach Vereinbarung des Abkommens, am 18. März 2015, sagte Erdoğan: »Es gibt keine Vereinbarung, ich habe keine Kenntnis von einer Vereinbarung.« An diese Aussage anschließend begannen sie im Juli desselben Jahres eine erneute Militärkampagne gegen uns, die seither andauert. Wir bestehen nicht auf den bewaffneten Konflikt, aber der türkische Staat will den Krieg. Wir wollen ein Abkommen unterzeichnen, um uns selbst zu entwaffnen. Doch das ist schwierig, wenn der türkische Staat seine Vernichtungspolitik uns gegenüber fortsetzt. Wir wollen den Krieg nicht weiterführen. Wir ziehen den Dialog zur Lösung der Probleme vor.

Die nächste Phase in Syrien

Die Kurd*innen in Syrien haben plötzlich viel mehr Möglichkeiten. Sie haben diplomatische Vertretungen in vielen Ländern; Kurdisch wurde eine offizielle Sprache in Rojava; den syrisch-kurdischen Politiker*innen Mazlum Abdi und Ilham Ahmed wird mit Respekt begegnet, und sie treffen viele wichtige Politiker*innen der Welt. Denken Sie, die Kurd*innen in Syrien sind immer noch bedroht?

Die Kurd*innen Syriens kämpften gegen al-Qaida und den IS und spielten eine Schlüsselrolle dabei, diese Organisationen zu besiegen. Wenn der IS nicht in Kobanê und Şengal zurückgeschlagen worden wäre, hätte er ganz Syrien und Irak erobern und von dort aus Angriffe auf die ganze Welt starten können. Die YPG und YPJ[13] haben eine fundamentale Rolle in diesem Widerstand gespielt, später auch zusammen mit christlichen und arabischen Verbänden. Sie vereinten sich alle hinter den Werten einer demokratischen Föderation, die nicht auf ethnische Zugehörigkeit basiert und bewiesen, dass sie in der Lage waren, alle zusammenzuarbeiten. Mit den QSD[14] wurde dann später eine multiethnische Militärkoalition geschaffen.

Also ja, die Tatsache, dass Abdi und Ahmed in Hauptstädten rund um die Welt empfangen werden, ist gut, nicht nur für die Kurd*innen, sondern für die gesamte Bevölkerung Nord- und Ostsyriens.

Den Kurd*innen in Syrien und anderswo wurde aber auch geschadet, indem die USA sie in Efrîn, Serêkaniyê und Girê Spî im Stich gelassen hat. Die ethnischen Säuberungen, die jetzt dort geschehen, suchen heute ihresgleichen. Diese Verbrechen werden von einem Land begangen, das Mitglied der NATO ist und von ihr unterstützt wird.

Die Kurd*innen Rojavas erleben eine neue Ära, aber die Bedrohung ist immer noch da – durch die Türkei, den IS und Syriens Assad-Regime, welches jegliche Aussöhnung verweigert. Es gibt 50 Millionen Kurd*innen auf der Welt, und sie werden von der UNO nicht als Nation anerkannt.

Die Kurd*innen haben sich selbst bewiesen, dass sie Vorreiter*innen sind für Demokratie, Freiheit, Säkularismus, Frauenbefreiung, und sie haben gegen jede Form des Terrorismus gekämpft. Wir werden weitermachen. ♦

11 Yekîtiya Nîştimanî ya Kurdistanê (Patriotische Union Kurdistans, auf deutsch auch PUK abgekürzt)

12 1989–1993 Staatspräsident der Türkei. Es besteht der Verdacht, dass er vergiftet wurde.

13 Yekîneyên Parastina Gel und Yekîneyên Parastina Jin (Volks- und Frauenverteidigungseinheiten)

14 Quwetên Suriya Dimokratîk (Demokratische Kräfte Syriens, auch SDF abgekürzt)

Kurdische Frauenbewegung startet Kampagne zur internationalen Anerkennung von Feminizid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit

»100 Gründe, um den Diktator zu verurteilen«

Interview des Kurdistan Report mit Berfin Gözen und Yvonne Heine, Mitarbeiterinnen von Cenî

»Damit wir frei, gleich, fair, in gegenseitigem Vertrauen und ökologischem Gleichgewicht leben können, ist die Forderung nach Rechenschaft genauso unverzichtbar wie ein ununterbrochener Widerstand von Frauen wie der freien Gesellschaft gegen sexistische, kapitalistische Ausbeutung nötig; und dies von Kurdistan bis Chile, von Polen bis Sudan, von den Vereinigten Staaten bis zum Iran, von Indien bis Europa, der Türkei, kurz ein Widerstand von Frauen und den freien Gesellschaften auf der ganzen Welt, damit wir es schaffen, die Unterdrückung, die Vergewaltigungen, die Morde an Frauen, das Ignorieren und Verletzen von Rechten und Belästigungen wirklich zu beenden.« Mit diesen Worten kündigt die Kurdische Frauenbewegung in Europa (Tevgera Jinên Kurd li Ewropayê, TJK-E) an, zum internationalen Kampftag gegen Gewalt an Frauen am 25. November eine neue Kampagne einzuleiten: »100 Gründe, um den Diktator zu verurteilen«. Die Initiative zielt auf die internationale Anerkennung von Feminizid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Aburteilung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan vor dem Strafgerichtshof. Zu der aktuellen Kampagne sprach der Kurdistan Report mit den Mitarbeiterinnen des Kurdischen Frauenbüros für Frieden Cenî e.V., Berfin Gözen und Yvonne Heine.

Die Kurdische Frauenbewegung in Europa (Tevgera Jinên Kurd li Ewropayê, TJK-E) hat zum internationalen Kampftag gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2020 eine neue Kampagne eingeleitet unter dem Titel »100 Gründe, um den Diktator zu verurteilen«. Warum habt ihr euch als Cenî für solch eine Kampagne entschieden und was sind eure Ziele?

Das Kurdische Frauenbüro für Frieden Cenî e.V. wurde im Mai 1999 von in Europa lebenden kurdischen und türkischen Frauen mit dem Ziel gegründet, die internationale Solidarität von Frauen für Friedensprozesse in Kurdistan und weltweit zu stärken. Friedensengagement bedeutet für uns nicht nur, uns gegen Kriege und jede Form von Unterdrückung zu stellen. Vielmehr ist der Einsatz für eine freie und ökologische Gesellschaft, die auf sozialer Gerechtigkeit beruht und eine Alternative zum patriarchalen Herrschaftssystem darstellt, ein wesentlicher Bestandteil unserer Friedensarbeit.

Mit dieser Zielsetzung führt Cenî Kampagnen gegen Gewalt im Namen der »Ehre« und andere Formen des Feminizids durch. Wir veranstalten die jährlichen Zîlan-Frauen-Festivals, initiieren Veranstaltungen, Projekte und Aktionen sowie Delegationsreisen nach Kurdistan. Ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich ist die Solidarität mit Frauen, denen durch Krieg, Folter, Vertreibung, politische Verfolgung, rassistische und geschlechtsspezifische Unterdrückung Leid zugefügt wurde. Durch unsere Publikationen wollen wir die Stimmen und Forderungen von Frauen für einen gerechten Frieden in die Öffentlichkeit tragen, verschiedene Organisationsansätze und Arbeiten von Frauenbewegungen vorstellen und die internationale Vernetzung von Frauenorganisationen stärken. Deswegen war es für uns eine Selbstverständlichkeit, an dieser Kampagne teilzunehmen.

Solidarität ist für uns ein wichtiger Bestandteil unseres politischen Selbstverständnisses. Das bedeutet nicht nur, an der Seite von Betroffenen zu stehen, sondern vielmehr für diejenigen einzustehen, die es für sich selber nicht mehr können oder dürfen. Das Jahr 2020 war gekennzeichnet von politischen Festnahmen in der Türkei. Die AKP-Regierung hat gezielt versucht mit den Festnahmen von Frauen, die starken Stimmen einer anti-patriarchalen Politik mundtot zu machen. Frauen wurden unter anderem zu 3 Jahren Haft verurteilt, weil sie am 8. März, dem Weltfrauentag auf der Straße waren und sich für ihre Rechte stark gemacht haben. Das ist ein Zustand, den wir nicht dulden wollen und können! Wir wollen Signale setzen



Im Rahmen der Kampagne »100 Gründe, um den Diktator zu verurteilen« finden Demonstrationen, Kundgebungen und andere Aktionen an vielen verschiedenen Orten weltweit statt. Foto: anf

und uns solidarisieren mit diesen Frauen, denen das Recht auf Meinungsäußerung genommen wird. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass eine solche frauenfeindliche Politik eine Gefahr für die ganze Gesellschaft darstellt. Wir in Europa müssen unsere Stellung und Position nutzen, um diese Frauen erneut zu stärken, ihnen zu zeigen, dass wir hinter und auch vor ihnen stehen. Das verstehen wir unter einem gemeinsamen internationalen Kampf.

Die kurdische Frauenbewegung fordert seit längerem von der UNO, die systematische Ermordung von Frauen als Feminizid zu definieren und als eigene Kategorie im internationalen Recht aufzunehmen, wie es nun auch diese Kampagne fordert. Warum nimmt dies eine so zentrale Stellung im Frauenkampf ein, und was wäre mit einer Aufnahme von Feminizid in internationales Recht erreicht?

Wir leben in einer patriarchalen Gesellschaft. Die Symptome zeigen sich überall auf der Welt auf unterschiedliche Weise, haben aber ein gemeinsames Ziel: die Unterdrückung der Frau. Die Diskriminierung der Frau ist institutionell und gesellschaftlich eingebettet und somit rund um die Uhr eine Bedrohung und Gefahr für alle nicht der Geschlechterordnung entsprechenden Identitäten. Das, was wir als Feminizid bezeichnen ist ein Resultat einer solchen patriarchalen Ordnung: die systematische Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Solange wir diesen Zustand nicht ernst nehmen und den Begriff des Feminizids nicht anerkennen, leugnen wir diese Realität von Menschen innerhalb unserer Gesellschaft und gewährleisten, dass diese menschenverachtenden Zustände weiterhin anhalten. Was wir anhand der 100 Gründe, die die Kampagne zum Beispiel aufzeigt ganz deutlich erkennen. Wir müssen hier fast sagen, dass wir NUR 100 Frauen aufgezählt haben, es gibt leider unendlich viele, nicht nur in der Türkei, sondern überall. Wir haben auch hier mit Kampagnen und Veranstaltungen auf Feminizide in Deutschland aufmerksam gemacht. Sie müssen sich vorstellen: Wir leugnen patriarchale Morde an Frauen, nennen es Familiendrama, Unglück oder sonst was, um damit vom eigentlichen Problem abzulenken. Was ist ein Familiendrama oder ein Unglück, ein Unfall? Nichts weiteres als individuelle Schicksale und persönliche Probleme. Die Ursache liegt dann nicht in der Gesellschaft oder gesellschaftlichen, politischen Strukturen und Institutionen. So können wir allerdings diese Zustände nicht beheben. Mit

dem Begriff »Feminizid« gestehen wir uns endlich ein, dass es mehr als nur individuelle Schicksale sind und übernehmen als Gesellschaft Verantwortung für eine Lösung dieser Situation, die sich weltweit nicht groß unterscheidet.

Als kurdische Frauenbewegung sagen wir, die Frau war die erste Kolonie. Damit bringen wir zum Ausdruck, dass auch die heutigen Unterdrückungsmechanismen auf der Versklavung der Frau basieren. Wenn wir uns die Geschichte anschauen, dann wissen wir, dass diese Versklavung mit unbeschreiblicher Gewalt durchgesetzt wurde und bis heute anhält. Der Krieg gegen Frauen ist die Basis der heutigen Herrschaftsverhältnisse. Nur ist er so weit verschleiert und unsichtbar gemacht worden, dass wir sein Ausmaß nicht einmal mehr erkennen. Zum Beispiel ist Genozid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit im internationalen Recht anerkannt, Feminizid aber nicht. Wir sehen da einen Widerspruch, da wir wissen, dass Genozide nur über Feminizide ausgeführt werden können! Wenn wir uns den Genozid und Feminizid in Şengal vor Augen führen sehen wir ganz deutlich, dass der Krieg gegen Frauen eine Methode und systematisch ist, um eine Gesellschaft auszulöschen. In Şengal wurden ganz gezielt êzîdische Frauen versklavt, vergewaltigt und ermordet, insbesondere auch um über den direkten physischen Angriff hinaus die Zerstörung und Traumatisierung der Gesellschaft fortzuführen. Im Krieg zeigt das Patriarchat sein wahres Gesicht ganz unverschleiert, und wir sollten nie vergessen, dass die heutigen Nationalstaaten auf diesem Grund gebaut sind.

Ihr bezeichnet Erdoğan, den türkischen Staatspräsidenten, als Haupttäter der Feminizide. Warum?

Wie wir gerade schon beschrieben haben, liegen die Wurzeln von Feminizid im patriarchalen System. Erdoğan verfolgt mit seiner Politik genau ein solches System, bewusst, gezielt und absolut geplant. In einem Gedicht von Erdoğan heißt es zum Beispiel: »Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Minarette sind unsere Bajonette … die Moscheen sind unsere Kasernen«. Am 8. März 2008 erklärte er öffentlich: »Der Feminismus hat aus ethischer und sozialer Sicht negative Folgen. Sobald eine Frau der feministischen Bewegung verfällt, erklärt sie mit der Idee der bedingungslosen Freiheit viele Regeln und Werte, die für die Familie unverzichtbar sind, für nichtig.«

Die Zitate sprechen für sich und spiegeln den Charakter seiner Politik und seiner Partei wieder. Wer eine solche Linie verfolgt und in die Praxis umsetzt, vergiftet bewusst die Gesellschaft und fördert Frauenfeindlichkeit. Je mehr die AKP ihre Macht innerhalb des Staates ausweitete, um so mehr entpuppte sie sich als eine autokratisch-diktatorische Partei, die auf allen Ebenen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt, vor allem gegen Frauen. Somit hinterlässt Erdoğan bei jedem Feminizid seinen Fingerabdruck. Wir wollen das Problem an der Wurzel packen und nicht oberflächlich ankratzen, deswegen muss er verurteilt werden. Wir müssen uns klar vor Augen führen, dass die Verurteilung Erdoğans nicht nur der Moment des Sieges der Gerechtigkeit ist, sondern auch viele Menschenleben rettet.

Wie ist eure Kampagne konkret gestaltet und wie kann eine Unterstützung dafür aussehen?

Die Kampagne ist unser aller Kampagne! Lange haben wir diese Zustände verfolgt, haben uns wie viele andere Menschen auch, Gedanken dazu gemacht, was wir tun können, um endlich diese gezielte Kriegsgewalt und die Angriffe auf die Menschheit zu stoppen. Wir haben uns viel den Kopf darüber zerbrochen wie wir gerade hier in Europa, aber auch weltweit eine Sensibilisierung für die Zustände in Kurdistan schaffen und die immer wieder auf- und abebbende Empörung in konkrete Handlungsmacht umwandeln können. Diese Kampagne trifft den Kern und die Ursache. Ein Erfolg dieser Kampagne bedeutet gleichzeitig auch ein Erfolg für betroffene Menschen, die sich eben nicht wehren können bzw. deren Mittel und Methoden eingeschränkt sind aufgrund ihrer Lebenssituation. Ein Erfolg dieser Kampagne bedeutet, dass wir weltweit endlich Signale setzen gegen Diktatoren, patriarchale Verhältnisse und somit auch gegen Krieg. Ein Erfolg dieser Kampagne bedeutet, insgesamt einen riesengroßen Schritt in Richtung einer friedlichen und gemeinschaftlichen Zukunft zu machen.

Die Unterschriften sind wichtig, damit wir zusammen den nächsten Schritt machen und auf institutioneller Ebene etwas erreichen können. Aber es reicht nicht, einfach nur selber zu unterschreiben. Wir wünschen uns, dass alle solidarischen Menschen ihr Umfeld auf diese Kampagne aufmerksam machen und mit dem Aufmerksam-machen auf diese Kampagne eine Sensibilität für Kriegszustände weltweit wecken. Also nicht nur selber zu unterschreiben, sondern Freund*innen, Familie, Arbeitskolleg*innen usw. mitzuziehen und eine kollektive Kampagne daraus zu machen. Wir freuen uns auf Aktionen, Veranstaltungen und Austausch. Auf unserer Kampagnenseite[1] sind Materialien wie Plakate, Infomationsdossiers und weitere spannende Sachen rund um dieses Thema. Gerne könnt ihr uns auch anschreiben, euch Informationen holen, mit uns gemeinsam Aktionen und Veranstaltungen planen. Es ist UNSERE Kampagne im Sinne von, dass wir alle ein Teil davon sind und werden können. ♦

1 https://100-reasons.org/

Deutschland soll sich nicht weiter zum Komplizen von Erdoğan machen

Darauf achten, wem der Tee eingegossen wird

Der Kurdistan Report im Gespräch mit den Müttern und Vätern deutscher »Şehîds«

Mit einem offenen Brief haben sich Angehörige deutscher Gefallener, die in Kurdistan getötet wurden, an die Bundeskanzlerin Angelika Merkel gewendet. Darin beschreiben sie, dass sich ihre Kinder freiwillig engagierten, damit Frauen, Männer und Kinder in einer gerechten Welt leben können. Sie fordern einen Waffenlieferstopp an die Türkei. Außerdem rufen sie die Bundesregierung auf, sich der Beurteilung durch das höchste belgische Gericht (Kassationsgerichtshof) anzuschließen, wonach die PKK keine »terroristische Organisation«, sondern eine Partei in einem bewaffneten Konflikt ist. Wir sprachen mit den Müttern und Vätern von Şehîd Bager Nûjiyan (Michael Panser), Şehîd Şiyar Gabar (Jakob Riemer) und Şehîd Andok Cotkar (Konstantin Gedig) über die Entstehung und Reaktionen auf ihre Initiative.

Wer sind die Angehörigen der deutschen Gefallenen, die Mütter und Väter deutscher »Şehîds«?

Wir Mütter und Väter getöteter deutscher junger Frauen und Männer sind ganz normale Eltern aus der Mitte der Gesellschaft, leben mit unseren Familien oder solo in Reihenhäusern oder Wohnungen auf dem Land oder in Städten. Wir haben unsere Kinder mit Liebe großgezogen und nehmen in vielfältigster Weise am gesellschaftlichen und politischen Leben Anteil.

So gewöhnlich wie wir Eltern sind, so »normal« waren auch unsere getöteten Kinder − mit einem Unterschied: Jedes Kind hat sich aus unterschiedlichen, aber zutiefst humanitären und sozialen Gründen entschieden unter Einsatz seines Lebens dort zu helfen, wo Menschen großer Gefahr und fortgesetztem Unrecht ausgesetzt sind.

Wir denken, alle Eltern können sehr stolz auf ihre Töchter und Söhne sein, wenn sie sich selbständig auf den Weg in ihr eigenes Leben begeben, ausgestattet mit sicherem Gespür für Gerechtigkeit, Fairness, Respekt, Verantwortung und Wahrhaftigkeit!

Wieso haben Sie sich mit einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin gewendet?

Frau Dr. Angela Merkel verfügt als Bundeskanzlerin als eines der mächtigsten Staaten der Welt über ein enormes Maß an Macht. Ihre Stimme findet Gehör in der Welt. Frau Dr. Merkel hat Einfluss auf Entscheidungen, um Ungerechtigkeiten zu begegnen und sie zu beenden.

Aber die Bundeskanzlerin spricht nicht über die Şehîds, nicht über die Verbrechen der Türkei in Nordkurdistan, Südkurdistan und Rojava. Ihr derzeitiger Außenminister Maas ist weder einflussreich noch engagiert.

Der vorherige Außenminister Gabriel gab gegenüber seinem türkischen Amtskollegen am 06.01.2018 sogar den çay çocuk (Tee-Jungen). Die »Operation Olivenzweig«, die völkerrechtsbrechende Invasion der nordsyrischen Region Efrîn, begann am 20.01.2018. Der deutsche Außenminister hat den bevorstehenden türkischen Völkerrechtsbruch in Efrîn wohl eher unterstützt als die Türkei glaubwürdig und öffentlich vor dem Bruch des Völkerrechts zu warnen.

Die Bundeskanzlerin erklärte am 13.10.2019 im ZDF (nach dem Start der zweiten türkischen Aggression gegen Rojava am 09.10.2019), sie habe: »... eine Stunde mit dem Präsidenten Erdogan gesprochen. Es gibt natürlich die berechtigten Sicherheitsinteressen der Türkei ...«. Damit übte sie ihre Richtlinienkompetenz (Artikel 65 Grundgesetz) aus mit der Folge, dass die Mitglieder der Bundesregierung, wie auch die EU, nichts Relevantes gegen den fortgesetzten Völkerrechtsbruch der Türkei unternommen haben.



Gedenkstätte für die antifaschistische Widerstandsgruppe Edelweißpiraten in Köln/Ehrenfeld. Die Gedenkstätte entstand an dem Ort, an dem einige von ihnen zusammen mit russischen Zwangsarbeitern 1944 hingerichtet wurden und wird von Jugendgruppen und anderen freiheitsliebenden Vereinigungen zum Gedenken aufgesucht. Foto: © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

Ihre Entscheidung im Jahr 2015, für die syrischen Flüchtlinge die Grenzen zu öffnen, belegt, dass Frau Dr. Merkels Haltung von ideellen Werten geprägt sein kann. Deshalb ist die Bundeskanzlerin erste Adressatin unseres offenen Briefes. Sie soll wissen: wir sind Eltern aus der Mitte der deutschen Gesellschaft. Wir sehen das Unrecht, das der türkische Staat in Kurdistan fortgesetzt begeht und die Beteiligung unseres Landes daran! Wir ignorieren nicht die dadurch verursachten Sorgen und Nöte der Menschen in Kurdistan! Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine Macht für die Stärke des Rechts einsetzt und sich nicht weiter zum Komplizen von Recep Tayyip Erdoğan macht!

Gab es bereits Reaktionen auf Ihren offenen Brief? Wenn ja, von wem und wie sah die Reaktion aus?

Die Bundeskanzlerin hat bis heute keine Eingangsbestätigung geschickt. Es hat den Anschein, als ob der Brief das Schicksal der oft von Frau Merkel praktizierten Politik des Ignorierens ereilen wird.

Aus dem politischen Raum ist am 20.11.2020 eine E-Mail des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der FDP, Dr. Marco Buschmann (MdB), eingegangen. Darin stellt er fest, dass das Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei auf einem historischen Tiefpunkt ist. Zuletzt habe die Türkei zum Boykott französischer Produkte aufgerufen. Dies wird als Angriff auf einen engen Partner Deutschlands scharf verurteilt. Es zeige, dass die Türkei sich von unserer Wertegemeinschaft entfernt habe und ein Wandel im Umgang mit diesem Staat notwendig sei.

Ein großes Printmedium hatte nach dem offenen Brief Kontakt zu uns aufgenommen, sich dann aber gegen eine Berichterstattung entschieden.

Obwohl wir Eltern mehr oder weniger alle wissen, dass wir kurzfristig keine positiven Ergebnisse erwarten können, war es uns dennoch wichtig, öffentlich Stellung zu beziehen: Wir ziehen nicht alleine unsere Kreise, wir organisieren uns und suchen Bündnispartner*innen. Veränderungen brauchen Zeit. Wir Eltern haben noch für etliche Jahre Energie und arbeiten

uns Stück für Stück voran. So wie unsere Kinder für viele Menschen ein Vorbild sind, wegen ihrer Standfestigkeit, ihres Muts und ihrer Treue zu den Menschen in Kurdistan, so wollen wir für andere Eltern ein Beispiel sein, unterstützen sie und leisten dafür politische Arbeit.

In dem Brief bitten Sie Frau Merkel um Unterstützung für einen »öffentlichen und angemessenen Gedenkort, an dem Ihrer Kinder für ihren »anerkennungswerten Einsatz« gedacht werden kann. Haben Sie bereits eine Vorstellung von diesem Ort?

Immer wieder überwältigt uns die große Anteilnahme am Einsatz unserer Kinder, die ihr Leben gaben, damit andere eine sichere Heimat haben und in Frieden und Freiheit leben können. Nicht nur Angehörige oder Freund*innen unserer Kinder in Deutschland, sondern auch Internationalist*innen gedenken ihrer. Selbst uns unbekannten Menschen seien sie ein Vorbild, wie wir immer wieder hören. Kurdinnen und Kurden sprechen uns auf unsere Kinder an und betonen, welche Bedeutung der Einsatz der freiwilligen Internationalist*innen für sie und ihr Lebensgefühl sei, denn sie fühlten sich nicht mehr isoliert.

Immer wieder überwältigt uns die grosse Anteilnahme am Einsatz unserer Kinder, die ihr Leben gaben, damit andere eine sichere Heimat haben und in Frieden und Freiheit leben können. Nicht nur Angehörige oder Freund*innen unserer Kinder in Deutschland, sondern auch Internationalist*innen gedenken ihrer.

Wir Eltern können gar nicht sagen, wie sehr uns das freut und wie sehr uns dieser Gedanke auch tröstet.

Mehr als angemessen für unsere Kinder wie auch für andere in Kurdistan getötete Internationalist*innen ist eine Erinnerungsstätte auf einem alten, bekannten Friedhof zum Beispiel. Uns schwebt ein künstlerisch gestalteter Bereich vor, der diesen jungen Menschen, aber natürlich auch der Idee, für die sie sich einsetzten, gerecht wird.

Es könnte auch einen virtuellen Gedenkort im Internet gegeben und/oder eine Bild- und Klanginstallation mit den Gesichtern der Gefallenen. Dabei könnten ihre Namen genannt werden (#SayTheirNames). Oder die für Rojava bzw. Kurdistan wichtigen Kernbotschaften wie Revolution, Freiheit für Frauen usw. in verschiedenen Sprachen, vielleicht ergänzt durch besondere Erfolge wie in Kobanê, in Minbic (Manbidsch), in Raqqa … Eine solche Bild- und Klanginstallation hätte den Vorteil, beliebig oft vervielfältigt zu werden, so dass sie überall auf der Welt zu jedem Zeitpunkt abgespielt werden könnte, auf kleine Wände und auch auf Gebäude projiziert.

Gibt es noch weitere Überlegungen, um Ihren gerechten Forderungen Nachdruck zu verleihen?

Pragmatisch betrachtet bedarf es wohl einer grundlegenden Veränderung im politischen Machtgefüge in Berlin, soll heißen, dass Parteien, die glaubwürdig für die Werte unserer Gesellschaft eintreten, die große Koalition ablösen und auch stärker in Landesregierungen gewählt werden. Das Gute in einer Demokratie ist doch, dass das politische Personal immer nur für vier Jahre gewählt wird.

Damit die Bundeskanzlerin und Parteien realisieren, dass noch mehr Menschen wie wir denken, die darauf achten, wem der Tee eingegossen wird, die sich die politische Zusammenarbeit, die Waffengeschäfte, die finanziellen Förderungen und Bürgschaften usw. genau anschauen, müssen mehr Wählerinnen und Wähler auf unsere Bundestagsabgeordneten zugehen, sie in ihren Bürgersprechstunden besuchen und kritische Fragen stellen. In Bürgerfragestunden der kommunalen Vertretungen können Fragen z. B. zur Qualität deutsch-türkischer Städtepartnerschaften gestellt werden, weil die Türkei als Staat das Völkerrecht bricht und demokratisch gewählte Bürgermeister*innen der Demokratischen Partei der Völker (HDP) verfolgt und verhaftet. Es könnten Partnerschaften zu Städten und Regionen in Kurdistan angeregt oder vorhandene unterstützt werden.

Ideen und Botschaften brauchen Zeit, um sich zu verbreiten. Wir Eltern der Şehîds wollen dazu beitragen, Tag für Tag. ♦

Das Verbot der PKK in Deutschland hat es nicht geschafft, die Kurd*innen einzuschüchtern

27 Jahre PKK-Verbot und Widerstand

Mahmut Şakar, Rechtsanwalt und stellvertretender Vorsitzender von MAF-DAD e. V.

Die Kriminalisierungspolitik gegen die Kurd*innen, die in Deutschland Mitte der 80er Jahre begonnen hatte und mit dem Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) einen Höhepunkt erreichte, wird bis in die heutige Zeit kontinuierlich fortgesetzt. Sie folgt jedoch keiner geraden Linie. Denn die kurdische Gesellschaft lässt diese Verbotspolitik nicht unbeantwortet und leistet Widerstand. Vor diesem Hintergrund ist es möglich, die seit 27 Jahren andauernde Kriminalisierungspolitik aus der Perspektive des Widerstandes gegen sie zu betrachten. Die Beibehaltung des Verbotes, für dessen Durchsetzung immer wieder neue Maßnahmen eingeführt werden, liegt im demokratischen Widerstand der kurdischen Bevölkerung begründet, der nicht an der Wurzel gekappt werden konnte.

In diesem Zusammenhang können wir zwei Dinge festhalten: Die Kriminalisierungspolitik des deutschen Staates wurde von Seiten der kurdischen Bevölkerung nie als rechtmäßig und legitim anerkannt. Die vielen Einschränkungen für die kurdische Bevölkerung haben sich jedoch lediglich auf physischer Ebene ausgewirkt; es wurde nur das Leben derjenigen, die zur Zielscheibe der Verfolgungsbehörden wurden, beeinträchtigt. Eine Wandlung in Bewusstsein und Meinung dieser Menschen wurde nicht erreicht. Das Wissen um die Unrechtmäßigkeit und Illegitimität der Verbotspolitik wurde von Generation zu Genration weitergetragen; auch die junge Generation hat ein Bewusstsein und eine Haltung gegen diese Politik entwickelt und engagiert sich in Gesellschaft und Politik.

Die Antwort der Kurd*innen auf das Verbot

Die kurdische Gesellschaft hat während der 27-jährigen Verbotsgeschichte ihren Widerstand und ihre Haltung stets durch verschiedenste Initiativen und Aktionen demonstriert. Dafür hat sie einen hohen Preis gezahlt. Tausende Menschen wurden inhaftiert, zu Geldstrafen verurteilt oder auch mit Einschränkungen im sozialen Leben konfrontiert. Deutschland war nie ein Land, in dem die Kurd*innen sorgenfrei leben konnten. Folgende herausragenden Aktionen, die im Rahmen des Widerstandes gegen das Verbot stattfanden, möchte ich hervorheben: eine Bustour unter dem Motto »Dialog statt Verbot«, die 1997 in Berlin startete, in 24 deutschen Städten Halt machte und in Hamburg endete; die Kampagne mit dem Motto »Auch ich bin PKK«, bei der 140.000 Unterschriften gesammelt wurden; 2003 ein Antrag von 50.000 Unterzeichnenden an den Bundestag, in diesem Gremium über die PKK zu diskutieren; die 2013 bis 2018 mit demokratischen Kräften durchgeführten großen Demonstrationen und Kundgebungen. Auch eines der internationalen kurdischen Kulturfestivals wurde unter dem Motto »Dialog statt Verbot« veranstaltet. Die kurdische Gesellschaft in Deutschland hat die Forderung der Verbotsaufhebung zum Mittelpunkt ihrer Politik entwickelt und bei allen Veranstaltungen und Demonstrationen thematisiert. Sie hat also immer eine Antwort auf diese Politik gegeben.

Erinnerungsarbeit als Widerstand: AZADÎ e.V.

Eine weitere Form der Arbeit gegen das Verbot ist die Schaffung eines anhaltenden Bewusstseins über sein Bestehen, verbunden mit der Benennung der Legitimität des Widerstands. In diesem Zusammenhang sind die Publikationen des Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland Azadî e.V. zum 10., 15., 20. und 25. Jahrestag des Verbots zu nennen, die alle politischen Ereignisse dieser Zeiträume festgehalten und an die Öffentlichkeit getragen haben. Im Zusammenhang mit dem Verbot wird ein anhaltender Rechtskampf gegen die Verfolgung und die Kriminalisierung gegenüber Personen und Institutionen geführt. Vor allem wurde von den Düsseldorfer Prozessen bis heute im Rahmen der nach den §§129 a, b StGB geführten Prozesse durch die jeweilige Verteidigung auch eine alternative politische und historische Sichtweise aufgezeigt. In einigen Fällen wurde nach Ausschöpfung des nationalen Rechtsweges ein Antrag an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gestellt; zum Teil konnten dabei Erfolge erzielt werden. In den Jahren 2009, 2010 und 2015 wurden mehrtägige Konferenzen organisiert, an denen vor allem Leute



Kundgebung vor dem Düsseldorfer Oberlandesgerichts 2002 zur Identitätskampagne. Foto: AZADÎ

teilnahmen, die den rechtlichen Widerstand gegen das Verbot führten und führen, unter ihnen zahlreiche Jurist*innen aus Europa. Bei diesen Konferenzen wurden Meinungen ausgetauscht und Verteidigungsstrategien gegen die juristische Verfolgung entwickelt. Es ist notwendig, die ernsthafte Beteiligung und den Beitrag der linken, demokratischen Kräfte in Deutschland an diesem gesamten Prozess des Widerstands hervorzuheben. Die wahren Freund*innen der kurdischen Gesellschaft haben dieser in den schwierigsten Zeiten mit ihrer internationalen Solidarität beigestanden.

Das PKK-Verbot nach dem Widerstand von Kobanê

Nicht nur aus der Perspektive Deutschlands, sondern auch aus der Perspektive des gesamten westlichen Systems muss die Zeit, die mit dem Widerstand von Kobanê begann, hervorgehoben werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die kurdische Frage vom Westen lediglich als ein Problem betrachtet, das sich auf einen Teil der Türkei beschränkt, und man unterstützte das NATO-Mitglied Türkei in seiner Verleugnungs- und Gewaltpolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerung, indem man dem »Terrordiskurs« des türkischen Staates folgte. Die neue Situation nach Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien hat vor allem im Hinblick auf den heldenhaften Widerstand gegen den »Islamischen Staat«, als auch im Hinblick auf die Idee des demokratischen Konföderalismus und die Frauenbefreiung, einen neuen Weg aus der Sackgasse der Politik gegenüber dem Mittleren Osten eröffnet.

In Deutschland war zu beobachten, dass sich im Kontext dieses Prozesses die Wahrnehmung der Kurd*innen durch die deutsche Gesellschaft, die von fast 30 Jahren Kriminalisierungspolitik geprägt war, änderte. Diese Phase war sogar so erfolgreich, dass die innenpolitischen Sprecher*innen der CDU, SPD und Grünen zu diesem Thema Erklärungen abgaben und betonten, dass über das Verbot diskutiert werden müsse. Allerdings hat der Staat diesen Diskurs beendet und sich bemüht, die vorherige Situation wieder herzustellen. Das 2017 auf die Symbole der Bewegung von Rojava/Nord- und Ostsyrien erweiterte Verbot sowie die ständige Repression, die gegen Veranstaltungen und Demonstrationen stattfindet, ist als ein Ergebnis dieser Intervention des Staates zu verstehen.

»Die PKK ist keine Terrororganisation«

Die Entwicklung, die der deutsche Staat ausbremsen möchte, hat ihren Weg auf anderen Ebenen gefunden. Das in Belgien seit 2010 geführte Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, in dem 41 Personen und Institutionen beschuldigt wurden, »Mitglieder und Leiter einer terroristischen Organisation« zu sein, endete mit einer Entscheidung des belgischen Obersten Gerichtshofs am 28. Januar 2020. Nach dieser Entscheidung ist die PKK keine terroristische Organisation, sondern Partei in einem innerstaatlichen Konflikt. Entgegen der »Terrorismus«-Rhetorik, an der in Deutschland immer noch festgehalten wird, hat diese Entscheidung die kurdische Frage und die PKK zu einem Diskussionsthema im Völkerrecht gemacht, basierend auf der Genfer Konvention und insbesondere den

Entscheidungen des Internationalen Strafgerichtshofs zum Jugoslawienkonflikt.

Darüber hinaus hat am 15. November 2018 die erste Kammer am Europäischen Gerichtshof über einen 2014 eingereichten Antrag entschieden; Ergebnis war, dass die PKK in diesem Zeitraum 2014–2018 zu Unrecht auf den Terrorlisten der EU geführt wurde. Dieses Verfahren befindet sich jedoch noch in der Berufung.

Erkennbar ist, dass diese juristischen Entwicklungen in Belgien und am EuGH ein Spiegelbild zu den Entwicklungen ab 2014 sind. Darüber hinaus waren beide Gerichtsverfahren Plattformen, auf denen die kurdische Frage als historisch entstandenes Problem erörtert wurde. Viele negative Entscheidungen europäischer Länder (einschließlich Deutschland) in Bezug auf die Kurd*innen wurden im Zuge dieser beiden Verfahren ebenfalls zur Sprache gebracht.

Die deutsche Justiz, die die politischen Prozesse in Kurdistan in ihre gerichtliche Zuständigkeit zieht und bei jeder Gelegenheit auf die Entscheidungen anderer Ländern verweist, hat die belgischen und luxemburgischen Entscheidungen bisher nicht berücksichtigt.

Das Verbot als zentrales Problem

Der soziale, politische und juristische Kampf der kurdischen Gesellschaft und ihrer Freund*innen, der von den ersten Tagen des Verbots in Deutschland bis heute fortgeführt wird, und die Phase, die nach dem Kobanê-Widerstand weltweit Wirkung zeigte, haben zum einen das Verbot ernsthaft in Frage gestellt und zum anderen die Weiterentwicklung des Widerstands gegen das Verbot ermöglicht. Die Tatsache, dass Deutschlands Bündnispartner Türkei sich zunehmend zu einem faschistischen Staat entwickelt hat, muss natürlich in der Betrachtung ebenfalls berücksichtigt werden.

Es ist notwendig, die Erfahrungen aus dem jahrelangen Widerstand gegen das Verbot dafür zu nutzen, den juristischen und politischen Kampf über Deutschland hinaus fortzusetzen. Der deutsche Staat tut alles dafür, juristisch wie politisch, das Verbot in seinem Einflussbereich aufrecht zu erhalten. Deshalb besteht die Notwendigkeit, das Verbot auf europäischer Ebene zum Gegenstand der Kritik zu machen und den Widerstand gegen die deutsche Kriminalisierungspolitik über die deutschen Grenzen hinauszutragen. Erst wenn die Verbotspolitik Deutschlands als eines der Hauptprobleme aller in Europa lebenden Kurd*innen und ihrer Freund*innen begriffen wird, wird der Widerstand eine neue, erfolgreichere Etappe bewältigen. ♦

Broschüre zu den Urteilen von Brüssel und Luxemburg



Unter dem Titel »Die PKK ist keine terroristische Organisation« ist im November 2020 eine Broschüre erschienen, die der Rechtshilfefonds AZADÎ und der Verein für Demokratie und Internationales Recht (MAF-DAD) herausgegeben haben. Sie beschäftigt sich insbesondere mit dem Urteil des Kassationshofes in Brüssel vom 28. Januar 2020, in dem festgestellt wird, dass die PKK nicht als terroristische Organisation, sondern als eine bewaffnete Konfliktpartei gemäß dem internationalen Völkerrecht anzusehen ist. Aber auch die Verfahren zur Listung der PKK auf der EU-Terrorliste vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg werden analysiert. Die Broschüre mit ausgewählten Artikeln, Analysen und Interviews soll dazu anregen, auf der Basis dieser Entscheidungen über die juristische Einordnung der kurdischen Befreiungsbewegung zu diskutieren, die in Deutschland nach wie vor als terroristische Organisation geführt wird.

Damit soll der Weg freigemacht werden für politische Lösungen und für ein Ende der Kriminalisierung von Kurd*innen und ihren Organisationen.

Die (kostenlose) Broschüre kann über AZADÎ bezogen werden:
azadi@t-online.de oder Hansaring 82, 50670 Köln
Über Spenden würden wir uns freuen:
IBAN: DE80 4306 0967 8035 7826 00 (GLS-Bank Bochum)

Eine Fahne als verbindendes Element – und der Versuch einer Kriminalisierung

Unbedingter Verfolgungswille gegen Antifa-Enternasyonal-Fahne

Olaf Meyer, Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen

München: Demonstration gegen die dortige Kriegskonferenz, Berlin: Demonstration für die Enteignung von Immobilienkonzernen. Hamburg: feministische Demonstration zum 8. März, Hambacher Forst: Aktionen zur Rettung des Waldes und des Klimas. Dresden: antifaschistische Aktionen gegen einen Naziaufmarsch, Duisburg: Kundgebung gegen Sozialabbau. Die Orte und Veranstaltungen stehen beispielhaft für eine lebendige und aktive linke Bewegung in Deutschland, und sie verbindet, dass dort die Antifa-Enternasyonal-Fahne mitgeführt und gezeigt wurde, ohne dass es dabei zu polizeilichen Maßnahmen wegen der Fahne kam. Anders im beschaulichen Lüneburg, wo seit dem 24. April 2018 die grüne Antifa-Fahne immer wieder beschlagnahmt wurde und es seitdem zu einer andauernden Auseinandersetzung vor den Gerichten kam.

Der staatliche Verfolgungswille

Es ist der 24. März 2018 im niedersächsischen Lüneburg. Rund 500 Menschen sind zu einer Demonstration unter dem Motto »Frieden für Afrin« zusammenkommen. Sie wollen gemeinsam gegen die türkische Militäroffensive gegen Efrîn (Afrin) auf die Straße gehen. Im Januar 2018 begann diese Aggression unter dem Namen »Operation Olivenzweig« auf Befehl des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Ziel der Operation war es, die kurdischen Milizen im Norden Syriens zu zerschlagen und insbesondere die Volksverteidigungseinheiten aus dem Grenzgebiet zu vertreiben. Die Invasion endete im März 2018 mit der Einrichtung einer von der Türkei kontrollierten »Sicherheitszone«.

Begleitet wurde die Militäroffensive von einer Welle des Protests gegen das türkische Regime. Die Lüneburger Demonstration am 24. März 2018 wurde überschattet von einem unverhältnismäßigen Polizeieinsatz. Schon vor Beginn der Veranstaltung wurden die Menschen kontrolliert, aufgefordert verschiedene Fahnen einzurollen und mit Strafverfahren bedroht. Die Polizei ging mit einer langen Liste von Symbolen der kurdischen Freiheitsbewegung durch die Veranstaltung und entschied danach, was verboten oder was nicht verboten sei. Dies führte zu solch skurrilen Situationen, dass auch die Nationalfahne Kameruns eingezogen werden sollte, weil diese ebenfalls Grün-Rot-Gelb ist. Nach einiger Zeit konnte die Demonstration starten und zog lautstark durch die Innenstadt. Begleitet von der Polizei, die die Menschen fast die ganze Zeit filmte. Einige Male mussten noch die Flaggen der Volksverteidigungseinheiten YPG eingerollt werden, die trotz alledem immer wieder gezeigt wurden.

Unter den Demonstrationsteilnehmenden befand sich auch ein Antifaschist, der die Antifa-Enternasyonal-Fahne bei sich trug. Er wurde vor und während der Demonstration nicht ein einziges Mal von der Polizei behelligt und auch nicht aufgefordert, die Fahne zu entfernen. Auffällig war, dass er während der Demo immer wieder von der Polizei gefilmt wurde. Sofort nach Beendigung der Veranstaltung traten mehrere Polizeibeamte auf ihn zu und eröffneten ihm, das gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, da er mit der Fahne gegen das Vereinsgesetz (PKK-Verbot) verstoßen habe. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde die Fahne beschlagnahmt. Hintergrund für die Maßnahme war ein mittlerweile eingestelltes Ermittlungsverfahren in ähnlicher Angelegenheit. Dabei ging es um das Zeigen des Antifa-Enternasyonal-Symbols auf der Internetseite der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen.

Das Ermittlungsverfahren und die spätere Anklage gegen den Fahnenträger wurden damit begründet, dass die Antifa-Enternasyonal-Fahne ein abgewandeltes Symbol der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) bzw. der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) darstelle. Beide Organisationen sind in der BRD mit einem Betätigungsverbot belegt. Die inkriminierte Fahne zeigt auf grünem Grund ein Antifa-Logo mit der deutsch-türkischen Beschriftung »Antifa Enternasyonal«, welches durch gelbe Sonnenstrahlen eingefasst ist.



»Widerstand ist Leben« Foto: Antifacafé Braunschweig

Die Fahne und das PKK-Verbot

Die Staatsanwaltschaft Lüneburg begründet ihren Alleingang in dieser Sache damit, dass die Antifa-Enternasyonal-Fahne in Farbe und Symbolik der Fahne der verbotenen KCK gleich bzw. ähnlich sei. Außerdem behauptet sie, dass mit der Fahne »offenkundig Solidarität zu der verbotenen kurdischen Vereinigung zum Ausdruck gebracht werden soll«. Entgegenwirken will die Staatsanwaltschaft damit der behaupteten »Gefahr einer Identifizierung mit dem Bedeutungsgehalt symbolträchtiger Kennzeichen, deren Verbreitung und Verwendung den Anschein erwecken könnte, verbotene Vereine könnten sich ungehindert in der Bundesrepublik betätigen«. Das Zeigen der Fahnen solle »unzweifelhaft zum Ausdruck bringen, dass das Anliegen der PKK und Teilorganisationen von Seiten der Antifa nicht nur unterstützt wird, sondern auch für die Ziele der PKK und ihrer Unterorganisationen geworben wird«. Für die Staatsanwaltschaft Lüneburg findet das Verwenden der Antifa-Enternasyonal-Fahne in dem Bewusstsein statt, »sich damit propagandistisch werbend für die in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegte PKK zu äußern«. Das öffentliche Verwenden ist für sie eine »werbende Außenwirkung für die PKK« und deshalb strafbewehrt. Hier wird dann deutlich, dass es hier nicht nur um ein Stück Stoff mit einem schönen Aufdruck geht, sondern dass das Ganze in einem engen Zusammenhang mit dem Verbot der PKK steht und hier weiterhin alles verfolgt und verboten werden soll, was auch nur im Entferntesten in Verbindung mit der kurdischen Freiheitsbewegung stehen könnte. Gerade die Staatsanwaltschaft Lüneburg ist berüchtigt für ihren Verfolgungseifer gegen die Friedens- und Freiheitsbewegung.

Trotz Freispruch kein Ende des behördlichen Verfolgungswahns

Rund zwei Jahre nach der Beschlagnahme der Fahne fand dann am 29. Juni und 7. Juli 2020 die Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Lüneburg statt. Der Prozess endete mit einem Freispruch. Der Richter sah in der Antifa-Enternasyonal-Fahne kein verbotenes Symbol, sondern ein Symbol der Antifa.

Nach dem Freispruch legte die Staatsanwaltschaft Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil ein, und deshalb musste der Anklagevorwurf am 18. November 2020 vor dem Landgericht Lüneburg verhandelt werden. Die Staatsanwaltschaft erhoffte sich damit eine Verurteilung in ihrem Sinne.

Dies geschah trotz des Freispruchs in der ersten Instanz und obwohl es mittlerweile einen anderen Freispruch durch das Landgericht Lüneburg gab. In einem Verfahren in Celle hatte das Landgericht Lüneburg schon am 7. September 2020 festgestellt, dass es sich bei der grünen Antifa-Fahne eben nicht um ein verbotenes Symbol handelt. Nachdem am 5. November 2019 in Celle eine grüne Antifa-Fahne beschlagnahmt wurde, lehnte das Amtsgericht Celle im August 2020 den Erlass eines Strafbefehls ab. Das Gericht sah keinen Tatbestand nach § 20 Vereinsgesetz. Dagegen legte die Lüneburger Staatsanwaltschaft Beschwerde ein. Das Amtsgericht Celle und das Landgericht machten in ihren Entscheidungen deutlich, dass die beschlagnahmte Fahne nicht dem in der BRD verbotenen Symbol der KCK zum Verwechseln ähnlich sieht. Obwohl es eine gewisse Ähnlichkeit gebe, stehe das Antifa-Symbol deutlich im Zentrum, so dass die Fahne von unbefangenen Betrachter*innen der Antifa-Bewegung zugeordnet werde.

Mit dieser Einsicht endete dann auch der Prozess gegen den Lüneburger Antifaschisten. Der Richter am Landgericht stellte unmissverständlich fest, dass das öffentliche Verwenden der beschlagnahmten Fahne nicht den Tatbestand eines Verstoßes gegen das Vereinsgesetz erfülle, weil es sich bei der Antifa-Enternasyonal-Fahne nicht um ein Kennzeichen handele, das einem Kennzeichen der verbotenen PKK oder KCK zum Verwechseln ähnlich siehe. Zum Verwechseln ähnlich mit einem verbotenen Kennzeichen sei ein Kennzeichen erst dann, wenn in wesentlichen Vergleichspunkten objektiv eine Übereinstimmung bestehe, so dass nach dem Gesamteindruck für eine*n durchschnittliche*n, unbefangene*n Betrachter*in eine Verwechselung möglich sei. Bei der Antifa-Enternasyonal-Fahne sei im Zentrum deutlich das Logo der Antifa Enternasyonal zu sehen. Das Antifa-Symbol sei im Vordergrund und zentral, und im Gegensatz zur Fahne der KCK, bei welcher ein roter Stern als zentrales Merkmal zu sehen ist, sei es eindeutig, dass es eine Antifa-Fahne sei. Zwar enthalte die kriminalisierte grüne Antifa-Fahne denselben grünen Hintergrund wie die Fahne der KCK und auch der Strahlenkranz der dort vorhandenen gelben Sonne sei in der Fahne noch zu erkennen, jedoch führten diese Merkmale nicht dazu, dass der Gesamteindruck der Fahne eine Verwechselung möglich mache.

Das Landgericht stellte in seiner Entscheidung klar, dass entscheidend sei, wie ein*e unbefangene*r Betrachter*in das Symbol wahrnimmt und dass durch die Gestaltung der Antifa-Enternasyonal-Fahne eben der Eindruck entstehe, dass es sich bei der Fahne um ein Symbol der Antifa-Bewegung handle. Entscheidend sei eben nicht, was die Staatsanwaltschaft oder ein einzelner Polizist in der Fahne sehen will.

Die Staatsanwaltschaft will sich jetzt immer noch nicht geschlagen geben und prüft, ob sie weitere Rechtsmittel einlegen wird. Ein Antrag auf Revision beim Oberlandesgericht Celle ist sehr wahrscheinlich. Je nachdem wie das OLG dann entscheidet, ist nicht ausgeschlossen, dass das ganze Verfahren von Neuem beginnt.

Repression auf vielen Ebenen

Seit März 2018 führt die Lüneburger Staatsanwaltschaft verschiedene Verfahren wegen des Antifa-Enternasyonal-Symbols. Ausgangspunkt war das Ermittlungsverfahren wegen der Verwendung des Symbols auf der Internetseite der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen. Obwohl dieses Verfahren eingestellt wurde, versuchte die Staatsanwaltschaft mittels einer Ordnungsverfügung den Betreiber der Seite zu zwingen, das Symbol dort zu entfernen. Im Zuge dieses Verfahrens wurde dann die Fahne auf der Demo am 24. März 2018 beschlagnahmt. Mittlerweile laufen mehrere neue Ermittlungsverfahren wegen des Antifa-Enternasyonal-Symbols gegen die Autoren dieses Artikels. Zum einen wegen mehrerer Beschlagnahmungen von insgesamt 18 Fahnen, zum anderen noch wegen der Verwendung des Symbols auf einer Internetseite, wegen einer angeblichen Aufforderung zu Straftaten und wegen eines Interviews im Kurdistan-Report Nummer 208 vom März/April 2020.

Auch wenn die Lüneburger Urteile eine deutliche Sprache sprechen, ist davon auszugehen, dass die Verfolgung der Antifa-Enternasyonal-Fahne in Lüneburg weitergeht und die Staatsanwaltschaft in Zusammenarbeit mit einem Beamten der örtlichen Staatsschutzabteilung der Polizei auch durch die beiden Entscheidungen nicht in ihrem notorischen Kriminalisierungswahn gestoppt wird. Sie will unbedingt einen Präzedenzfall schaffen und das internationalistische Antifa-Symbol verbieten lassen.

Eine Fahne als Zeichen der Solidarität

Sich gegen die Kriminalisierung der Antifa-Enternasyonal-Fahne zu stellen, ist nicht nur ein Zeichen der Solidarität mit dem Angeklagten und anderen Verfolgten, sondern auch ein Beitrag im Kampf für Freiheit und Frieden überall auf der Welt. Unsere Antwort auf die Verfolgung unserer Fahne sollte sein, sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu zeigen. Sie ist unser Symbol. Sie steht für eine antifaschistische Bewegung, die internationalistisch, feministisch, ökologisch, antikapitalistisch und solidarisch ist.

In diesem Sinne: Antifa Enternasyonal – Serfîrazkin!

Weitere Infos dazu: www.antifa-lg-ue.org ♦

Der Bundestag fordert ein Verbot der rechtsextremen »Grauen Wölfe« – wirklich?

Wer sind denn diese »Grauen Wölfe«?

Dîlan Karacadag, Journalistin

Der Bundestag spricht sich für ihr Verbot aus: Die »Grauen Wölfe« (türk. »Ülkücü«) – gibt es sie überhaupt? Als eingetragenen Verein gibt es sie jedenfalls nicht. Wer also ist mit den »Grauen Wölfen« gemeint? Oder ist das eine bloße Symbolpolitik des Parlaments?

In der Türkei entstand die Ülkücü-Bewegung Mitte des 20. Jahrhunderts aus der schon älteren turanistischen Bewegung und fußt wie diese auf einer rassistischen rechtsextremen Ideologie. Diese sieht die türkische Nation sowohl politisch-territorial als auch ethnisch-kulturell »als höchsten Wert« an. Diese Denkweise kann ich aus eigener Erfahrung bestätigten. Ich wurde selbst Zeugin, wie im Türkischunterricht von »Wir sind bis nach Wien gekommen« gesprochen wurde. Damals hatte ich keinen blassen Schimmer, was das zu bedeuten hat. Heute weiß ich es: türkischer Rechtsextremismus.

Laut Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2019 soll die »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.« (ADÜTDF) der größte »Ülkücü«-Dachverband in Deutschland sein. Diesem gehören rund 170 lokale Vereine an, mit etwa 7.000 Mitgliedern – dies sind offizielle Angaben.

Wer oder was genau soll verboten werden

Mit einem interfraktionellen Antrag forderten SPD, CDU/CSU, FDP und Grüne die Bundesregierung unter anderem auf, den Einfluss der »Ülkücü«-Bewegung zurückzudrängen und gegen die Vereine dieser Bewegung Organisationsverbote zu prüfen. Dieser Antrag wurde angenommen, und so startet der Prozess für ein Überprüfungsverfahren. Große Teile dieser Bewegung organisieren sich in der ADÜTDF. Nun lässt sich fragen, was genau verboten werden soll. Der Dachverband ADÜTDF oder die »Grauen Wölfe«? Welcher Verein oder welche Parteien sind damit gemeint? Da es keinen »Graue Wölfe e.V.« gibt, bleibt der Wunsch wohl unerfüllt. Eine bloße Symbolpolitik? Eine Geste für Recep Tayyip Erdoğan? Eine neofaschistische Bewegung, welche seit Jahren ein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes ist und die immer wieder zu (Mord-)Drohungen, gewalttätigen Angriffen und Hassreden greift, ist ein Teil der deutsch-türkischen Interessenpolitik. Schweigen, Weggucken, Weghören – das kann die Bundesregierung perfekt.

Die Anhängerinnen und Anhänger der »Grauen Wölfe« sind faschistisch, rassistisch, antisemitisch, sexistisch; deren Feindbilder alle Linken, Sozialist:innen, Kommunist:innen, Armenier:innen, Kurd:innen, Jüd:innen, Êzîd:innen, Alevit:innen, Christ:innen und Queers, insbesondere auch Frauenbewegungen. Ihr jahrzehntelang anhaltender Hass führt bis zum Tod. Diese Anhängerinnen und Anhänger sind verantwortlich für Tausende politischer Morde in Nordkurdistan, in der Türkei, aber auch für Morde sowohl in anderen Teilen Kurdistans als auch in Deutschland. Allein während des Bürgerkrieges der 70er Jahre starben 5.000 Menschen, meistens Linke und Alevit:innen.

Nicht nur der »Wolfsgruß« und die Anhänger:innen

Das bekannte Erkennungszeichen der »Grauen Wölfe« ist der »Wolfsgruß«. Doch das Zeigen des »Wolfsgrußes« oder das Verwenden der »Üç Hilal« (»drei Halbmonde«) kommt nicht nur von Anhänger:innen der »Grauen Wölfe«. Auch der Vorsitzende der kemalistischen Partei CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, zeigte diesen »Wolfsgruß«. Ohnehin ist es bekannt, dass die CHP prinzipiell kein Problem mit den Rechtsextremen hat. Mehrmals sind parlamentarische Entscheidungen mit Hilfe der CHP durchgegangen. So verteidigte Kılıçdaroğlu die Aufhebung der Immunität. Mit seiner Partei hatte er damals im Parlament für die Aufhebung der Immunität der HDP-Abgeordneten gestimmt, die heute seit mehr als vier Jahren in Haft sind. Auch der CHP-Bürgermeister von Ankara, Mansur Yavaş,

gilt selbst als Anhänger der »Grauen Wölfe« und gehörte lange deren Mutterpartei MHP an. Die Relevanz dieser Diversität innerhalb der »Grauen Wölfe«-Struktur zeigt, dass es weder um sie, noch um den Dachverband geht. Der effektive Kampf gegen türkischen Rechtsextremismus wäre das Beenden der Kollaboration, des Waffenhandels und eine klare Haltung gegenüber der türkischen Regierung. Aber auch damit wäre die Existenz dieser Strukturen nicht bekämpft. Neben den ganzen Institutionen, Vereinen und Verbänden gibt es eine vor allem über soziale Medien verbundene Hate Speech-Aktion (digitale Gewalt). Tagtäglich werden Oppositionelle, u. a. kurdische Aktivist:innen, mit dem Tode bedroht. Des Weiteren gibt es noch die geheimdienstlichen Aktivitäten bundesweit. Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion antwortete die Bundesregierung, der türkische Geheimdienst nutze die »Grauen Wölfe«, »um nachrichtendienstliche Belange zu fördern«. Also gehen wir hier auch vom freien Agieren des türkischen Geheimdienstes MİT in Deutschland aus. Es braucht nun einen gemeinsamen Kampf und gesellschaftlichen Druck, um der Bundesregierung und der regierungsmitverantwortlichen SPD klar zu machen, dass sie unter dem Vorwand »Wir wollen ein Verbot der »Grauen Wölfe« erlassen« nur Symbolpolitik betreiben. Effektiv ist es, vor diesem Verbot jedwede Zusammenarbeit mit der faschistischen türkischen Regierung zu beenden. ♦

Der effektive Kampf gegen türkischen Rechtsextremismus wäre das Beenden der Kollaboration, des Waffenhandels und eine klare Haltung gegenüber der türkischen Regierung.



Foto: Roja Ciwan

Die Kampagne Make Rojava Green Again berichtet über ihre Arbeiten

Ökologie in Zeiten des Krieges

Ein Jahresrückblick der Kampagne Make Rojava Green Again

Die ökologische Kampagne »Make Rojava Green Again« wurde im Jahr 2018 von Aktivist*innen der internationalistischen Kommune in Rojava gegründet. Da die dritte Säule des demokratischen Konföderalismus und der Revolution in Rojava, die Ökologie, in der Darstellung nach außen oft am wenigsten Beachtung findet und weil viele der damaligen Aktivist*innen einen ökologischen Hintergrund mitgebracht hatten, wurde in der Unterstützung von ökologischen Projekten ein praktischer Ausdruck von Internationalismus gesehen. Allgemein lässt sich sagen, dass die Kampagne drei Ziele bzw. Grundpfeiler hat. Als ersten und vielleicht als wichtigsten Aspekt, die Bildung. Bildung spielt eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, eine Gesellschaftsveränderung herbeizuführen. Der zweite Grundpfeiler ist die Umsetzung von konkreten ökologischen Projekten in Rojava und die Zusammenarbeit mit den Strukturen der Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien. Der dritte Grundpfeiler ist die Organisierung von internationaler Solidarität und gleichzeitig die Verbreitung des demokratischen Konföderalismus als einen konkreten Lösungsvorschlag für die ökologische Krise in den ökologischen Kämpfen weltweit. Im Jahr 2018 wurde das Buch der Kampagne veröffentlicht, welches eine gute Einleitung und einen Überblick über die Revolution in Rojava, die dortige ökologische Situation und die Grundideen der sozialen Ökologie liefert. Seit diesem Jahr gibt es auch einen neuen Reader[1], der einen noch tieferen Einstieg in die Theorien der sozialen Ökologie und des demokratischen Konföderalismus bietet.

Das Jahr 2020

Im Jahr 2020 ist eine ganze Menge passiert. Allerdings ist eine prägende Zeit vor allem der Herbst 2019 gewesen, in welchem die türkische Armee ihre Invasionspläne in den Gebieten von Serêkaniyê und Girê Spî in die Tat umsetzte. Auch wir als Kampagne waren von den Auswirkungen dieses Krieges stark betroffen und konnten eine ganze Weile unsere vorgesehenen Arbeiten nicht fortführen. Erst zum Winter gelang es uns, das Komitee wieder aufzubauen, da zuvor alle Mitglieder aufgrund des Krieges andere Arbeiten angenommen hatten und wir uns stark mit der Frage auseinandersetzen mussten, was Ökologie in Zeiten von Krieg für uns bedeutet. Dabei war für uns klar: »Krieg tötet Menschen und zerstört die Natur, aber der Krieg trifft auch auf erbitterten Widerstand. Widerstand kann schöne Dinge schaffen wie Gemeinschaft, Organisierung, gegenseitige Hilfe und Solidarität. Diese Werte sind die Grundlage für eine revolutionäre Gesellschaft, eine politisch bewusste und ethische Gesellschaft, die sich selbst verteidigen kann. Und nicht einmal 1000 Bomben können eine revolutionäre Gesellschaft zerstören, die bereit ist, sich zu verteidigen. Der Kampf, den wir in Rojava führen, ist Teil eines globalen Kampfes. Und wir werden unseren Einsatz für ein freies und grünes Rojava mit aller Anstrengung fortsetzen. Nur wenn wir Rojava verteidigen, kann die Hoffnung hier weiter blühen.« [2]

Im Frühling dieses Jahres haben wir uns dann wieder konkreten ökologischen Arbeiten widmen können und haben einen Kompost angelegt, unsere Baumschule aufgeräumt und mit den Vorbereitungen für die grünste Phase des Jahres in Rojava getroffen. Am 4. April haben wir zum Anlass von Abdullah Öcalans Geburtstag 71 Bäume auf unserem Gelände der internationalistischen Kommune gepflanzt. Auch die bereits gepflanzten Bäume bedurften etwas Pflege nach dem langen und schneereichen Winter.

Embargo und Währungskrise

Der Krieg gegen die Gebiete der Föderation von Nord- und Ostsyrien wird nicht nur militärisch geführt. Mit allen Mitteln soll verhindert werden, dass diese Revolution erfolgreich ist und als Beispiel für eine konkrete Alternative zum Kapitalismus und als Beispiel für eine konkrete Alternative zum Kapitalismus gesehen werden kann. Auch wirtschaftlich wird versucht, unsere Utopien zu zerstören und den Aufbau einer

1 https://makerojavagreenagain.org/reader/

2 https://makerojavagreenagain.org/2019/10/10/dem-krieg-in-nordsyrien-ausgesetzt-eine-erklarung-von-make-rojava-green-again/



Arbeiten auf dem Gelände der Internationalistischen Kommune. Foto: Make Rojava Green Again

neuen Gesellschaft zu sabotieren. Durch das von den USA verhängte Embargo gegen Syrien und sich immer wieder verschärfende Sanktionen kam es Anfang des Jahres zu einer großen Währungskrise. Die Preise für Lebensmittel hatten sich teilweise verdreifacht. Außerdem gab es die Befürchtung, dass zum Ende des Jahres die Lebensmittel für die Bevölkerung ganz ausgehen und die Ernährung der Menschen nicht mehr gewährleistet werden kann. Deshalb gab es den Aufruf der Selbstverwaltung, dass alle, die die Möglichkeit besitzen, so viel Gemüse wie nur möglich selbst anbauen. Daran haben wir uns natürlich beteiligt und begannen, unsere Felder umzugraben. Wir pflanzten Kartoffeln, Tomaten, Zucchini, Paprika, Kürbis und sogar Melonen, um über das Jahr genügend zu Essen zu haben.

Corona

Auch der Nordosten Syriens ist nicht verschont geblieben von der weltweiten Ausbreitung von Covid19. Allerdings hat es die Gebiete in der ersten Welle nicht so stark getroffen. Durch gut getroffene Maßnahmen und dadurch, dass das Land durch das Gesundheitskomitee quasi abgeriegelt wurde, konnte einer Ausbreitung zu Anfang gut entgegengewirkt werden. Allerdings beobachteten wir die weltweite Situation und beschlossen ein Video zu drehen, um den Umgang der Regierungen mit Corona zu thematisieren.

Die sieben Videos wurden von unseren »Make Rojava Green Again«-Gruppen in Rojava und verschiedenen europäischen Ländern produziert. Das erste aus Rojava ist eine globale Analyse der Corona-Krise, die die Pandemie mit der ökologischen Krise verbindet, mit der wir heute konfrontiert sind. Wir diskutieren die schädlichen Auswirkungen der kapitalistischen Moderne und die Rolle, die die Nationalstaaten dabei spielen, während sich der zweite Teil des Videos auf die Frage konzentriert, wie man durch den Aufbau des demokratischen Konföderalismus eine Alternative zu ihr aufbauen kann.

Die nächsten Videos unserer europäischen Gruppen aus Polen, England, Italien, Schweiz und Deutschland zeigen, wie sich die Corona-Krise in ihren einzelnen Ländern entwickelte, indem sie einerseits die Antwort der Staaten auf die Krise analysieren und andererseits die sich bildenden spontanen oder organisierten Solidaritätsgruppen in den Nachbar*innenschaften. Zum Schluss geben sie eine Perspektive für ihre lokale oder für die globale Situation.[3]

3 https://makerojavagreenagain.org/2020/06/17/8729/



Veranstaltung von Make Rojava Green Again in den Niederlanden. Foto: anf

Mehr Arbeit in der Gesellschaft

Im Laufe der Monate des Jahres 2020 versuchten wir, mehr und mehr wieder aktive Projekte in und mit der Gesellschaft in Rojava umzusetzen. Eines dieser Projekte war eine Neugestaltung einer Straße in Qamişlo, wo ein kompletter Straßenabschnitt nach ökologischen Maßstäben neu gestaltet wurde. Dabei ging es auch darum, einen schönen und grünen Ort zu schaffen, an dem sich die Menschen gerne aufhalten und verschiedene Kunst- und Kultur-Projekte umgesetzt werden können. Aufgrund der anhaltenden Kriegssituation konnte das Projekt leider noch nicht in die Praxis umgesetzt werden und besteht, bis sich die Situation stabilisiert, leider erst einmal nur als Plan und digitale Zeichnung. Weitere Arbeiten waren die Unterstützung des Ökologie-Komitees in Dêrik bei der Umsetzung der Städtepartnerschaftsprojekte wie der Fluss-Renaturierung in der Stadt und dem Aufbau von kommunalen Gemeinschaftsgärten.

Ein weiterer wichtiger Schritt war es, unsere Arbeiten mehr mit den Frauenstrukturen zu verbinden. Dafür sind mehrere Freundinnen aus der Kampagne eine Zeit lang im autonomen Frauendorf Jinwar gewesen und haben dort viele Erfahrungen gesammelt. Daraus ist die Idee entstanden, eine Broschüre zu verschiedenen essbaren und medizinischen Pflanzen zu erstellen.

Auch unsere Verbindungen zu den umliegenden Dörfern haben wir gestärkt. Beispielsweise haben wir diesen Sommer ein paar Tage bei der Koriander-Ernte in Carudi, einem kleinen Dorf direkt an der Grenze zur heutigen Türkei, geholfen und viel über die Arbeitsweise des Dorfes und der Kooperative, an der sich das ganze Dorf beteiligt, gelernt. Dieses Jahr war es auch das erste Mal, dass wirklich das gesamte Dorf sich in Schichten organisiert hat und gemeinsam 24 Stunden am Tag die Ernte eingeholt hat. Dies war sicherlich ein historischer Moment und wir sind froh dabei gewesen zu sein.

Unsere eigene Ernte stand nun ebenfalls an und wir waren überwältigt von der Menge an Tomaten und unserem verschiedenen Gemüse, welches wir angebaut hatten. Im September, als die Bedingungen zum Pflanzen von Bäume wieder besser waren und sich die extreme Hitze von bis zu 50° verabschiedet hatte, beschlossen wir, eine große Aktion durchzuführen. um das Flussufer direkt am Hang der Kommune zu renaturieren und zu bepflanzen. Dafür luden wir viele Jugendliche der Stadt Dêrik und des nahegelegenen Camps für Inlandsgeflüchtete zu uns aufs Gelände ein. Es kamen ca. 70 Menschen zusammen. Gemeinsam diskutierten wir über die Rolle und die Wichtigkeit von Ökologie und Natur. Dann gingen wir hinunter und pflanzten 30 Bäume direkt am Fluss. Das ist sicher nur ein Anfang gewesen und in Zukunft hoffen wir, den gesamten Flusslauf renaturieren zu können.

Jahresauswertung und Perspektive

Das Jahr 2020 war sicherlich für die ganze Welt ein besonderes Jahr. Auch in Rojava hatte das Corona-Virus großen Einfluss auf das alltägliche Leben und dadurch auch auf unsere politischen Arbeiten. Besonders groß waren aber die Auswirkungen des Krieges im Oktober 2019, aber natürlich auch die erneuten Drohungen und anhaltenden Angriffe an der Grenze durch Artilleriebeschuss und Infiltrationsaktionen des faschistischen türkischen Staates sowie die militärischen Vorbereitungen, die permanent getroffen werden. Im Juli 2020 hat uns der Krieg in Südkurdistan stark beschäftigt. Die Bombardierungen der türkischen Luftwaffe in Şengal am 15. Juli waren von der Kommune gut und deutlich zu hören und wir wissen, dass der intensivierte Krieg sich irgendwann wieder gegen Rojava richten wird. Wir müssen uns also in der Zukunft weiter verstärkt damit auseinandersetzen, wie wir die ökologische Arbeiten unter diesen schwierigen Bedingungen fortsetzen und noch ausbauen können. Eines ist sicher: Solange es möglich ist, werden wir den Aufbau der ökologischen Gesellschaft unterstützen und wenn es Angriffe gibt, diese abwehren und damit gleichzeitig unsere ökologische Haltung verteidigen. ♦

Der Blick zurück – Teil II

Eine Internationalistin in Rojava spricht über ihre Überzeugungen und über die Perspektive linker Bewegung in Deutschland

Für Forschungszwecke berichteten internationalistische Aktivist*innen in Rojava über ihre Arbeit in der Selbstverwaltung, über ihr Engagement in der kurdischen Bewegung und über ihren Lebensweg und die Beweggründe, die sie nach Rojava geführt haben. Wir veröffentlichen hier das Interview mit der deutschen Aktivistin Rozerîn, in dem sie ihren politischen Werdegang und ihre Überzeugungen schildert und die Praxen und Perspektiven linker Bewegungen in Deutschland mit der kurdischen Bewegung vergleicht. Das Interview mit ihr führte Çekdar, die redaktionelle Überarbeitung Sasil.

Kannst du vielleicht von deinem Leben erzählen, als biografischer Einstieg? Wo bist du geboren? Wo kommst du her?

Also, ich bin aus Deutschland und da aufgewachsen und habe da angefangen zu studieren. Ich war immer in feministischen Gruppen aktiv und wir haben versucht, alternative Bildungsarbeit zu machen. […] Es war schon immer so, dass ich gesehen habe, wie viele Sachen völlig absurd laufen, gerade eben in Europa, in dem dortigen System. Ich hatte eigentlich immer das Gefühl: »Okay, es braucht eigentlich was anderes.« Und zwar sowohl in der alltäglichen Art und Weise wie Menschen leben, arbeiten und ihre Beziehungen zueinander gestalten. Ich war in verschiedensten Zusammenhängen und Gruppen und hatte immer das Gefühl, dass es Ansätze gibt und Leute, die unglaublich viel versuchen. Aber ganz oft zerschmettern sich solche Projekte dann wieder, zwei Leute zerstreiten sich und dann ist das ganze Projekt direkt kaputt, weil es keinen Willen dazu gibt, sich tiefer miteinander auseinanderzusetzen oder sich auch mal in gutem Sinne zu kritisieren, um sich weiter zu entwickeln. Stattdessen suchen sich alle irgendetwas anderes, wenn irgendein Problem auftaucht, weil es zu anstrengend ist und sowieso egal. Das ist diese liberale Einstellung, die verhindert, dass Sachen aufgebaut werden, dass die Menschen sich wirklich tief verändern. Das habe ich total viel erlebt und gleichzeitig eben auch, dass in vielen gerade sich als links verstehenden Projekten es total viel um Subkultur geht, eben wie Leute sich anziehen und wie Leute sprechen. Da sagt man ganz schnell was falsches und dann ist es direkt vorbei, weil dort überhaupt keine offene Einstellung existiert. Und gerade an solchen Orten, die sich eigentlich als ein Stück weit befreit verstehen, also irgendwelche sozialen Zentren und solche Orte, dort hatte ich immer das Gefühl: »Okay, so befreit ist das gar nicht.« Da ist viel Subkultur, es ist ganz oft nicht offen, es ist ganz oft überhaupt nicht gesellschaftlich. Es ist ganz oft eher so eine Blase, die sich Leute aufbauen und wo aber nicht viel passiert, weil es diese tiefgehende Auseinandersetzung nicht gibt.[…]

Dann habe ich einige kurdische Menschen kennengelernt, die aus verschiedenen Teilen Kurdistans kamen, um hier zu studieren. Ich hatte also davor schon Menschen kennengelernt, die mit der kurdischen Bewegung zusammen gearbeitet haben. Und ich war besonders von der Frauenbewegung super beeindruckt, weil ich immer das Gefühl hatte, dass die kurdischen Frauen, die ich da kennengelernt hatte, etwas ausstrahlen. Was sie ausstrahlen, ist eine Radikalität auf einer ganz anderen Ebene, so eine große Stärke, die aber nicht diese patriarchale Macho-Stärke ist, sondern so eine Stärke, die in einem tiefen Bewusstsein und in der tiefen Überzeugung liegt und die deshalb auch nicht dogmatisch ist, sondern einfach menschlich. Und das hat mich sehr beeindruckt, dieses Selbstbewusstsein, diese Kampfkraft und ein Stück weit diese Freiheit, die diese Menschen ausgestrahlt haben.

Ich hab dann schon noch mein Studium zu Ende gemacht, aber ich hatte immer das Gefühl, das ist jetzt nicht das Entscheidende. Wenn ich die Konsequenz ziehe aus dem, wie ich die Gesellschaft analysiere, wie ich die gesamte globale Situation analysiere, dann kann ich nicht weiter so in diesem System mitmachen. Selbst wenn man nichts sagt, ist man doch Teil von einer Unterdrückungskultur, ist selbst Teil davon. Und das kann ich nicht mit mir vereinbaren. Ich war in verschiedenen Kollektiven und Projekten und war immer auf dieser Suche nach radikalen Schritten und einer tiefgehenden gesellschaftlichen Veränderung, eben dem Aufbau von alternativen Struk-

turen, gesellschaftliche Selbstorganisierung und gemeinsames, solidarisches Wirtschaften. Ich habe verschiedenste Menschen kennengelernt und mit ihnen diskutiert, auch über die Ideen, die hier dem Aufbau in Rojava und Nordsyrien zugrunde liegen, also demokratischer Konföderalismus und dessen ideologische Grundlage. Ich habe die Texte von Abdullah Öcalan gelesen, viel darüber diskutiert, viel über die Ideologie der Frauenbewegung und Jineolojî. Ich hatte immer das Gefühl, das ist etwas, das den Sachen, die ich auch gedacht habe und den Analysen, die ich auch hatte, sehr nahe kam. Das brachte auf sehr treffende Art und Weise Perspektiven und Lösungsansätze zusammen, die ich in der deutschen Linken nicht in der Klarheit gefunden habe. Und ich habe gesehen, wie sehr das mit einer Praxis verbunden ist, also in Rojava, in Nordsyrien, in allen Teilen Kurdistans, wie sich die Menschen selbst organisiert haben, den Widerstand organisieren und mit was für einer Radikalität dazu.

Und mittlerweile bin ich seit über einem Jahr hier. Ich lerne unglaublich viel von den Frauen und überhaupt von der ganzen Gesellschaft, von der ganzen Widerstandskraft, die die Menschen haben. Ja, wo in Europa Sachen scheitern, das schaffen die Menschen hier einfach so. Und das während der Situation, dass die ganze Zeit Krieg war, dass die Angriffe vom IS die ganze Zeit anhielten, dann jetzt die Angriffe von der Türkei. Trotz dieser Lage so etwas aufzubauen und so eine Veränderung im Bewusstsein zu schaffen in der Bevölkerung, das ist etwas, was ich sehr, sehr beeindruckend finde. Ich habe nur das Gefühl, ich lerne jeden Tag total viel und die Leute hier denken immer: „Europa ist so krass und alle haben so eine gute Bildung und können alles« – ein ganz absurdes Bild von Europa. Aber als eine Person, die in Europa aufgewachsen ist, habe ich genau andersrum das Gefühl, dass ich ankomme und eigentlich wie ein Kind bin und die wichtigen Sachen überhaupt nicht gelernt habe und unglaublich starke Menschen, unglaublich starke Frauen treffe und unglaublich viel lerne.

Du hast erzählt, dass du in Deutschland schon in verschiedenen kollektiven Strukturen warst. Und hast schon angedeutet, woran es für dich gescheitert ist. Wenn du diese beiden Erfahrungen einander gegenüberstellst, wie würdest du sie vergleichen?

Es gibt in Deutschland super viele Projekte, super viele Leute, die etwas aufbauen wollen, super viele Leute, die kleine Alternativen versuchen. Aber dadurch dass es nicht ein gemeinsames Verständnis davon gibt und dadurch dass es keine gemeinsame Organisierung gibt, die es auch verbindet, habe ich das Gefühl, wird viel wieder vom System aufgesaugt und im schlimmsten Falle sogar einverleibt, dass es quasi mitwirkt als kapitalistische Struktur. Leute beuten sich selber und gegenseitig aus, so dass sich das völlig verkehrt und das, was eigentlich aufgebaut werden sollte, noch schlimmer wird als das, wogegen man das machen wollte. Und es werden ganz oft nur Teilbereiche gesehen und viele Kämpfe in verschiedenen Bereichen bleiben unverbunden und können dadurch gar nicht so eine Kraft entwickeln, weil Teilkämpfe schnell entkräftet werden durch Repressionen.

Ein anderer Punkt ist wirklich auch die Mentalität und die Lebensweise, die man entwickelt, wenn man in Europa oder in Deutschland in einem bestimmten Umfeld aufwächst. Das ist einfach sehr liberal in dem Sinne, eigentlich nicht das ganze Wohl der Gesellschaft im Blick zu haben oder die Entwicklung auch von anderen Menschen, sondern zum einen sehr individualistisch zu denken und zu handeln und zum anderen unverantwortlich zu handeln, wie man gerade Lust hat, aber nicht zu sehen, was für Konsequenzen das hat, was für eine Verantwortung man hat und was das eigene Handeln bedeutet für andere Menschen. Und da sehe ich einen sehr großen Unterschied zu dem Ansatz von den Frauen hier, wo es viel darum geht, eben wirklich kollektiv zu denken und zu handeln. Menschen hier denken gemeinsamer und stellen sich überhaupt nicht so stark in den Mittelpunkt die ganze Zeit. Wenn es darum geht, ein Problem zu lösen oder was aufzubauen, geht es viel mehr darum zu handeln, wie es für das gemeinsame Weiterkommen wichtig ist. Und wenn man dann zwischendurch was macht, worauf man in dem Moment keine Lust hat, dann mit dem Bewusstsein, dass es alle gemeinsam weiterbringt. So kann man eben viel mehr erreichen. Das ist etwas, was hier viel stärker ist, weil diese gemeinschaftlichen Strukturen viel lebendiger sind.

Das ist auf jeden Fall eine Sache. Und natürlich das, was hier in den letzten Jahren aufgebaut wurde, mit der Selbstorganisierung von den Kommunen über die verschiedenen Ebenen bis hin zur Föderation. Dass es überall die Frauenorgansierung gibt, dass solche Probleme überhaupt in der Gesellschaft gelöst werden, was es von Anfang an gab, diese Gerechtigkeitskommissionen und in den Mala Jins, in den Frauenhäusern, das ist eine gesellschaftliche Organisierung, ein gesellschaftlicher Aufbau. Zum Beispiel die Kommunen, die es überall gibt, sind miteinander verbunden in einem gemeinsamen sozialen, politischen Projekt, was aufgebaut und verteidigt wird. Und ich glaube, dieses Bewusstsein, dass es alles zusammengehört, dass man zusammen was aufbaut und verteidigt, dass man das auf einer gemeinsamen Grundlage macht – das ist etwas, was sehr fehlt in Deutschland oder in Europa. Und ich glaube, das ist, was eben die Stärke ausmacht von dem was hier passiert.

Zu diesem Punkt mit der Problemlösung: Wenn in Deutschland ein Konflikt auftaucht, dann hat niemand die innere Kraft, das zu lösen. Und hier, also jetzt auch im Dorf, ist es



Demonstration in Amudê zum 25. November – Tag gegen Gewalt an Frauen. Foto: ROJAVA – Frühling der Frauen

üblich, sich gegenseitig auf eine positive Art und Weise zu kritisieren und zu reflektieren und wirklich Kritik an den eigenen Freundinnen und Freunden zu üben; das aber auf eine liebevolle Art und Weise und mit dem Willen, dass sich die andere Person verändern kann. Und in diesem gegenseitigen Kritisieren wird eine Verantwortung gesehen. Wenn ich jemanden kritisiere, ist es zum einen eine Verantwortung, weil sie sonst unter Umständen gar nicht weiß, wie ihr Handeln wirkt. Und zum anderen ist es eine Verantwortung, die Person dabei zu unterstützen, sich zu verändern. Wenn diese Schwierigkeiten, diese Widersprüche auf sich genommen werden, um weitergehen zu können und nicht so schnell den Atem zu verlieren und wenn es schwierig wird, sich was anderes zu suchen, wie es in Deutschland oft ist, ist viel mehr Langatmigkeit da und deshalb kann viel mehr geschafft und aufgebaut werden.

Was hat dazu geführt, dass du auf eine Suche gegangen bist und was konkret hast du gesucht?

Also ein sinnvolles Leben, im Sinne von zu wissen wofür ich lebe, wofür wir alle leben.

Dieses Gefühl, dass Menschen und eigentlich alle Lebewesen ein riesiges Potential haben. Menschen können eigentlich unglaublich schön leben oder Sachen schaffen, die unglaublich schön sind. So wie wir gerade alle leben, wie die Wirtschaft, wie die Arbeit, wie alles organisiert ist, das unterdrückt dieses Potential, was eigentlich im Menschen liegt, dieses Streben nach Freiheit und diese Kraft und diese Kreativität, oder lenkt sie in komische Bahnen. Das als Gefühl hatte ich schon ganz lange. Dazu kam die Analyse, wie global Wirtschaft organisiert ist, zu wessen Gunsten – eben wie sich das neoliberale System entwickelt, wo es ein Stück weit scheint, als gäbe es gar keine hierarchischen staatlichen Strukturen, die irgendwie wirken, wo aber viele Machtstrukturen einfach nur verdeckt sind. Diese krasse Marktlogik, diese kapitalistische Logik ist Teil vom Alltagsleben, Teil vom Denken geworden, dass Menschen damit eins werden, dass die Menschen diese Unterdrückung in sich selbst leben. Das nimmt ganz absurde Züge an, gerade,

wenn man sieht, was für Auswirkungen das System in manchen Teilen der Welt hat. Das sind verschiedene Ebenen, die zusammengekommen sind. Dieses Gefühl war: »So wie Leute in Deutschland leben, das kann es doch nicht gewesen sein.« Wir können doch nicht alle arbeiten gehen und uns dann abends betrinken und am Wochenende zur Party gehen und zwischendurch irgendwelche politische Treffen machen. Also einmal diese Ebene der alltäglichen Lebensform und dann natürlich diese Systemebene, dass man im globalen Norden, in Europa lebt und dadurch eben Teil von dieser Unterdrückungsstruktur ist, während natürlich gleichzeitig alle Menschen auch die Ausgebeuteten sind. Ich denke mir: Warum sollen Menschen Teil von so einem System sein, wenn wir all unsere Kraft dafür geben können, was Anderes zu bauen und Teil von was Anderem zu sein. Wenn es jetzt so weiter geht wie es gerade läuft, das geht eigentlich nicht. Wir brauchen andere Ansätze, wir brauchen eine andere gesellschaftliche Bewegung, die Antworten auf diese Situation geben kann. Es ist offensichtlich, dass viele neue faschistische Gruppen sich bilden, die auch Antworten auf die gleichen Fragen suchen, aber nicht in ihrer ganzen Tiefe analysieren und deshalb zu üblen Fehlschlüssen kommen, sich aber dafür richtig gut organisieren gerade. Ich glaube, dass es eine antifaschistische, eine menschliche, eine sinnvolle Antwort und eine Bewegung in dem Sinne braucht. Und ich glaube, das es tatsächlich an unserer Generation liegt, genau das aufzubauen und genau das weiterzubauen.

Siehst du hier Lösungen, die auf das reagieren, was du kritisierst? Und wenn ja, wie würdest du sie beschreiben?

Ja. Also ich sehe unglaublich viele Lösungsansätze und inspirierende Schritte, die die Menschen hier gegangen sind. Natürlich zum einen die ganze gesellschaftliche Selbstorganisierung, dass Menschen ihr eigenes Leben, ihre eigene Region, ihre eigene Nachbarschaft, die Entscheidungen selbst in die Hand nehmen, sich in den Versammlungen, in den Nachbarschaften organisieren. Das ist ein Punkt. Die eben nicht so ein hohles Staatsgebilde ist, sondern vom Bedarf der Bevölkerung ausgeht. [Rozerîn berichtet von einer Reihe von Kommunen und Kooperativen, und zählt positive und negative Beispiele auf]

Grundlegend ist natürlich auch eine gemeinsame Philosophie, die ideologische Grundlage, die ja da ist. Die aus den Diskussionen der kurdischen Bewegung kommt, davon, was von Öcalan aufgeschrieben wurde und was viel diskutiert wird in der Bevölkerung, und zwar nicht nur durch gebildete Leute, sondern auch in den Dörfern. Da ist unglaublich viel Diskussion, unglaublich viel Bildung, unglaublich viel Bewusstwerdung. Ich glaube, dass dieser gemeinsame Bezug auf diese ideologische Grundlage sehr viel ermöglicht.

Da ist auch eine Lösungsperspektive für globale Probleme. Also sowohl was die gesellschaftliche Selbstorganisierung angeht, als auch dass das alles auf ethischen Grundlagen basiert. Und das ist der Punkt: Wie begreift sich eine Gesellschaft? Wie handeln Menschen? Genau dieses Handeln auf einer ethischen Grundlage fehlt ganz oft in Europa. Das ganze kapitalistische System und das System von Nationalstaaten hat sich völlig von der gesellschaftlichen Realität und von der gesellschaftlichen Ethik entfernt. Und das ist etwas, was ich hier ganz anders sehe. Hier hängt viel mehr zusammen, hier wird eben nicht so ein hohler Staatsapparat oder ein kapitalistisches System aufgebaut, sondern es geht immer um die gesellschaftliche Realität und wie man auf dieser gesellschaftlichen Realität heraus das aufbauen kann, was die Gesellschaft und was die Umwelt braucht, um entlang dieser ethischen Werte weiter zu leben und sich weiter zu entwickeln. Ich sehe sehr viele Lösungen und Lösungsansätze da drin und gleichzeitig eine Ermutigung. Ich glaube, dass eben diese grundlegenden Bausteine, diese grundlegenden Werte und Prinzipien, ethischen Grundlagen und Methoden etwas sind, was wir in Europa gerade brauchen und auch in anderen Teilen der Welt.

Was meinst du? Kannst du hier mehr über dich selbst entscheiden und dich selbst verwalten, als in Deutschland?

Ja, auf jeden Fall. Aber das ist ein lustiger Punkt, nicht? Das ist wieder dieses Verständnis von »Was heißt Freiheit, was heißt sich selbst verwalten?«. Dieses Ding in Deutschland ist immer, dass Leute sich frei fühlen, wenn sie in jeder Sekunde an jeden Ort gehen können, in jeder Sekunde in jedem Geschäft alles, was sie wollen, kaufen können. Diese Form von liberaler Freiheit: »Ich bin frei, aber das heißt eigentlich frei von Verantwortung.» Ich kann alles machen, was ich will und ich kann gehen wohin ich will und ich muss mich nicht mit meinen Freundinnen abstimmen, weil «das würde mich ja einschränken». Ich gehe einfach und wenn hinter mir alles zusammenfällt: »Ist ja nicht mein Problem, ist ja meine Freiheit.» Diese Freiheit meint Freiheit von Verantwortung, Freiheit von eigentlich sehr wichtigen Sachen. Und ich habe das Gefühl, wenn ich jetzt Teil von einem Komitee hier bin, dann kann ich nicht einfach gehen, weil ich eine Verantwortung gegenüber den anderen habe, weil ich bestimmte Aufgaben übernommen habe, weil ich Teil davon geworden bin. Aber dadurch bin ich zu ganz anderen Sachen frei. Ich bin frei dazu, mit den anderen etwas aufzubauen. Das gibt so viel Kraft, zu merken, was man gemeinsam schaffen kann und wie wir alle als Teil von diesem Komitee, als Teil von diesem Aufbau, jeden Tag ein Stück weit freier werden und uns gegenseitig freier machen. Da hängt Verantwortung mit zusammen und damit hängt auch zusammen, dass ich nicht einfach sagen kann: »Jetzt habe ich aber

Lust, morgen nach Kuba zu fahren, weil – habe ich Lust zu.« Also diese Verantwortung ist ja eine freie Entscheidung, die aus einer Einsicht kommt, eben, dass es notwendig ist. Dieses Individuelle und dieses Gesellschaftliche läuft genau da drin zusammen. Das ist für mich ein viel größerer Schritt, eine viel größere Freiheit tatsächlich als dass ich mir aussuchen kann, ob ich heute chinesisches Essen oder einen Döner kaufe. Diese Form von liberaler Freiheit, wo man sich nie auf irgendetwas festlegen muss, aber auch nie etwas wirklich aufbauen kann, nie wirklich eine tiefe Beziehung mit den anderen Menschen eingehen kann, weil man sich diese Freiheit offen hält, sich jederzeit der Verantwortung zu entziehen, immer diese Tür offen hält. Ich denke, das ist keine Freiheit, sondern Freiheit ist eine gemeinsame Entwicklung, sich in einem gemeinsamen Prozess weiter zu befreien, immer weiter ein sinnvolles Leben wachsen zu lassen.



Auf der Demonstration zum 8. März 2020 skandierten tausende Frauen in Kadıköy: »Wir sind im Aufbruch für ein gleiches und freies Leben.« Foto: anf

Du hast mehrmals schon »diese wichtigen Sachen« erwähnt, »diese wichtigen Dinge«. Was meinst du damit?

Das ist eine interessante Frage. Was ist wichtig? Was ist Menschen wichtig? Wofür leben wir? Ich meine, das sind Sachen, wo sich eigentlich alle Gedanken drüber machen. Was ich wichtig finde, ist tatsächlich, wie wir als Menschen auf eine Art und Weise zusammenleben können, die sinnvoll ist. Was für mich heißt, eben als Menschen, als Gesellschaft mit unserer Umwelt, gemeinsam zu wachsen und uns weiterzuentwickeln, immer zu lernen, Beziehungen aufzubauen, die auf gegenseitigem Respekt beruhen. Eben ein Leben und eine Art und Weise zu Sein zu entwickeln, die nicht zerstörerisch ist, sondern Schönheit entwickelt. Das klingt vielleicht ein bisschen komisch, aber ich glaube das tatsächlich. Wofür leben wir sonst, wenn nicht dafür? Das ist was, was mir wichtig ist. Dieses wonach ich strebe, ist aber nicht ein Leben, wo keine Konflikte vorkommen und alles ist »voll peaceful« und alles ist ohne Schwierigkeiten. Das wäre völlig absurd und das geht auch nicht. Eher ein Leben und eine Gesellschaft, wo klar ist, dass solche Konflikte bestehen und wo aber genau da drin und dem Immer-Weiter-Gehen, Immer-Weiter-Entwickeln und Immer-Weiter-Streben die Bedeutung des Lebens gesehen wird, für dieses befreite Leben, für diese befreite Gesellschaft.

Ich habe mal irgendwann aufgeschrieben, das ist schon sehr viele Jahre her: »Wahrheit, Freiheit, Liebe«, als Sachen, nach denen ich streben will. Wahrheit, was eben in der Philosophie der kurdischen Bewegung sehr viel vorkommt, dass wir uns unser ganzes Leben lang immer auf einer Wahrheitssuche befinden. Wenn man die Einstellung zum Leben hat, dann wird man nie in so einer Einschränkung stecken bleiben und stehenbleiben, sondern man wird immer weiter versuchen zu verstehen. Dann Freiheit natürlich als Art und Weise zu leben, zusammenzuleben. Da gibt es einen schönen Spruch auf kurdisch: »Heqîqet eşq e û eşq jî jiyana azad e.« Also, Wahrheit ist Liebe und Liebe ist ein freies Leben. Und genau das gleiche mit Liebe. Ich glaube schon, dass wir eine ganz andere Form von Liebe lernen müssen. Eben nicht diese beschränkte Liebe, die in Partnerschaften oder romantischen Beziehungen besteht, sondern eine Form von Liebe, die sich auf die ganze Gesellschaft bezieht und die viel tiefer ist und viel weiter geht. Diese Liebe ist nicht mit Besitzvorstellungen verbunden, sondern mit einer Verantwortung für einander, mit einem Willen einander zu stärken und einander freier zu machen, mit Bewusstsein dafür, was für ein Potential Menschen haben, was an ihnen schön ist oder was sie weiterentwickeln können. So ein Blick auf die Menschen und so eine Form von Liebe ist eine sehr große Antriebskraft. Und ich glaube, dann ist es ein Stück weit eben etwas auf diesem Weg, was man als revolutionären Prozess begreifen kann, weil es so eine tiefgehende Veränderung ist. Ja, das finde ich wichtig. ♦

Ein Beispiel für den Kampf um eine ökologische Welt

Der Kampf ums Klima!

Dîrok Hêvî, Internationalist in Rojava

Ob vor Jahren im Gezi Park oder heute am Dannenröder Wald (liebevoll Danni genannt), immer wieder entzünden sich heftige Proteste an der Frage nach dem Umgang mit unserer Natur. Gleichzeit können wir beobachten, dass es viele Menschen gibt, die das Thema Umwelt losgelöst von vielen anderen Themen und Widersprüchen betrachten. Ohne Zweifel ist die ökologische Frage und unser Umgang mit der Natur eine der Hauptwidersprüche des 21. Jahrhunderts. Gemeinsam mit der Befreiung der Frau können wir beobachten, welche Stärke diese Kämpfe entwickeln und wie schnell sie zu einem tosenden Sturm anwachsen vermögen. Gleichzeitig müssen wir aber auch konsultieren, dass sie auch zu den Themen gehören, über die das System mit seiner liberalen Politik eine sehr starke Anbindung und Eingliederung erreicht. So können wir zum Beispiel sehen, dass viele Menschen, die früher in Umweltprotesten aktiv waren, durch »grünen« Strom, ein Elektroauto, Essen aus dem Bioladen und Solarpaneels auf dem Dach »ihren Teil zur Rettung des Klimas beitragen«. Dies rettet aber nicht das Klima, sondern allenfalls den Kapitalismus. Wir wollen daher versuchen zu zeigen, wie sich die kurdische Freiheitsbewegung dieser Thematik annähert und was wir gegebenenfalls von ihr lernen können.

Wenn wir, wie es in der kurdischen Freiheitsbewegung üblich ist, in die Geschichte zurückblicken, um den Ursprung sich entwickelnder Widersprüche zu verstehen, sehen wir, dass der Mensch über ganz lange Zeit in Harmonie mit der Natur lebte. Er sah sich selbst als ein Teil der Natur und nahm nur so viel von ihr (Jagd, Sammeln, etc.), wie für sein Überleben nötig war. Dies spiegelt sich auch in dem über lange Zeit unter den Menschen verbreiteten Animismus wieder. Animismus war der Glaube daran, dass alles in der Natur beseelt und lebendig war. Daher betrachtete der Mensch jeden Baum, jeden Fluss und jedes Tier als etwas lebendiges. Später, als sich Totemismus unter den Menschen entwickelte, wurde es üblich, dass jeder Klan sich ein Tier als sein Totem auswählte, welches ihm Kraft verlieh und an das er glaubte. Während dieser Zeit ist selbstverständlich die Weltbevölkerung nur ein Bruchteil dessen gewesen, was sie heute umfasst. Dann können wir beobachten, wie sich im Mittleren Osten, genauer gesagt in der Region des Fruchtbaren Halbmonds, die neolithische Revolution ereignet. Dadurch, dass der Mensch nicht mehr nur auf die Jagd geht und sammelt, sondern den Anbau von Getreide und die Tierzucht entdeckt, vollzieht sich für den Menschen und seine weitere Entwicklung eine grundlegende Veränderung. Erstmals ist es möglich, dass der Mensch sich dauerhaft an einem Ort niederlässt und außerdem nimmt erstmals die Größe einer Gemeinschaft, die bis dahin mit einem Klan meist um die 30 bis 50 Personen umfasste, signifikant zu. Wir können auch beobachten, dass während das Leben bis dato um die Mutter/Frau herum organisiert war, der Mann langsam versucht, der Frau diese Rolle zu entreißen. Immer mehr versucht der Mann, seine Herrschaft auszubauen, was sich dann später auch in dem Ziggurat verbildlicht zeigt. In diesen Zeitraum fällt dann auch der Aufbau erster Stadtstaaten, die Schaffung von Armeen und in kürzester Zeit ereignen sich die ersten imperialistischen Beutezüge. Dies ist nun auch der Punkt, wo sich ganz langsam die Annäherung gegenüber der Natur zu ändern beginnt. Mehr als eigentlich notwendig wird der Natur entnommen. Erstmals finden auch z. B. Massenabholzungen von Wäldern statt. Versinnbildlicht finden wir diesen Prozess im Gilgamesch-Epos. Was dann folgt, ist ein Prozess der immer stärkeren Entfremdung von der Natur. Später kommt dann auch die Idee der ersten und zweiten Natur auf. Mit Letzterem ist der Mensch gemeint, der als Subjekt über der Natur (Objekt) steht. Mit ihrer Entzweiung von Subjekt und Objekt schaffen die Brüder Bacon in Bezug auf die Natur den perfekten Nährboden für kapitalistische Ausbeutung durch den Menschen. Weil der Mensch nicht Teil, sondern außerhalb über der Natur steht, kann er sich nach belieben an ihr bedienen. Die männliche Mentalität vom »der Herr im Haus« wird mit der Zeit auf alles und jeden übertragen, um sich die Welt Untertan zu machen.

Dass wir daher heute Weltmeere haben, in denen sich riesige Inseln aus Plastikmüll bilden, der Meeresspiegel ununterbrochen steigt und jede Sekunde riesige Flächen an Wäldern abgeholzt werden, ist daher nur eine konsequente Folge der

zuvor genannten Entwicklungen. Was auch ziemlich evident ist, dass es nicht mehr lange so weitergehen kann bzw. eigentlich an vielen Punkten schon fast zu spät ist. Zu spät, weil es unrealistisch ist, mit ein paar Wahlen und Gesetzen die radikal notwendigen Veränderungen einzuleiten, die unter den gegebenen Umständen von wichtiger Bedeutung wären. Es stellt sich daher die Frage, wie wir uns diesem Komplex anders annähern können.



Baumbesetzung im Dannenröder Wald. Im Interesse der kapitalistischen Moderne wurde die Besetzung geräumt und die Bäume für den Bau einer Autobahn abgeholzt. Foto: @keinea49

Grundsätzlich können wir von verschiedenen Aspekten sprechen, die für uns von entscheidender Bedeutung sind. Einen zentralen Punkt nimmt die Veränderung der Mentalität ein. Wir müssen begreifen, dass der Lebensstil, der aktuell überall propagiert wird, auf diese Art und Weise und in diesem Tempo bei mehr und mehr schwindenden Ressourcen nicht durchgehalten werden kann und darf. Wir müssen endlich wieder dahin zurückkommen, uns als Teil der Natur zu betrachten und von daher auch nur als Teil von ihr überleben können. Denn ob wir wollen oder nicht, ohne die Natur um uns herum können wir nicht überleben. Indem wir also für die Natur und ihre Erhaltung kämpfen, tun wir das im gleichen Maße auch für uns selbst als Menschen. Damit einher geht im Grunde genommen der demokratische Aspekt in Bezug auf die Natur. Weil es so direkt auf unser Leben bezogen ist, müssen wir dahingehend die Möglichkeit haben mitzuentscheiden. Es spielt daher eine wichtige Rolle, dass die Nutzung von Ressourcen für z. B. Produktion demokratisch durch Räte und Kommunen kontrolliert und bestätigt wird. In diesem Zusammenhang ist daher auch zu sagen, dass dies nicht bedeutet, sich völlig von beispielsweise der Industrie zu verabschieden. Nein, es geht nicht darum einfach alles, was heute besteht, abzulehnen oder zu vernichten, aber unsere Annäherung dahingehend zu verändern. Während Industrialismus ohne Frage eine zentrale Säule der kapitalistischen Moderne darstellt[1], bedeutet dies keinesfalls eine Verweigerung der Industrie gegenüber. Es geht hierbei um die Ablehnung der damit verbundenen Mentalität der Ausbeutung und ihrer daraus folgenden Art und Weise der Organisierung. Öcalan stellt daher als Alternative die Öko-Industrie vor. Er spricht außerdem davon wie wichtig es ist, die Rolle von Dorf/Land neu zu bestimmen und dessen Wichtigkeit zu verstehen; das Dorf nicht als Produktionsstätte von Lebensmitteln zu betrachten, sondern vielmehr als Kern einer kommunalen Lebensweise.

Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Rahmen ist der der Frauenbefreiung. Wie schon oben beschrieben ist die Ausbeutung der Natur im weiteren Sinne eine Folge der Entstehung des Patriarchats. Daher führt die Rettung der Natur und eine veränderte Annäherung ihr gegenüber notwendigerweise über die Tötung der patriarchalen Männlichkeit und der Befreiung der Frau, da damit eine neue und wahre Annäherung an das Leben einhergeht. Frauenbefreiung bedeutet daher auch Befreiung der Natur.

Enden möchte ich mit diesen wundervollen Worten von Şehîd Sara (Sakine Cansız): »In meiner Utopie ist Kurdistan ein Ort, der auf Freiheit und Gleichheit für alle aufgebaut ist, durch den großen Kampf für Freiheit … Ich träume immer, dass alle Berge Kurdistans voller Blumen blühen. Es gibt immer noch wunderschöne Blumen und Tulpen dort. Es gibt wunderschöne Wälder, die jedoch mit hohem Tempo vom Feind zerstört werden. Es gibt fast keinen Ort mehr, an dem keine Bomben fallen. Mein Traum ist Kurdistan, ein Land mit Blüten verziert.« Auf dass wir gemeinsam daran arbeiten, diesen Traum von Şehîd Sara Wirklichkeit werden zu lassen. ♦

1 Öcalan bezeichnet als die drei tragenden Säulen der kapitalistischen Moderne Kapitalismus, Nationalstaat und Industrialismus.

Episoden eines Kampfes um Selbstbestimmung

Der nationale Befreiungskampf in Arzach

Hovhannes Gevorkian, Jurist

»Ich habe hier 16 Kugeln«, sagt Ashot Sevyan und zeigt auf seine Pistole. »Und 60 in meiner Kalaschnikow. Ich bin vorbereitet bis zum letzten Blutstropfen.« Heute mag Ashot Sevyan tot sein, weil er als letzter seinem Dorf in Karvachar blieb, das am 25. November an Aserbaidschan übergeben wurde. Er wollte sein Haus und seine Heimat nicht kampflos den Truppen der beiden Diktatoren Ilham Aliyev und Recep Tayyip Erdoğan überlassen, die am 27. September einen Krieg gegen die Republik Arzach entfesselt hatten. Nach rund sechs Wochen intensiver Kämpfe und einem Blutzoll von insgesamt über 10.000 Toten steht ein Abkommen, das vor allem Russland und die Türkei als Gewinnerin sieht. Aserbaidschan fühlt sich ebenfalls als Sieger, weil es sieben umliegende Gebiete und fast die Hälfte von Arzach bekommt.

Mit dem trilateralen Abkommen zwischen Armenien, Aserbaidschan und Russland wurde die Niederlage Armeniens besiegelt, das zudem hinnehmen muss, dass Aserbaidschan und die Türkei eine Route in Südarmenien nutzen können, um beide Länder miteinander zu verbinden. Ankara und Baku kommen ihrem panturkistischen Traum immer näher, weil die Türkei nun einen direkten Zugang zum ölreichen Kaspischen Meer bekommt. Auf der anderen Seite stationiert Russland etwa 2.000 Soldaten als »Friedenstruppen«, um die Versorgung des nicht besetzten Teils von Arzach mit Armenien sicherzustellen. Zusammen mit der Türkei wird Russland ferner ein gemeinsames Zentrum zur Überwachung des Waffenstillstandes in Aserbaidschan leiten.

Mehrere zehntausend Menschen sind bereits geflohen und haben ihre Häuser verloren. Die zweitgrößte Stadt in Arzach, Schuschi, ist nun unter türkischer und aserbaidschanischer Besatzung, während Städte wie die Hauptstadt Stepanakert oder Martuni zu 50 bis 70 Prozent zerstört wurden. In den vergangenen Wochen gab es kein Kriegsverbrechen seitens Ankaras und Bakus, das nicht begangen wurde: Bombardements von zivilen Einrichtungen, Hinrichtungen, Folter, Phosphorbomben, Streumunition, Einsatz dschihadistischer Truppen — all das wurde genauestens dokumentiert und blieb dennoch folgenlos. Arzach ist aber auch zum Massengrab aserbaidschanischer Soldaten geworden — drei Wochen nach Kriegsende erklären selbst regierungsnahe Medien, dass 9.000 bis 12.000 Soldaten von ihnen gefallen sind.

Doch bevor wir auf die politischen Konsequenzen und Perspektiven der verschiedenen Länder zu sprechen kommen, wollen wir einen Blick zurück auf die Geschichte Arzachs werfen und verstehen, was der jahrzehntelange Kampf um Selbstbestimmung dort für die Menschen bedeutet. Was macht Menschen wie Ashot Sevyan aus, die bis zum letzten Blutstropfen kämpfen wollen?

Ein langjähriger Kampf

Im Gegensatz zu den meisten Analysen rund um das Thema Arzach mitsamt dem Krieg zwischen 1988–94 wird hier nicht die These vertreten, wonach das Thema der Selbstbestimmung erst mit den Massenprotesten in der »Autonomen Region Nagorno-Karabach« im Februar 1988 aktuell wurde. Damals gehörte die Region zur Aserbaidschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik (ASSR), welche wiederum Teil der Sowjetunion war, genauso wie Sowjetarmenien. Schon der geläufige Name wie Nagorno-Karabach oder Berg-Karabach drückt eine ignorante Anpassung an die Unterdrückung aus: Erstere Bezeichnung ist die russische, wobei Nagorno für »Berg« steht, welches wiederum an die gebirgige Region angelehnt ist. »Karabach« ist der aserbaidschanisch-persische Name und steht für »schwarzer Garten«. Die Menschen dort selbst haben mehrmals deutlich gemacht, dass sie die armenische Bezeichnung »Arzach« vorziehen, die viel älter als alle anderen Bezeichnungen ist und das armenische Königreich erinnert. Es ist die Bezeichnung der dortigen indigenen Bevölkerung, sodass wir uns an dieser korrekten Bezeichnung orientieren.

Arzach war 1988 zu rund 80 Prozent armenisch, wurde aber von Baku aus regiert und bestimmt. Es war eine Herrschaft kolonialen Typs, wo die lokale Bevölkerung noch nicht ein-

mal armenische Sender empfangen durfte und unterfinanziert wurde. 1921 wurde es entgegen dem Willen der damaligen Bevölkerung, die sogar zu 90 Prozent armenisch war, von Joseph Stalin an Aserbaidschan zugesprochen. Baku bemühte sich mit der Benachteiligung der Armenier*innen das Gebiet Stück für Stück auch demografisch unter seine Kontrolle zu bringen. So verwundert es nicht, dass zwischen 1921 und 1988 die lokale Bevölkerung immer wieder den Wunsch hegte und dafür protestierte, Teil von Sowjetarmenien zu werden. Es gab unzählige Resolutionen und Petitionen, die auch darauf pochten, das verfassungsrechtlich festgelegte Prinzip des Rechts auf Selbstbestimmung durchzusetzen.

Wie der Historiker Vicken Cheterian in seinem Standardwerk »War and Peace in the Caucasus« beschreibt, waren die Menschen 1988 nicht mehr oder weniger radikal in ihren Forderungen auf Selbstbestimmung als etwa 1978. Anders war jedoch, dass der sowjetische Zentralstaat längst nicht mehr so stark war und immer schwächer wurde. Die friedlichen Massendemonstrationen in Stepanakert und dann auch in Yerevan ab dem 21. Februar waren von einer gewaltigen Kraft, wo bis zu einer Million Menschen an den Demonstrationen teilnahmen. Die wichtigste Forderung war der Zusammenschluss mit Sowjetarmenien.

Was jedoch eine Woche später in der Industriestadt Sumgait unweit von Baku passierte, wird zu Recht als die »Geburt des Karabach-Konflikts« bezeichnet. Ab dem 26. Februar kam es in Reaktion auf die Massenproteste zu einem blutigen Pogrom an der armenischen Bevölkerung, die etwa 17.000 Einwohner*innen zählte. In seiner Art und Weise war es durchaus vergleichbar mit den Massakern im Osmanischen Reich, die 1915 im Genozid kulminierten. Ausgestattet mit Waffen und unbehelligt vom Staat zogen rassistische Banden durch die armenischen Viertel und töteten dutzende Menschen; egal welchen Alters, unabhängig vom Geschlecht, wobei bei den Frauen und Mädchen die Tatsache hinzukam, dass sie vorher vergewaltigt wurden.

Das Massaker von Sumgait brannte sich tief in das Gedächtnis der Armenier*innen ein und knüpfte an das Trauma des bis heute geleugneten Genozids durch den türkischen Staat an. Die aserbaidschanischen und sowjetischen Behörden stoppten das Blutvergießen erst nach drei Tagen und verhinderten so eine Aufklärung, was den nationalistischen Kräften in Baku noch mehr Auftrieb gab. Die Tatsache, dass eine Gruppe von Menschen allein aufgrund der Nationalität angegriffen wird, ist ein kennzeichnendes Merkmal der nationalen Unterdrückung. Sumgait wurde zum Symbol des nationalistischen, ja fast schon genozidalen Hasses, sodass es nicht verwundert, wenn aserbaidschanische Soldaten selbst in diesem Krieg das Schlagwort Sumgait mit Hakenkreuzen auf armenische Autos in den besetzten Gebieten schmieren.

Sehr schnell floh die lokale armenische Bevölkerung und die Spannungen zwischen beiden Ländern nahmen zu. Es ist dabei wichtig zu erwähnen, dass derlei türkisch-aserbaidschanische Massaker nicht einmalig in der Geschichte sind: In Schuschi gab es 1920 sogar ein noch viel schlimmeres Massaker mit über 20.000 Toten; fast die gesamte armenische Bevölkerung der Stadt wurde also umgebracht.

Von einer Krise hin zum Krieg

Bürgerliche Analyst*innen sprechen gerne von der Gewalt von »beiden Seiten« und nehmen dabei eine angeblich »neutrale« Sichtweise ein. Auch die Berichte der Medien zum diesjährigen Krieg waren auf eine groteske Art und Weise von dieser Position der Äquidistanz geprägt. Während die Türkei und Aserbaidschan einen Angriffskrieg entfesselten und ganze Städte ohne militärischen Sinn und Zweck pulverisierten, verteidigten sich die Bewohner*innen von Arzach mit dürftigen Mitteln und um ihrer Heimat willen. Es gab zwar auch Luftangriffe von armenischer Seite und zivile Opfer in Ganja und Barda, allerdings sind diese sinnlosen wie verbrecherischen Handlungen in der Verantwortung der armenischen Regierung, worauf wir noch zu sprechen kommen werden.

Der »Konflikt« wurde nicht durch das Streben der Bewohner*innen von Arzach heraufbeschworen, sondern durch die aserbaidschanische Unterdrückung und Gewalt, die auf dieses Streben hin folgte. Nach Sumgait folgte im November 1988 das Pogrom von Kirowabad (heute Ganja), wo ebenfalls Armenier*innen Opfer wurden. Das folgende Jahr war von einem lakonischen »Bevölkerungsaustausch« geprägt, wo Armenier*innen Aserbaidschan verlassen mussten und andersrum Aserbaidschaner*innen Armenien – obwohl beide Nationen seit Jahrzehnten und Jahrhunderten mit- und nebeneinander lebten! Diese Politik der Deportationen und des Austausches im wahrsten Sinne des Wortes, wo Angehörige der beiden Nationen sogar ihre Wohnungen tauschten, war ein Merkmal sowjetischer Politik infolge der Stalinisierung ab 1924.

Historisch gab es die Deportationen von ganzen Bevölkerungen zwar nicht nur im Kaukasus, aber vor allem dort: Im Rahmen der Kriege im Kaukasus spielten und spielen zum Beispiel die Deportationen von zehntausenden Aserbaidschaner*innen aus Sowjetarmenien von 1948–53 und von Tschetschen*innen 1944 eine besonders Rolle. Diese Deportationen wurden von der Zentralregierung angeordnet und durchgeführt und sollten beide Nationen traumatisieren. Diese Tatsachen spielen



Kundgebung in Zürich gegen die Angriffe auf Armenien und Arzach. Foto: CSI

in der historisch-materialistischen Analyse eine viel zu geringe Rolle, wenn es um eine Bestandsaufnahme der Völker im Kaukasus geht. Im Falle Aserbaidschans hat dieses Trauma sicherlich dazu beigetragen, dass der Nationalismus ab 1988 eine Blüte erlebte und ebenfalls Massen mobilisieren konnte.

Dieser Nationalismus orientierte sich am Panturkismus, der in Aserbaidschan während der kurzen Phase der Unabhängigkeit zwischen 1918–20 florieren konnte und ein Bündnis mit Enver Pascha, einem der Hauptakteure des osmanischen Genozids 1915, einging. Und so verwundert es nicht, dass sich dieser aggressive panturkische Nationalismus vollends gegen Armenier*innen richtete und nach dem ersten Massaker von Baku 1918 an bis zu 30.000 Armenier*innen, wiederholte sich das Verbrechen im Januar 1990 und führte zur vollständigen Vertreibung der fast 200.000 Armenier*innen aus Baku — nicht wenige von ihnen sogar über das Kaspische Meer bis nach Zentralasien, sodass es zum Beispiel im Taschkent eine armenische Gemeinde gibt.

Nach dem Pogrom von Baku und der anschließenden sowjetischen Militärintervention drehten sich die Ereignisse immer mehr gen Krieg, der 1992 als Partisanenkampf begann, als die Sowjetunion zerfiel und Armenien und Aserbaidschan unabhängig wurden. Arzach hatte sich da von Aserbaidschan losgelöst und bestätigte mit einem Referendum am 10. Dezember 1991 seine Unabhängigkeit, die allerdings bis heute noch nicht einmal von Armenien anerkannt wird.

Obwohl die aserbaidschanische Seite besser ausgerüstet war und schon damals auf die Hilfe der türkischen Faschisten zählen konnte, waren es vor allem die Selbstverteidigungskräfte Arzachs, die im Mai 1992 Schuschi erobern konnten und immer mehr Teile von Arzach befreien konnten. Aserbaidschan selbst steckte zwischen den Jahren 1992–94 in einer tiefen politischen Krise und hatte drei teilweise sehr unterschiedliche Präsidenten mit unterschiedlichen ideologischen Ansichten: Während Abulfaz Elchibey (Präsident von 1992–93) von der nationalistischen Volksfront eine klar panturkistisch ausgeprägte Politik verfolgte und das »Turkentum« der Aserbaidschaner*innen betonte, legte der Vater des heutigen Diktators Heydar Aliyev den Wert auf eine säkulare eigene aserbaidschanische Identität, die zum Beispiel in der Verfassung jede*n Staatsbürger*in als »Aserbaidschaner*in« betitelt, egal ob es sich um Lasen, Talyschen oder Kurden handelt.

Da der Krieg in dieser Zeit bis zum Waffenstillstand im Mai 1994 für Aserbaidschan verloren wurde, wurde der anti-armenische Hass zum Kulminationspunkt für nahezu alle aserbaidschanischen Parteien, und zwar unabhängig davon, ob sie Ilham Aliyev unterstützen oder nicht. Die armenische Seite konnte nicht nur Arzach befreien, sondern auch die umliegenden Gebiete wie Karvachar, Jebrayil, Lachin, Fizuli etc. unter seine Kontrolle bringen. Diese Gebiete wurden mehrheitlich von Aserbaidschaner*innen bewohnt, haben aber auch jahrhundertelange armenische Wurzeln mit etlichen Klöstern, Kathedralen, Kreuzsteinen und Kirchen. Ein Großteil dieser Gebiete wurde nun kampflos an Aserbaidschan übergeben, was für die armenische Seite ähnliche Folgen hat wie es für die aserbaidschanische 1993–94 hatte: Ethnische Säuberungen,

die heute zehntausende Armenier*innen betreffen, während es vor 25 Jahren hunderttausende Aserbaidschaner*innen waren.

Wie kam es dazu und was waren die politischen Hintergründe einer solchen Politik?

Die armenische Seite: Selbstbestimmung oder Selbstmord?

Wie ein kopfloses Huhn irrt die armenische Bourgeoisie durch ein geschlossenes Labyrinth und gibt ein desaströses Bild von sich ab. In den Tagen und Wochen nach der de facto Kapitulation durch den Premierminister Nikol Paschinyan kam es zu Turbulenzen und politischer Gewalt. Fast die gesamte Regierung trat zurück und beinahe täglich kommt es zu Demonstrationen gegen den Premier, der des Verrats beschuldigt wird. Wie konnte es passieren, dass die armenische Seite trotz einer großen Mobilisierung aus dem Volk den Krieg verlor? Die Antwort liegt nicht nur in der militärisch-technologischen Überlegenheit Aserbaidschans und der Türkei, sondern vor allem am politischen Versagen der heutigen und vorherigen Regierungen.

Paschinjan war infolge der demokratischen Massenbewegung im Frühjahr 2018 angetreten, um die Korruption und Macht der Oligarchie, die hier synonym zur Bourgeoisie, also der herrschenden Klasse, die aufgrund ihres Privateigentums an den Produktionsmitteln die Arbeiter*innenklasse ausbeutet und den Mehrwert akkumuliert, zu beenden. Doch außer kosmetischen Gerichtsverfahren gegen Oligarchen wie Gagik Zarukjan oder dem früheren Präsidenten Robert Kotscharjan kam dabei wenig rum, zumal ihre ökonomische Macht niemals angetastet wurde. Außenpolitisch isolierte Paschinjan das kleine Land und stand zu Beginn und während des Krieges ohne Verbündete dar.

Die Politik der Bourgeoisie hat das Land in den Ruin getrieben, zumal die armenische Seite in den letzten 25 Jahren keinen Schritt Richtung Frieden mit Aserbaidschan tätigte. Während die aserbaidschanische Gesellschaft von der Niederlage geprägt und von jeher auf Revanche gesinnt war, glorifizierte die armenische Seite den militärischen Sieg. Infolgedessen nahm besonders im Militär die Korruption zu und zersetzte die Verteidigung von innen heraus, während auf der anderen Seite die mangelnde historische Aufarbeitung zu einem völlig falschen Verständnis des Nachbarlandes führte. Kriegsverbrechen wie etwa das Massaker von Khoyali 1992 oder die ethnische Säuberung aserbaidschanischer Dörfer durch nationalistische Milizen wurden nicht aufgearbeitet, sodass es auch in diesem Krieg zu Luftangriffen auf zivile Strukturen kam, die ohnehin keinen militärischen Zweck haben, aber den Hass unter den Völkern nur vertiefen.

Natürlich hätte Aserbaidschan diesen Krieg nicht ohne die Führung der Türkei gewinnen können, die auch den Einsatz islamistischer Terroristen organisierte, aber Tatsache bleibt, dass armenische Soldaten schlecht ausgerüstet in einen Drohnenkrieg geschickt wurden und selbst heute die Regierung viel zu wenig tut, um die gefangenen Soldaten zu befreien, die von türkischen und aserbaidschanischen Faschisten gefoltert und öffentlich gedemütigt werden. Sie hilft kaum den Geflüchteten aus Arzach, die entweder ihre Heimat verloren haben oder deren Häuser zerbombt wurden. Zwar wird die Grundversorgung für die Bewohner*innen von Arzach mit Wasser, Strom und Gas ein Jahr lang kostenlos sein, allerdings braucht es ein nationales Wiederaufbauprogramm, um die Städte wieder aufzubauen und die Hinterbliebenen der Gefallenen zu unterstützen.

Das ist eine enorme nationale Herausforderung, zumal die türkische Drohung der Vernichtung durch die Erdoğan-Regierung latent bleibt. Wie soll das alles bewerkstelligt werden in einem kleinen Land, das noch dazu unter der Corona-Pandemie zu leiden hat? Die Situation erfordert eine radikale Lösung, die in nichts anderem bestehen kann, als in der Enteignung derjenigen, die das Land seit der Unabhängigkeit plündern und jede*n vierten Armenier*in in Armut leben lassen. Armenien ist derzeit eine hochpolitisierte Gesellschaft, niemand hat die Massenbewegung mit den Streiks, Blockaden, Demonstrationen, Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams vergessen. Dieser Ansatz muss wieder aufgegriffen werden, um nun die Bewegung zu Ende zu bringen und dabei weit über das hinauszugehen, was der liberale Nikol Paschinjan vorgab: Eine radikale Veränderung der Gesellschaft, die an den materiellen Wurzeln der Misere orientiert ist.

Viele rufen nach »nationaler Einheit« angesichts der türkischen Gefahr, aber welche »Einheit« kann es zwischen einem armen Arbeiter und einer armen Bäuerin geben und denjenigen, die in Palästen leben? Die Geschichte hat von Vietnam über Algerien bis Kurdistan gezeigt, dass der nationale Befreiungskampf von den Ausgebeuteten und Unterdrückten angeführt werden muss, um erfolgreich zu sein. ♦

Der Liberalismus als hegemoniale Ideologie des globalen kapitalistischen Systems

Öcalans Definition des Liberalismus

Lesetipp der Kurdistan-Report-Redaktion

Im Mai 2020 erschien mit »Soziologie der Freiheit« der dritte Band von Abdullah Öcalans »Manifest der demokratischen Zivilisation« im Unrast Verlag. In etwas mehr als drei Jahren (2007–2010) hat Abdullah Öcalan mit dem Manifest der demokratischen Zivilisation ein fünfbändiges Opus Magnum verfasst, in dem er seine Erfahrungen und Erkenntnisse aus 35 Jahren radikaler Theorie und revolutionärer Praxis zusammenfügt. Nachdem er in den ersten beiden Bänden die Geschichte der Zivilisation von ihren Anfängen bis zur kapitalistischen Moderne neu interpretiert hat, legt Öcalan in dem dritten Band eine Methode für die Lösung der drängendsten Probleme des 21. Jahrhunderts vor: die Soziologie der Freiheit.

Die Ideen und Konzepte darin leisten wichtige Beiträge zur globalen Debatte um einen neuen Sozialismus. Für die kurdische Freiheitsbewegung sind die darin entwickelten Perspektiven nicht nur eine abstrakte Theorie, sondern prägen maßgeblich ihre Politik und Programmatik. So vertritt sie heute die Idee eines demokratischen Sozialismus jenseits von Staat und Macht.

Als stärkste Waffe des globalen kapitalistischen Systems bzw. der kapitalistischen Moderne betrachtet Öcalan hierbei den Liberalismus und schreibt dazu: »Die kapitalistische Moderne bezieht ihre eigentliche Stärke weder aus dem Geld noch aus den Waffen; ihre eigentliche Stärke liegt darin, sämtliche Utopien, einschließlich der jüngsten und stärksten Utopie – der sozialistischen – im eigenen Liberalismus zu ersticken, der jede Farbe annehmen kann und den besten Zauberkünstlern überlegen ist. Solange wir nicht analysieren, wie die kapitalistische Moderne alle Utopien der Menschheit im eigenen Liberalismus erstickt hat, kann selbst die anspruchsvollste Denkschule nicht umhin, bestenfalls zur Dienerin des Kapitalismus zu werden – von einem Kampf gegen ihn ganz zu schweigen.«

Im 20. Jahrhundert waren es vor allem der Realsozialismus, die Sozialdemokratie und die nationalen Befreiungsbewegungen, die Gesellschaftskonzepte jenseits des Kapitalismus umzusetzen versuchten und alle progressiven Bewegungen beeinflussten. Öcalan sieht hierbei den Liberalismus als wesentliches Mittel des kapitalistischen Systems an, die Strömungen die ihn bekämpfen (wie z. B. der Marxismus, Anarchismus, die nationalen Befreiungsbewegungen und die Sozialdemokratie), in den eigenen Dienst zu stellen. Es gilt in diesem Sinne auch für antikapitalistische Bewegungen des 21. Jahrhundert, sich mit der Frage des Liberalismus auseinanderzusetzten, um nicht dieselben Fehler wie in der Vergangenheit zu wiederholen. Öcalan definiert in seinem dritten Band die vier wichtigen ideologischen Varianten des Liberalismus: der Nationalismus, die religiöse Ideologie, der Szientismus und der Sexismus.

Im Folgenden veröffentlichen wir einen Auszug zu dieser Thematik:

Der Liberalismus als hegemoniale Ideologie des Systems kann weder in seiner klassischen Form noch als Neoliberalismus Lösungen produzieren. Der Begriff Liberalismus, der in der Wortbedeutung ein Eintreten für Freiheit beinhaltet, ist ein sehr relativer. Was für die eine Person oder Gruppe Freiheit bedeutet, äußert sich für ihren Gegenpart als Sklaverei. Die Gottkönige des Altertums besaßen maximale Freiheit, und als sklavenhaltende Klasse schufen sie ihr Gegenstück. Für die mittelalterliche Aristokratie war Freiheit möglich durch die Knechtschaft breiter Massen von leibeigenen Bäuer*innen. Der Liberalismus der neuzeitlichen Bourgeoisie hingegen ging einher mit der Mindestlohnsklaverei des Proletariats, des Halbproletariats und der anderen werktätigen Gruppen – der neuen Art von Knechten. Während Liberalismus offiziell Freiheit für alle Klassen des Nationalstaates bedeutet, befördert er für die Staatsbürger*innen, die modernen Knechte, Arbeitslosigkeit, unentgeltliche Arbeit, Armut, Hunger, Ungleichheit, das Fehlen von Freiheit und Demokratie. Wir müssen uns absolut klarmachen, dass Liberalismus in Wirklichkeit kein Eintreten für die Freiheit bedeutet. Hegel hielt den Staat für das beste Mittel der Freiheit. Es hat sich jedoch gezeigt, dass diese Freiheit nur für die Staatsklassen und die Bürokratie gilt. Anders ausgedrückt: was für die Wirtschafts- und Machtmonopole

(die Eliten) maximale Freiheit bedeutet, ist für alle zu Anderen gemachten Knechtschaft jeglicher Art.

Es ist wichtig, den Liberalismus als Ideologie zu erkennen. Individualismus und Freiheitsstreben reichen als Definition nicht aus. Als Begriff tauchte der Liberalismus in den Parolen der Französischen Revolution gemeinsam mit Gleichheit und Brüderlichkeit auf; das berühmte »Liberté, Égalité, Fraternité«. Als ein zentristischer Begriff fand er auf der Rechten den Konservativismus, auf der Linken dagegen zunächst die Demokrat*innen, später die Sozialist*innen. Er legte sich das gemäßigte Image zu, ohne die Notwendigkeit von Revolutionen, das System (den kapitalistischen Monopolismus) evolutionär weiterentwickeln zu wollen. Konservative waren gegen jegliche Weiterentwicklung, egal ob als Evolution oder Revolution. Sie verteidigten fanatisch die Monarchie, die Familie und die Kirche. Sozialist*innen und Demokrat*innen dagegen betrachteten Revolutionen als unausweichlich, um die Veränderung zu beschleunigen. Ihr aller gemeinsamer Nenner war jedoch die Moderne. Es gab einige Einsprüche, doch alle hatten eigene Ideen für die Modernisierung. Es genügte, ganz allgemein einen Wandel zu erleben, um modernistisch zu sein. Das moderne Leben – europazentriert, mit Fundamenten aus der Urbanisierung und beschleunigt durch Renaissance, Reformation und Aufklärung – stellte den gemeinsamen Horizont dieser drei Hauptideologien dar. Im Mittelpunkt stand die Frage, wer, welche Ideologie und Partei, welche Methoden und Praktiken, Aktionen und Kriege diesen Horizont am ehesten erreichen würden.

Der Liberalismus analysierte die Situation sehr genau. Er stellte fest, dass die Moderne sich geprägt vom Kapitalismus entwickelte und noch weiter entwickeln könnte, und begann schnell, Ideologien und Strukturen auf der Rechten und der Linken geschickt zu manipulieren. Der Liberalismus teilte sich in Rechts- und Linksliberalismus. Durch den rechten Liberalismus machte er die Konservativen wirkungslos und verwandelte sie in einen Flügel des Liberalismus. Durch den linken Liberalismus nahm er einen Teil der Demokrat*innen und Sozialist*innen ins Schlepptau. So positionierte er sich selbst in der Mitte. In jeder sich verschlimmernden Krise gelang es ihm, jemanden ins Schlepptau zu nehmen und so stärker zu werden. Die Verbürgerlichung von Aristokrat*innen und die Sozialdemokratisierung eines Teils der kompromisslerischen Arbeiter*innen schritt während der Krisenregime voran. Dazu genügte es, einen geringen Teil des Monopolprofits abzugeben. Auf diese Weise machte er die systemgegnerischen Oppositionellen des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts nicht nur unschädlich, sondern reduzierte sie auf Hilfskräfte, um in jeder Situation den krisenhaften Apparat steuern zu können. So wurde die ideologische Hegemonie des Liberalismus errichtet.

Um seine ideologische Hegemonie fortsetzen zu können, profitierte der Liberalismus von vier wichtigen ideologischen Varianten:

1. Den Nationalismus macht er sich effektiv zunutze. Ob bei der Legitimierung von Kriegen nach innen oder außen oder ob bei der Schaffung von Nationen durch die Hand des Staates – der Nationalismus war der Lieblingsverbündete des Liberalismus. So schuf er das erste Glied einer eklektischen Kette. Er sammelte reichlich Erfahrung bei der Überwindung auch schwerster Krisen durch das Anfeuern nationaler Gefühle. Der Nationalismus wurde zu einer heiligen Ideologie erhoben und auf die Ebene einer Religion gestellt. Unter diesem Schleier lassen sich nicht nur Krisen leicht überwinden, sondern gleichzeitig auch die schlimmsten und kaputtesten Ausbeutungssysteme der Monopole verstecken.

2. Der traditionellen religiösen Ideologie wurde die Rolle des Nationalismus zugewiesen. Unter seiner Hegemonie nationalisierte der Liberalismus die traditionellen Religionen, die ihres moralischen und politischen Charakters entledigt wurden. Genauer gesagt: Er machte sie zu Nationalreligionen. Religiöse Gefühle, die in der Gesellschaft tief verwurzelt waren und leicht nationalistisch eingefärbt werden konnten, spielten dieselbe Rolle wie der Nationalismus, ja, sie schweißten noch stärker zusammen. Manchmal wurden beide Ideologien miteinander verschmolzen und so der Aufbau einer Nation auf ethno-religiöser Grundlage versucht. Die Identifikation mit dem Nationalismus gelang besonders leicht im Judentum und im Islam. Doch auch die anderen Religionen (Christentum, fernöstliche Religionen, alte religiöse Traditionen in Afrika) standen nicht zurück und nahmen ähnliche Rollen ein. So führte der Liberalismus der kapitalistischen Zivilisation, die das Erbe der materiellen Kultur der Zivilisation angetreten hatte, das ideell-kulturelle Erbe über den religiösen Kanal zu und integrierte es. Die Rolle der an den Liberalismus angefügten religiös-nationalistischen Ideologien bei der Überwindung von Systemkrisen in ausweglosen Dimensionen dürfen wir nicht ignorieren.

3. Die Ideologie des positivistischen Szientismus, insbesondere in dessen philosophischer Variante, leistete einen starken Beitrag zum Liberalismus. Die positivistische Ideologie machte sich das große Ansehen der Naturwissenschaften zunutze und übte starken Einfluss sowohl auf rechte als auch auf linke Ideologien aus. Nun wurden Ideologien leicht mit dem Etikett der Wissenschaftlichkeit ausgezeichnet, was zu massiven Verirrungen führte. Insbesondere alle linken ideologischen Aufbrüche waren davon geprägt. Der Realsozialismus war in dieser Hinsicht führend. Durch positivistischen Szientismus geriet man in die Falle des kapitalistischen Modernismus. Auf der Rechten war der Faschismus die herausragende Strömung, die ihre

Kraft aus dem positivistischen Szientismus zog. Somit bot der Positivismus dem Liberalismus ideologische Optionen von der extremsten Linken bis zur extremsten Rechten. Wo und wann immer es nötig war, konnte der Liberalismus bei der Überwindung struktureller Systemkrisen maximal davon profitieren, diese Optionen zu adaptieren und sich ihrer zu bedienen.

4. Der Sexismus wurde im Zeitalter des Liberalismus mehr als je zuvor als ideologisches Element verfeinert und benutzt. Der Liberalismus übernahm die sexistische Gesellschaft, begnügte sich aber nicht damit, die Frau nur in eine unbezahlte Hausarbeiterin zu verwandeln. Es lohnte sich mehr, die Frau als Sexobjekt zur Ware zu machen und auf dem Markt feilzubieten. Beim Mann war es nur Arbeitskraft, die Frau dagegen wurde mit ihrem ganzen Körper und ihrer ganzen Seele zur Ware gemacht. Eigentlich wurde so die gefährlichste Art der Sklaverei geschaffen. ›Ehefrau des Mannes‹ ist zwar kein positives Attribut, bezeichnet jedoch nur eine begrenzte Ausbeutung. Doch mit der gesamten Persönlichkeit zur Ware zu werden, ist eine schlimmere Sklaverei als die Sklaverei der Pharaonen. In die Sklaverei aller zu geraten, ist um ein Vielfaches gefährlicher, als Sklavin eines Staates oder einer Person zu sein. Dies ist die Falle, welche die Moderne der Frau gestellt hat. Die Frau, die sich anscheinend auf die Freiheit zubewegt, wird zum Objekt der widerlichsten Ausbeutung herabgewürdigt. Von der Reklame bis zum Sex- und Pornografieobjekt ist die Frau zum wesentlichen Objekt der Ausbeutung gemacht worden. Ich kann ohne Weiteres sagen, dass der Frau die schwerste Last aufgebürdet wird, um den Kapitalismus aufrechtzuerhalten.

Bei der Vermehrung von Ausbeutung und Macht spielt die Frau eine strategische Rolle für das System. Der Mann als Repräsentant des Staates in der Familie hält sich für verantwortlich und zuständig, sowohl die Ausbeutung der Frau als auch die Macht über sie zu vergrößern. Indem er den traditionellen Druck auf die Frau ausweitet, lässt er jeden Mann an der Macht teilhaben. Auf diese Weise verfällt die Gesellschaft in das Syndrom eines maximalen zur-Macht-Werdens. Der Status der Frau gibt der patriarchalen Gesellschaft das Gefühl und die Idee grenzenloser Macht. Auf der anderen Seite lässt man für alles Negative – von der Entstehung kompromisslerischer Arbeiter*innen bis zur Arbeitslosigkeit, von der unbezahlten bis zur minimal entlohnten Arbeit – die werktätigen Frauen bezahlen; die Frau an sich! Die eklektizistisch-sexistische Ideologie des Liberalismus stellt dies nicht nur erst fest und dann anders dar; er entwickelt aus dieser Situation auch noch ideologische Varianten speziell für Frauen. Das ist so etwas wie sich die eigene Sklaverei eigenhändig anzueignen. Wir können feststellen, dass das System durch die ideologische und materielle Ausnutzung der Frau nicht nur schwerste Krisen überwindet, sondern auch die eigene Existenz sichert und garantiert. Die Frauen sind sowohl die älteste als auch die jüngste kolonialisierte Nation der Zivilisationsgeschichte im Allgemeinen und der kapitalistischen Moderne im Besonderen. Wenn wir also eine Krisensituation erleben, die sich nicht aufrechterhalten lässt, so hat die Kolonialisierung der Frau daran wesentlichen Anteil.

Das globale kapitalistische System erlebt heute unter der Hegemonie der globalen Finanzmonopole neben der allgemeinen systemischen Krise gleichzeitig Krisen, die speziell die Finanzen betreffen. Die allgemeine Depression des Systems (aufgrund der Wirtschaftsfeindlichkeit) vermengt sich mit Krisen speziell des Finanzsektors (Ablösung des Geldes vom Gold und sogar oft vom Dollar und seine Repräsentation durch verschiedene virtuelle Argumente wie Aktien und Anleihen) und verläuft damit tiefer als je zuvor in der Geschichte. Bisher hatte das System Krisen im Wesentlichen auf zwei Wegen überwunden: Erstens durch die materiellen Zwangsapparate der ständig wachsenden Macht und des Nationalstaates. Dazu gehören Kriege aller Art, Gefängnisse, Irrenanstalten, Krankenhäuser, Folter, Ghettos und höchstgefährliche Genozide und Soziozide. Zweitens durch die ständig aneinander angefügten und erweiterten Hegemonieapparate der liberalen Ideologie. Das ideologische Zentrum bildet der Liberalismus; die Erweiterungen sind Nationalismen, Religionismen, Szientismen und Sexismen. Ihre Instrumente sind Schulen, Kasernen, Gotteshäuser, Medienorgane, Universitäten und zuletzt Internet-Netzwerke. Hinzufügen müssen wir noch, dass die Kunst zur Kulturindustrie gemacht wurde.

Doch selbst gewöhnliche Wissenschaftler*innen stimmen zu, dass beide Wege nicht Lösungen produzieren, sondern ein Krisenmanagement entwickeln. Depressionen und Krisen lassen sich nicht einmal überwinden, wie es früher der Fall war. Im Gegenteil, Depressionen und Krisen, die früher die Ausnahme waren, sind zu einem Dauerzustand geworden; normale Zeiten dagegen sind die Ausnahme. Zwar liegen Depressionselemente am Fundament der Zivilisationssysteme, doch war die menschliche Gesellschaft noch nie Zeugin einer derart schweren Depression. Wenn Gesellschaften fortbestehen wollen, können sie Krisenmanagement nicht lange ertragen. Entweder zerfallen sie und verstreuen sich, oder sie widerstehen, entwickeln neue Systeme und überwinden die Krise. In solch einer Zeit leben wir. ♦

Aus: Abdullah Öcalan, Gefängnisschriften, Soziologie der Freiheit, Manifest der demokratischen Zivilisation Band III, Kapitel: Zivilisation, Moderne und die Frage der Krise, f) Ideologie, S.: 360–364.

Besprechung einer Einführung in die politische Philosophie Abdullah Öcalans von Peter Schaber

Ein kleiner Einstieg in eine große Erzählung

Thomas Marburger

Wer sich mit der Freiheitsbewegung Kurdistans auseinandersetzt, wird sich auch mit Abdullah Öcalan befassen, schließlich sind beide untrennbar miteinander verbunden. In den letzten 22 Jahren, seit Öcalan aus der Isolationshaft auf İmralı heraus Einfluss auf die Bewegung und den Konflikt um die kurdische Frage nimmt, sind seine schriftlichen Äußerungen noch wichtiger geworden. Die Übersetzungen der Gefängnisschriften werden nicht nur von vielen Kurd*innen in der Diaspora gelesen und diskutiert, sondern ermöglichen Menschen auf der ganzen Welt einen Zugang zu den Ideen des Autors Öcalan.

Seine Gedanken erreichen auf diese Weise Aktivist*innen und Intellektuelle innerhalb und außerhalb der kurdischen Bewegung und fließen in ihre Diskussionen ein, auch zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen. Die als Bücher herausgegebenen Beiträge zu den drei Konferenzen »Die kapitalistische Moderne herausfordern« des Network for an Alternative Quest[1] oder die »Dialoge mit Öcalan«[2] sind erste schriftliche Ergebnisse dieser Diskussion.

Im Oktober ist im Unrast Verlag, der in letzter Zeit bereits einige Werke Öcalans und Teile der genannten Sekundärliteratur sowie andere Bücher mit Kurdistan-Bezug veröffentlicht hat, ein weiteres Buch erschienen, das in den Kontext der Diskussion um Öcalans Denken einzuordnen ist. Peter Schaber, Mitglied des Medienkollektivs Lower Class Magazine (LCM), hat mit »Die Überwindung der kapitalistischen Moderne. Eine Einführung in die politische Philosophie Abdullah Öcalans« das erste deutschsprachige Buch geschrieben, das in aller Kürze versucht, Öcalans zentrale Ideen zusammenfassend darzustellen und damit einen Einstieg in sein Denken zu bieten. »Endlich hat sich jemand daran gewagt«, stellt Kerem Schamberger in der Besprechung des Buchs auf seinem Blog fest.[3]

Nach eigener Aussage verfolgt Peter mit dem Buch zwei Ziele: zum einen will er die grundlegenden Gedanken Öcalans möglichst knapp und leicht verständlich darstellen. Zum anderen möchte er zu einer weiterführenden, eigenständigen Auseinandersetzung mit Öcalans Theorie anregen (S. 10 f.)[4].

Er gliedert seine Darstellung auf knapp 120 Seiten in sechs Kapiteln, wobei er sich weitestgehend am Aufbau der Schriften Öcalans orientiert. So beschäftigen sich die ersten vier Kapitel mit Öcalans Verständnis von Erkenntnis und den Wahrheitsregimen, mit seiner Betrachtungsweise von Geschichte und seiner Sicht der Welt sowie mit den beiden Strängen menschlicher Zivilisation, der hierarchischen Gesellschaft und der demokratischen Gesellschaft. Das fünfte Kapitel befasst sich mit dem für die PKK elementaren Ansatz der Kaderpartei, was eine eigene Schwerpunktsetzung Peters erkennen lässt, bevor er mit dem sechsten Kapitel zum Mittleren Osten und der Bedeutung der Revolution in Kurdistan für den Dritten Weltkrieg abschließt.

In der Einleitung und dem Schlusswort bringt er seine ganz persönliche Verbundenheit mit dem Thema und der Bewegung zum Ausdruck. So hat er nicht nur verschiedene Teile Kurdistans bereist und ist im Umfeld der Bewegung in Europa aktiv, sondern war selbst Teil der politischen und militärischen Strukturen in Rojava und Şengal. Dies erwähnt er ohne selbstdarstellerisch zu wirken und gibt den Leser*innen damit die Möglichkeit, ihn als Autor in ein Verhältnis zu dem Stoff seines Buches zu setzen. Wer Peters Texte vom LCM-Blog her kennt, hat beim Lesen über die Berge Kurdistans oder den Şengal vielleicht eher Rihannas »We Found Love« im Ohr, dem er in seinem Bericht über die Befreiung Raqqas 2017 eine

1 Network for an Alternative Quest (Hrsg.) (o.J.): Die kapitalistische Moderne herausfordern. Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch.; Network for an Alternative Quest (Hrsg.) (o.J.): Die kapitalistische Moderne herausfordern II. Kapitalistische Moderne sezieren – Demokratischen Konföderalismus aufbauen.; Network for an Alternative Quest (Hrsg.) (2020): Die kapitalistische Moderne herausfordern III. Demokratische Moderne entfalten – Widerstand, Rebellion, Aufbau des Neuen.

2 Internationale Initiative »Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan« (Hrsg.) (2019): Das freie Leben aufbauen. Dialoge mit Abdullah Öcalan.

3 Kerem Schamberger (28.10.2020): Ein Überblick über Öcalans Denken – Buchrezension. https://kerem-schamberger.de/2020/10/28/ein-ueberblick-ueber-oecalans-denken-buchrezension/ (letzter Zugriff am: 27.11.2020)

4 Im Folgenden sind Seitenabgaben stets solche aus dem besprochenen Buch.

popkulturelle Referenz widmete.[5] Und obwohl er sich selbst ausdrücklich nicht als Apoisten bezeichnet (S. 9 f.), begegnet er Öcalan und der Bewegung solidarisch und mit dem Respekt eines Genossen. Der autobiografische und von Reimar Heider von der Internationalen Initiative »Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan« aktualisierend ergänzte Text »Wenn du leben willst, dann lebe in Freiheit« über das Leben Öcalans rundet die Einführung in dessen Denken in diesem Sinne ab.

Gelegentlich wird festgestellt, Öcalans Schreibstil wäre für Leser*innen außerhalb des akademischen Betriebs nicht leicht verständlich oder eigentümlich.[6] Diesbezüglich gelingt es Peter, die Gedankenwelt Öcalans nicht nur sprachlich (be-)greifbar zu machen. Er beschreibt anhand der Auseinandersetzung mit Öcalans Schriften auch die Notwendigkeit politischer Theoriearbeit für eine linke Praxis. Dass Öcalan tatsächlich für eine breite Öffentlichkeit und nicht lediglich einen akademischen Zirkel schreibt, kommt ihm dabei entgegen. In einem Interview mit Perwer Yaş für ANFdeutsch sagte er dazu: »Gerade eine politische Philosophie, die Massen erreichen will, muss klar und deutlich formuliert sein. Aber natürlich, wenn jemand über alle möglichen Themen von der menschlichen Frühgeschichte über Ökonomie bis zu Quantenphysik und Dialektik schreibt, ist das nicht voraussetzungslos.«[7] Nach Öcalan sei die theoretisch-philosophische Beschäftigung mit der Welt schließlich kein Selbstzweck. Stattdessen teile er »die Einsicht, dass die Art und Weise, wie wir die Welt verstehen, eng damit zusammenhängt, wie die Gesellschaft verfasst ist, in der wir leben. Und die Überzeugung, dass wir, wenn wir die Welt verändern wollen, ihre Dynamik, ihre Widersprüche und die Möglichkeitsräume, die sich in ihr öffnen, begreifen müssen (S. 18)«.

Im Verlauf des Buchs werden zentrale Gedankengänge und Begriffe aus dem Ideen- und Wortschatz Öcalans aufgegriffen, erklärt und in einen größeren Kontext eingeordnet. Dass Peter dies auf so wenigen Seiten derart gut gelingt, ist angesichts der bereits heute mehrere tausend Seiten umfassenden Übersetzungen der Schriften Öcalans beachtlich. Dabei müssen manche Aspekte beinahe zwangsläufig zu kurz kommen. Je nach Perspektive der*des Betrachters*in sind dies bestimmt unterschiedliche Punkte. Ein Beispiel hierfür mag der Begriff der »demokratischen Nation« sein, der essentiell für Öcalans Entwurf der demokratischen Zivilisation ist. Eine Beschreibung reißt Peter nur an als »eine Kollektivwerdung, die Individualität nicht beschränkt, wohl aber den gesellschaftsfeindlichen Egoismus und Individualismus, in dem der Einzelne glaubt, größtmögliche Freiheit nur in Abgrenzung zum oder gar gegen das Kollektiv zu erlangen. (S. 88 f.)« Wo darin Öcalans Gegenentwurf zum bestehenden Verständnis von Nation liegt, führt er nicht weiter aus (vgl. S. 92, 103). Angesichts der historischen und aktuellen Belastung des Begriffs im deutschsprachigen Kontext wäre eine Ausführung anzeigt gewesen, dass diese Neudefinition sowohl auf mentaler Ebene als auch im sozialen Zusammenleben stattfinden muss,[8] um eine »gemeinsame Gesellschaft, die freie Individuen und Gemeinschaften aus eigenem Willen bilden«, über die Grenzen von Sprachen, Religionen, Kulturen sowie bereits bestehenden Nationen und Nationalstaaten hinweg zu schaffen.

Aber wie gesagt, können notwendige Schwerpunktsetzungen und subjektive Erläuterungen bei der bestehenden Herausforderung nicht ausbleiben. So macht Peter zu anderen Aspekten hilfreiche Ausführungen und ordnet Öcalans Gedanken in einen größeren Kontext linker Ideengeschichte ein, ohne sich dabei jedoch weit von dem eigentlichen Gegenstand zu entfernen. Im Großen und Ganzen zeichnet er mit seiner Einführung ein ausgewogenes und umfassendes Bild von Öcalans Ideen, das den Leser*innen nicht nur einen ersten Eindruck vermittelt, sondern zum Weiterdenken und -lesen und -diskutieren herausfordert. Von daher erfüllt er seine beiden selbstgesteckten Ziele mit diesem Versuch gekonnt und die Nachfrage nach dem Buch scheint seinen Erfolg zu bestätigen; Ende November, als dieser Text geschrieben wird, ist die 1. Auflage des Buch laut LCM auf Twitter bereits fast vollständig vergriffen.

Mit »Die Überwindung der kapitalistischen Moderne. Eine Einführung in die Philosophie Abdullah Öcalans« gelingt es Peter Schaber, einen wichtigen Diskussionsbeitrag zur Erneuerung sozialistischen Denkens vorzulegen. Zur Bezugnahme auf Öcalan in dieser Diskussion schreibt er: »Das ist ein Anfang, auch wenn diese Renaissance einer Großen Erzählung, wie die Theorie Öcalans eine ist, noch ein zartes Pflänzchen in der verdorrten Einöde der kapitalistischen Moderne ist. Aber die eigentliche Arbeit steht erst bevor. Denn die Abkürzung, den Weg der kurdischen Bewegung einfach zu kopieren, steht nicht zur Verfügung. Öcalan selbst betont, Anregungen und Ideen liefern zu wollen, keine fertigen Rezepte für die Garküche anderer sozialistischer Bewegungen.« (S. 120) ♦

5 Peter Schaber (03.10.2017): love in a hopeless place. https://lowerclassmag.com/2017/10/03/love-in-a-hopeless-place/ (Letzter Zugriff am 27.11.2020)

6 Nick Brauns, in: junge Welt vom 21.11.2020 (S. 10): Die Erstarrung aufbrechen.

7 Perwer Yaş (14.11.2020): »Einer der einflussreichsten Denker unserer Zeit« - Interview mit Peter Schaber. https://anfdeutsch.com/hintergrund/die-einzige-chance-fur-Ocalans-freilassung-ware-eine-revolution-22745 (letzter Zugriff am 27.11.2020)

8 Abdullah Öcalan (2019): Demokratische Nation, S. 32 ff.

Von Rosa Luxemburg zu Abdullah Öcalan

Die Kraft der Veränderung liegt in der Gesellschaft selbst

Initiative Geschichte und Widerstand

Rosa Luxemburg wäre Apoci?! Diese Frage würde die türkische Regierung wohl bejahen, wurde Luxemburg doch von der Türkei als PKK-Mitglied bezeichnet.

Für uns lässt sich diese Frage natürlich nicht mit Sicherheit beantworten, gab es die PKK zur Blütezeit der Aufstände, in denen Luxemburg wirkte, zu Beginn des 20. Jahrhundert noch nicht. Wir gehen aber davon aus, dass es seit jeher einen Strang der demokratischen Zivilisation, sprich einen Strang des Widerstands gegen Kapitalismus, Ausbeutung, Unterdrückung und Patriarchat, gibt. Diese Kämpfe sind miteinander verbunden, haben voneinander gelernt, wurden beeinflusst und stützen sich grundlegend auf die Werte der natürlichen Gesellschaft. Um dies aufzuzeigen und somit eine Perspektive für unsere Kämpfe auch in Europa zu entwickeln, haben wir uns als Initiative Geschichte und Widerstand mit Rosa Luxemburgs Ideen beschäftigt und diese in den Kontext der demokratischen Zivilisation gesetzt.

So ist es vielleicht nicht möglich, die Frage, ob Rosa Luxemburg Apoci gewesen wäre, mit einem klaren Ja zu beantworten und doch können wir sagen, dass ihre Kämpfe, ihre Ideen und ihre Person, in enger Verbindungen mit den unsrigen heute stehen. Sicher ist, wir hätten gemeinsam gekämpft. Und im übertragenen Sinne kämpfen wir gemeinsam, denn ihre Ideen leben in uns.

Um diese Thesen inhaltlich zu füllen werden, wir in diesem Artikel genauer auf Rosa Luxemburgs Forschungen zu Kolonialismus, ihren Gedanken zur Dependenztheorie sowie auf ihr Gesellschafts-, Demokratie- und Geschichtsverständnis eingehen und diese in Kontext mit den Ansätzen Abdullah Öcalans setzen. Auch die Idee der militanten Persönlichkeit und revolutionärer Führung können wir in ihren Texten finden und in den Kontext setzen. Auch und vor allem Internationalismus spielt in der Annäherung Luxemburgs an die befreite Gesellschaft eine grundlegende Rolle. Der Artikel nimmt die verschiedenen Schriften Öcalans, vor allem die Verteidigungsschriften und die Texte und Briefe Rosa Luxemburgs als Grundlage, um zu zeigen, dass unsere Kämpfe ideell miteinander verbunden sind, wie auch materiell zusammenhängen – global und über alle Grenzen der Zeit hinweg – ganzheitlich.

Rosa Luxemburg – eine militante Persönlichkeit

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1871 im Kaiserreich Russland geboren. Sie stammte aus einem akademisch-jüdischen Haushalt und erhielt tiefgehende Bildung. Sie wurde geboren und wuchs auf in einer Zeit der herannahenden Umbrüche und wurde später ein wichtiger Teil eben dieser Umbrüche in Deutschland und Europa. Die Höhepunkte waren wohl die Novemberrevolution 1918 und der Spartakusaufstand 1919. Ihre wichtige Rolle erkannten allerdings auch die Funktionäre der Konterrevolution, die sie dann im Januar 1919 zusammen mit Karl Liebknecht als die Anführer*innen der Aufstände ermordeten.

Rosa Luxemburg wird in verschiedenster Literatur beschrieben als: erfrischend, ohne falschen Pathos, voller Ironie und Selbstironie, herzensgut, lebenshungrig, mitfühlend mit allem Lebendigen, tief empfindsam für die Schönheit der Natur, radikal, mutig und vieles mehr. Wenn wir uns mit ihr und ihrem Leben durch ihre eigenen Schriften und Briefe beschäftigen, wird schnell klar, wie vielseitig sie war. Wirken Eigenschaften wie Radikalität, Mut, Empathie und Empfindsamkeit oft als Gegensätze, schafft sie es diese sowohl in sich selbst, als auch in ihrer Art der Politik zu vereinen und so zu begeistern. Sie verbindet Entschlossenheit mit dem alltäglich Schönen, gibt »Kleinigkeiten«, wie dem Lied eines Vogels oder dem Regen, große Bedeutung, hat schwere Stunden, aber liebt das Leben, manchmal verzweifelt sie und bleibt doch immer »fest und klar und heiter – trotz alledem« wie sie selbst schreibt. Sie war in den Aufständen eine entscheidende politische Kraft, sogar eine revolutionäre Führung, denn sie war sich bewusst, dass »die große Aufgabe [...] also nach wie vor der Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen im Ringen um eine humane, solidarische und ökologische Gesellschaft (bleibt)«, und weiter-



Rosa Luxemburg bei einer Rede auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart 1907. Foto: Archiv

hin, dass »eine konsequente, entschlossene, vorwärtstreibende Taktik […] in der Masse ein Gefühl der Sicherheit, Selbstvertrauens und der Kampfeslust hervor (ruft); schwankende, schwächliche, auf der Unterschätzung der Massen aufbauende Haltung wirkt auf die Masse lähmend und verwirrend«.

Sie selbst ist Vorbild für eine revolutionäre Führung und militante Persönlichkeit, die sich ihrer Rolle und Verantwortung bewusst war und sich damit einreiht in die Vielzahl der Gefallenen der Revolutionen, die uns als Wegweiser und Orientierung gelten.

Geschichte, Demokratie und Gesellschaft

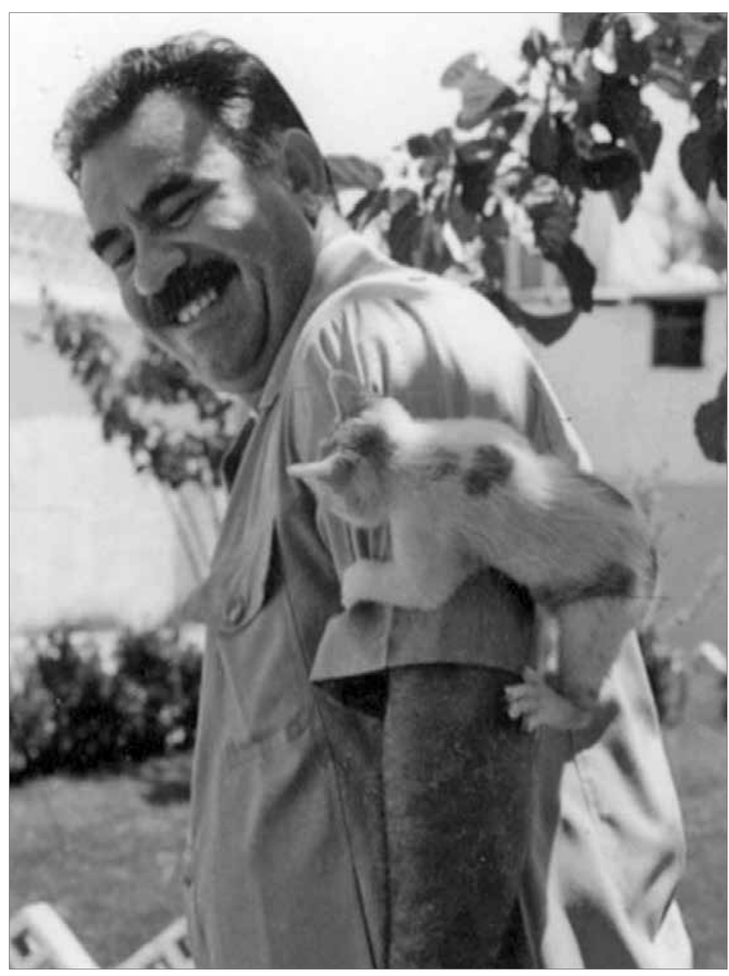
Durch die Analysen und Annäherungen der kurdischen Bewegung wissen wir, dass der Fluss von Widerstand, Emanzipation und demokratischen Werten sich seit jeher durch die Geschichte schlängelt und es auch immer weiter tun wird. Auch Luxemburg vertritt diesen Ansatz, wenn sie schreibt: »Auch vor Marx und unabhängig von ihm hat es eine Arbeiterbewegung und verschiedene sozialistische Systeme gegeben, die jedes in seiner Weise ein den Zeitverhältnissen entsprechender theoretischer Ausdruck der Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse waren.« Zwar wird hier ihr marxistisches Verständnis deutlich, dass die Arbeiterklasse das prägende Element sozialistischer Systeme ist, wir gehen aber davon aus, dass sie ein weit gefasstes Verständnis von Arbeiterklasse hatte und können aus dem Zitat zudem ablesen, dass sie auch von sozialistischen Systemen vor der expliziten Theorie spricht. Es geht ihr nicht um die Ausformulierung einer bestimmten Theorie, sondern darum, dass es immer Widerstand gab und um die Werte, nach denen diese früheren Bewegungen handelten. Diese Einstellung macht auch der Ausspruch Öcalans »Auf den Sozialismus zu bestehen, bedeutet auf das Menschsein zu bestehen« deutlich, den wir so auch bei Rosa Luxemburg finden könnten.

Weiter schreibt sie: »Nur Geduld müssen wir alle haben. […] Heute müssen wir mit der Geschichte Geduld haben – ich meine nicht untätige, bequeme, fatalistische Geduld, ich meine eine solche, die bei höchster Aufbietung der Tatkraft nicht verzagt, wenn sie vorläufig auf Granit zu beißen scheint, und nie vergisst, dass der brave Maulwurf der Geschichte rastlos Tag und Nacht wühlt, bis er sich ans Licht hervorgewühlt hat.« Hier wird klar, dass auch sie davon ausgeht, dass der demokratische Fluss nie versiegen wird, auch wenn wir punktuell Rückschläge erleiden und Kämpfe verlieren, weil wir verbunden sind mit der Geschichte, die von Widerstand lebt. Sie geht allerdings auch nicht davon aus, dass dieser Fluss ohne unser Zutun an Stärke und Kraft gewinnen kann, sondern nur wenn wir danach handeln, uns organisieren und kämpfen. Generell macht Rosa Luxemburg in vielen ihrer Texte einen starken Geschichtsbezug auf; wie auch die kurdische Bewegung, analysiert sie nicht nur den Moment, sondern die Geschichte, nicht das Individuum, sondern die Gesellschaft.[1]

Wie auch Öcalan und entgegen vieler Linker in der BRD, glaubt sie fest an das revolutionäre Potential, die grundlegenden Werte und die Wandelbarkeit der Gesellschaft. »Es gibt nichts Wandelbareres als die menschliche Psychologie. Zumal die Psyche der Massen birgt stets in sich, wie Thalatta, das ewige Meer, alle latenten Möglichkeiten: tödliche Windstille und brausende Sturm, niedrigste Feigheit und wildesten Heroismus. Die Masse ist stets das, was sie sein muss, und sie

1 Die Analyse, »Was wir hier im Individuum analysieren, analysieren wir gleichzeitig in der Gesellschaft; wenn wir den Moment analysieren, analysieren wir gleichzeitig auch die Geschichte«, äußerte Öcalan auf dem dritten Kongress der PKK.

ist stets auf dem Sprunge, etwas anderes zu werden, als sie scheint. Ein schöner Kapitän, der seinen Kurs nur nach dem momentanen Aussehen der Wasseroberfläche steuern und nicht verstehen würde, aus Zeichen am Himmel und in der Tiefe auf kommende Stürme zu schließen!« Und ebenso wie Öcalan geht sie noch weiter und sagt nicht nur, dass die Gesellschaft das Potential hat, vielmehr sieht sie die Gesellschaft als Grundlage und treibenden Motor der Veränderung. »Fehltritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten ›Zentralkomitees‹«. In ihrer Vorstellung braucht es zwar, wie auch bei Öcalan, eine revolutionäre Führung und militante Persönlichkeiten, die sich dem Kampf verschreiben, diese können aber nur für und mit der Gesellschaft zusammen Veränderung herbeiführen. Auch ihr geht es nicht darum, dass eine andere, nämlich die proletarische Gruppe, die Macht übernimmt, vielmehr geht es darum, das System grundlegend zu verändern, hin zur Selbstorganisation der ganzen Gesellschaft. So »[...] darf die Demokratie (niemals) zur Disposition stehen. Der Sozialismus erweist sich gerade darin als die überlegene Gesellschaftsordnung, dass sich erst aus seiner Grundlage die demokratische Selbstbestimmung der Menschen entfalten kann«.


Abdullah Öcalan Foto: Archiv

Wie auch Öcalan betont Rosa Luxemburg nachdrücklich, dass die Ideologie, in ihrem Fall der Marxismus, eine »[...] revolutionäre Weltanschauung (ist), die stets nach neuen Erkenntnissen ringen muss, die nichts so sehr verabscheut wie das Erstarren in einmal gültigen Formen, die am besten im Waffengeklirr der Selbstkritik und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre lebendige Kraft bewährt« und dass das »Hauptwerk keine Bibel, mit fertigen ein für alle mal gültigen Wahrheiten letzter Instanz (ist), sondern ein unerschöpflicher Born der Anregung zur weiteren geistigen Arbeit, zum weiteren Forschen und Kämpfen um die Wahrheit«. Deshalb muss »jedes Szenario gesellschaftlicher Transformation […] daher das Bewusstsein und den Veränderungswillen der Menschen selbst fördern, um danach Strukturen zu entwickeln, die ein Höchstmaß an Partizipation gewährleisten«.

Auch hier sind wir an Öcalan erinnert, der Bildung als die Grundlage zur Veränderung der Mentalität der Menschen, auf der die befreite Gesellschaft aufbaut, sieht. Zudem ermutigt er in all seinen Schriften, seine Thesen und Gedanken zu diskutieren und zu erweitern. Auch wenn wir uns dem Verständnis der Aufgabe der Kader*innen annähern, geht es dabei vor allem darum, die Gesellschaft zu befähigen, sich selbst zu organisieren und die Rolle der Kader*innen darin überflüssig zu machen.

Luxemburg kämpfte in einer Zeit, in der die Gesellschaft versuchte, sich in Räten nach russischem Vorbild zu organisieren. Dies fand seinen Höhepunkt in den Räterepubliken, z. B. in Berlin und München. Schauen wir heute nach Rojava, organisiert sich auch dort die Gesellschaft, unterstützt von der kurdischen Bewegung, in Räten und Kommunen und erlangt so Selbstbestimmung.

Gemeinsame Feinde – Kapitalismus, Imperialismus, Kolonialismus und Krieg

Grundlage ihres Kampfes ist es, den Kapitalismus zu überwinden. Diesen fasst sie als ein die Welt umspannendes System auf und stellt ihn in direkte Verbindung zu Imperialismus, Kolonialismus und Krieg, dem sich keine Gesellschaft und keine

Region mehr entziehen kann und prägte somit die Grundlagen der Dependenztheorie.[2] So schreibt sie: »Erst wenn alle nichtkapitalistischen Sphären und geografischen Räume, der gesamte Erdball, dem Kapitalverwertungsprozess unterworfen und von diesem durchdrungen ist, stößt dieser an seine inhärenten Grenzen.«

Öcalan interpretiert die Grenzen des Systems als Krisenmomente, in denen sich das System, um zu überleben, erneuern muss; diese Momente bezeichnen wir auch als Chaosintervalle, in denen auch die demokratischen Kräfte die Möglichkeit haben, die Überhand zu gewinnen.

Durch diese Zusammenhänge können sich auch nicht-kapitalistische Gesellschaften nicht dessen Zugriff entziehen, sie werden kolonialisiert und verwertbar gemacht. Die kurdische Bewegung, sieht sich als eine antikoloniale Bewegung, die diese Zusammenhänge ebenso herstellt. So steht die These der Bewegung des gegenwärtigen »3. Weltkrieges« in einer Linie mit Luxemburg, die sagt: »Krieg ist der Kampf der kapitalistischen Klassen verschiedener Länder um die Weltherrschaft und um das Monopol der Aussaugung und Auspowerung der letzten Reste der noch nicht vom Kapital beherrschten Gebiete.« Der Krieg wird also nicht von der Bevölkerung vor Ort untereinander geführt, sondern diese werden als Spielball der Herrschenden für die Kriege um ihre Interessen[3] eingesetzt. Das sehen wir vor allem im Krieg im Nahen/Mittleren Osten, an dem alle führenden Weltmächte (USA, Russland, Europa, usw.) beteiligt sind und versuchen ihre Interessen durchzusetzen.

Die Tatsache, dass die Herrschenden versuchen die Gesellschaften zu spalten, hat Rosa Luxemburg schon vor dem Ersten Weltkrieg analysiert und sich vehement dafür eingesetzt, dass sich die Arbeiter*innen der verschiedenen Nationen nicht vom Nationalismus blenden und sich so für die Interessen der Herrschenden benutzen lassen, sondern gemeinsam für den Sozialismus kämpfen sollten. Auch dies können wir heute in Kurdistan sehen, wo versucht wird, die Völker bis hin zum kurdischen Volk gegeneinander auszuspielen. Die dagegenhaltende Kraft ist die PKK, die eine ähnliche Linie wie Luxemburg vertritt, wenn sie sagt, dass sich das kurdische Volk und die Bevölkerung im Nahen und Mittleren Osten nicht spalten lassen dürfen, sondern gemeinsam für die Werte der Gesellschaft eintreten sollten.

Internationalismus – die Perspektive

Aus der Annäherung zur Geschichte, der Gesellschaft, als auch der Analyse des Systems folgt für Rosa Luxemburg und Abdullah Öcalan ganz klar: Internationalismus ist die Perspektive und wirkliche Veränderung kann nur global und in Verbindung zu den historischen Kämpfen vonstatten gehen. Ein sicherlich sehr berühmter Ausspruch von Rosa ist dabei: »Das Vaterland aller Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muss, ist die sozialistische Internationale.« Öcalan würde die Verbindung vermutlich nun eher im Weltkonföderalismus sehen, in dem auch die »Heimat« (kurdisch: Welat) eine wichtige Rolle spielt, von der Bildung eines Nationalstaates wird explizit abgesehen. Das Zitat Luxemburgs muss im Kontext des starken Aufkommen von Nationalismus gesehen werden, der von den Herrschenden genutzt wurde, um die Revolutionäre in den verschiedenen Staaten zu spalten und somit die revolutionären Bewegungen insgesamt zu schwächen. Dennoch sind sie sich darin einig, dass der Kapitalismus die Kulturen der Gesellschaften zerstört und diese im Sinne von »Welat parez«, verteidigt werden muss. »Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur – sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges, und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte«.

In diesem Sinne sind sich die beiden wohl einig, dass es die widerständige Geschichte, Identität und Kultur sind, auf die wir uns alle beziehen und bauen können, mit all unseren Unterschieden und dass sozialistische, demokratische und emanzipatorische Ideen, wenn sie einer ganzheitlichen Analyse folgen und miteinander verbunden sind, für alle widerständigen Bewegungen auf der ganzen Welt eine Perspektive bieten.

Wir können also sagen, dass sich die Ansätze, vor allem die Begrifflichkeiten, der beiden Vordenker*innen Abdullah Öcalan und Rosa Luxemburg zwar unterscheiden, vermutlich vor allem, wenn auch nicht nur, aufgrund der Zeitepoche in denen sie verfasst wurden, und ihnen doch ähnliche Annahmen zu Grunde liegen. Diese ziehen sich durch die gesamte widerständige Geschichte und werden auch weiterhin fortbestehen, sich weiterentwickeln und verändern. Es sind Ansätze auf die sich viele vor uns, wie nun auch wir und viele die noch kommen werden, beziehen und aus ihnen Kraft schöpfend kämpfen. ♦

---

2 Vorgedanken zur Dependenztheorie: Rosa Luxemburg geht davon aus, dass die nicht-kapitalisierten Ländern sich zwangsweise mit dem kapitalistischen System, Imperialismus und Kriegen befassen müssen, da die kapitalistischen Ländern alles versuchen zu kapitalisieren und profitabel zu machen. Um die nicht-kapitalisierten Regionen und Ressourcen führen dann die kapitalistischen Weltmächte Krieg, um ihre Vormachtstellung weiter auszubauen oder zu sichern. Die nicht-kapitalisierten Regionen werden bewusst abhängig gehalten und sollen nur den Interessen der kapitalistischen Länder dienen.

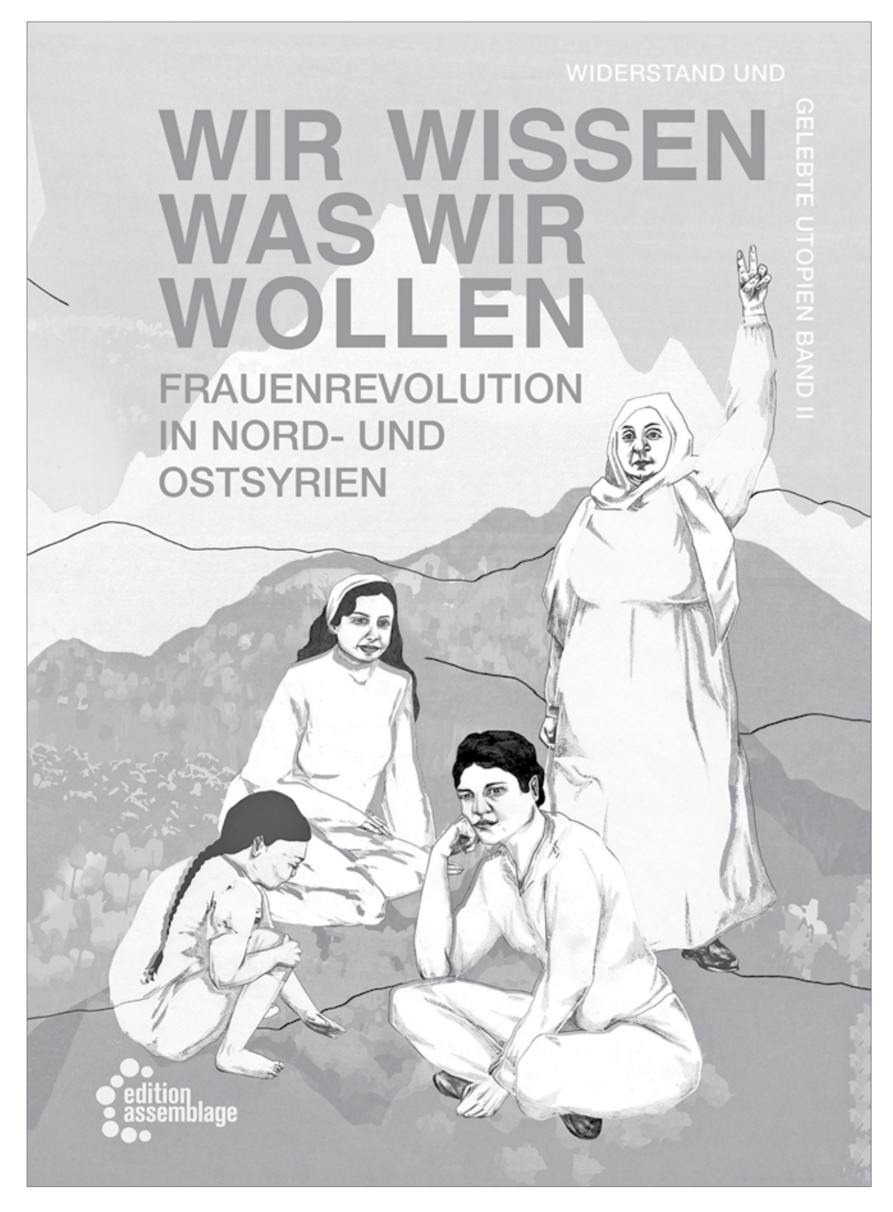
3 Interessen meint hier nicht nur ökonomische und Profitinteressen, sondern auch politische und strategische Interessen

Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien – Buchvorstellung

»Wir wissen was wir wollen«

Herausgeber_innenkollektiv des Andrea Wolf Instituts

In Nord- und Ostsyrien findet eine Revolution der Frauen statt. Doch was heißt das eigentlich? 2018/2019 reiste eine feministische Delegation aus Deutschland in die nord- und ostsyrischen Gebiete, um besser zu verstehen, was eine Frauenrevolution bedeuten kann. Wie sieht diese Alternative, die die Frauen dort erkämpfen, verteidigen und aufbauen, in der Praxis aus? Wie leben sie, was erreichen sie und welche Herausforderungen gibt es? Welche Perspektive bietet der demokratische Konföderalismus im Mittleren Osten, hier in Europa und weltweit?



Die Teilnehmer_innen der Delegation hatten die Möglichkeit, mit zahlreichen Frauen in allen Bereichen der Revolution Nord- und Ostsyriens zu sprechen. Sie reisten durch große Teile der selbstverwalteten Gebiete und begannen, die Revolution aus verschiedenen Perspektiven kennenzulernen. In Interviews, welche die Delegation führte, berichten Frauen vor Ort von der Organisation in Räten, dem Aufbau einer alternativen Ökonomie und warum diese Revolution ohne Frauen nicht möglich wäre. Die Freundin Medya Abdullah führte in einem Gespräch, welches zur Zeit akuter Invasionsdrohungen der Türkei im Winter 2018 geführt wurde, die Stärke der Frauen eindrucksvoll vor Augen. Sie ist Mutter von sechs Kindern, die mittlerweile im Erwachsenenalter sind. Ihre Zeit widmet sie nun vor allem der Selbstverteidigung der Kommune. Sie ist im Frauenrat Dêrik Verantwortliche der Verteidigungskommission und Mitglied in der HPC-Jin, der autonomen Organisation der Frauen innerhalb der Verteidigungskräfte der Kommunen.

Warum und wie habt ihr angefangen, euch eigenständig als Frauen zu organisieren?

Medya Abdullah: Wir haben gesehen, dass etwas fehlt, wenn nur Männer an den Checkpoints stehen. Es sind die Frauen, die die meiste Gewalt erfahren und eigentlich haben sie einen eigenen, natürlichen Selbstverteidigungsreflex. Wir sehen auch, wie stark ihre Verbindung zur Kommune ist. Überall, wo während unserer Revolution Schwierigkeiten aufgetreten sind, waren es die Frauen, die sich einsetzten. Und deswegen haben wir gesagt, dass wir als Frauen auch die Selbstverteidigung der Gesellschaft übernehmen müssen. Und bis heute tragen wir diese Verantwortung mit unserer Arbeit. […] Anfangs haben die Männer Witze über uns gemacht: »Frauen mit Waffen, Mütter die Angst vor der Waffe haben, was sollen die an den Kontrollpunkten?« Sie haben sich über uns aufgeregt. Sie haben versucht, einen Aufstand zu machen. […]

Was, denkst du, hat sich seit der Revolution verändert? Welchen Einfluss hat eine Institution wie eure auf die Stadt?

Es hat sich einiges in der Bevölkerung getan. Früher konnten sich die Frauen nicht selbst verteidigen, sie konnten keine Waffen bedienen. Jetzt haben sie großes Selbstvertrauen und wenn wir das sehen, freuen wir uns sehr. Es gibt immer noch einige Frauen, die keinen Widerstand gegen den Druck ihrer Familien leisten, aber wenn sie uns sehen, wollen sie auch dabei sein. Viele Frauen kommen so zu uns.

Auch bei den Männern findet langsam eine Veränderung der Mentalität statt. Sie sehen, dass die Frauen sich selbst verteidigen können und Kraft besitzen. Auch als Politikerinnen oder in der Wirtschaft. Alles ist nun auch in den Händen der Frauen und das müssen die Männer akzeptieren. Als ich neu war, habe ich gesehen, wie ein Mann die Straßenseite gewechselt hat, weil er Angst hatte, weil ich mit einer Waffe herumlief. Als wir die ersten Rundgänge gemacht haben, haben sich die Männer vor uns gefürchtet. Heute haben sie Respekt vor uns, weil wir uns selbst vertrauen. **Wir wissen, was wir wollen und was wir tun.**

Wir haben unsere Ketten gesprengt. Wir als Frauen – auch in unserem Alter – und als Mütter erleben in dieser Revolution eine große Veränderung in unserem Denken, unserem Willen und unserem Wissen. Wir haben die Selbstverteidigung im Lokalen verankert und der Gesellschaft ihre Verantwortung aufgezeigt. Wir wollten nicht, dass die Menschen aus Angst das Land verlassen. Vielleicht gehen einige, aber wir bleiben und verteidigen, was wir aufgebaut haben. Alles was wir sind, haben wir in dieser Revolution selbst erschaffen.«

»Wir wissen was wir wollen« versucht die Perspektive der Frauen in Nord- und Ostsyrien für Menschen in Deutschland verständlich zu machen und dabei möglichst viel Raum für die Stimmen der Frauen selbst zu lassen. Es schließt dabei an das 2012 veröffentlichte Buch »Widerstand und gelebte Utopie – Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratischer Konföderalismus in Kurdistan« an.

Wir wissen was wir wollen – Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien
Edition Assemblage
600 Seiten | 15,– Euro
ISBN: 978-3-96042-100-9
Veröffentlichung Februar/März 2021



Impressum
Der Kurdistan Report erscheint
regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Kampagne der TJK-E »100 Gründe, um den Diktator zu verurteilen«

Rückseite:
Aufruf zum internationalistischen langen Marsch nach Straßburg »Freiheit für Abdullah Öcalan«

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Aufruf zum langen Marsch 2021 für die Freiheit von Abdullah Öcalan

Der Aufbruch der Gesellschaft in Kurdistan hin zu einer Welt der sozialen Gerechtigkeit lässt Menschen auf der ganzen Welt neue Hoffnung schöpfen. Die Grundpfeiler der kurdischen Freiheitsbewegung, die radikale Demokratie, Frauenbefreiung und das ökologische Bewusstsein, sind längst zu den Grundwerten einer Vielzahl von globalen Bewegungen geworden. Die in Rojava 2012 begonnene Revolution der Frau und die Selbstverwaltung der Gesellschaft sind heute zu einer Inspirationsquelle weltweit geworden. Die Philosophie des Demokratischen Konföderalismus, die vom kurdischen Vordenker Abdullah Öcalan entwickelt wurde, lässt sich mittlerweile nicht mehr nur in Rojava oder den Bergen Kurdistans wiederfinden, sondern ist mittlerweile überall dort präsent, wo Menschen sich damit auseinandersetzen.

Doch diese demokratische Alternative ist nach wie vor intensivsten Angriffen der kapitalistischen Moderne ausgesetzt. Sei es der anhaltende Angriffskrieg der Türkei in Südkurdistan, die Besatzungsangriffe gegen Rojava oder die faschistische Politik des AKP/MHP-Regimes gegen die Gesellschaften in Nordkurdistan. Es ist eine Politik der Isolation und Unterdrückung, die durch die stille Akzeptanz der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union unterstützt und gefördert wird.

Nirgendwo ist diese Isolation konkreter als auf der türkischen Gefängnisinsel İmralı. Hier ist der Gründer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Abdullah Öcalan seit dem internationalen Komplott des 15. Februars 1999 inhaftiert. Trotz der unbeschreiblichen Bedingungen seiner Isolationshaft hat er die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten nie aufgegeben.

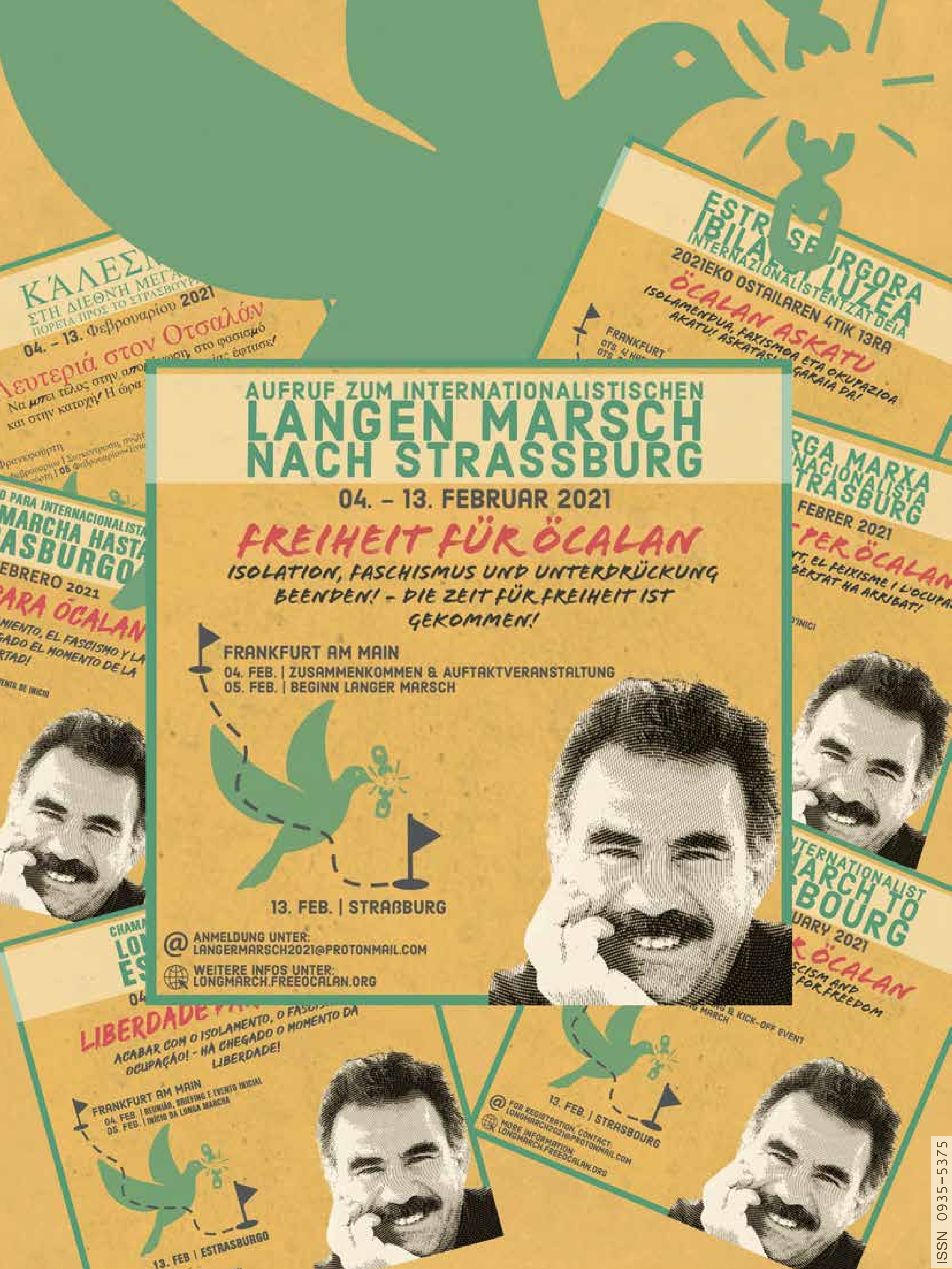
Die Isolationspolitik des türkischen Staates gegen Abdullah Öcalan kennt keine Vergleiche. Jeder Besuch seiner AnwältInnen oder Familienangehörigen wird nur durch gesellschaftliche Proteste ermöglicht. So gelang es zuletzt im Mai 2019 Tausenden von AktivistInnen inner- und außerhalb der Gefängnisse, die Isolation auf İmralı durch einen monatelangen Hungerstreik zu brechen. Nach vielen Jahren war es zum ersten Mal für kurze Zeit wieder möglich, dass Öcalan Kontakt zu seinen AnwältInnen hatte. Doch wird dieser Kontakt seit dem 7. August 2019 erneut durch die türkische Regierung verhindert. So wird jede Möglichkeit für Verhandlungen über eine friedliche Lösung der Konflikte in Kurdistan sowie des Nahen und Mittleren Ostens unterdrückt. Die Isolierung Öcalans beschränkt sich nicht auf ihn als Person, sondern zielt auf alle demokratischen Errungenschaften, die von seinen Ideen inspiriert wurden.

Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) hat in diesem Sinne die Offensive unter dem Motto »Isolation, Faschismus und Besatzung beenden! – Die Zeit für Freiheit ist gekommen!« begonnen. Der Lange Marsch 2021 wird im Rahmen dieser Offensive stattfinden. Der Kampf für Frieden und Demokratie in der Region muss im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Isolation Öcalans gedacht werden. Denn er ist der Architekt des demokratischen Konföderalismus, dem Gegenmodell zum krisengeschüttelten Modell des Nationalstaates. Das stärkt auch den Kampf für Demokratie und Freiheit weltweit. So waren der gesellschaftliche Aufbruch in Rojava, die Befreiung der ezidischen Bevölkerung in Şengal vom Islamischen Staat (IS) sowie das Projekt der Demokratischen Partei der Völker (HDP) in der Türkei durch Öcalans Ideen möglich. Trotz Gefängnismauern inspiriert Öcalan noch immer Millionen von Menschen weltweit.

Lass uns für das Ende von Isolation, Faschismus und Besatzung eintreten und die Freiheit von Öcalan erkämpfen! Die Zeit für Freiheit ist gekommen!

Wir rufen daher alle InternationalistInnen dazu auf, sich am Langen Marsch vom 4. bis zum 13. Februar 2021 unter dem Motto »Isolation, Faschismus und Unterdrückung beenden! – Die Zeit für Freiheit ist gekommen!« zu beteiligen. Auch im Jahr 2021 wird zum Abschluss des Marsches eine Großdemonstration in Straßburg stattfinden.

http://longmarch.freeocalan.org/deutsch/



ISSN 0935-5375